

# POLITISCHE STUDIEN 476

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

68. Jahrgang | November-Dezember 2017 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## DEMOKRATIE ERFORDERT POLITISCHE BILDUNG

Mit Beiträgen von  
Heinrich Oberreuter | Klaus Schroeder



/// HANNS W. MAULL Politische-Studien-Zeitgespräch: Wie steht es um die Internationale Ordnung?

/// ECKHARD JESSE AfD und Die Linke – wieviel Populismus steckt in ihnen?

/// SIEGFRIED BALLEIS Kommunale Wege deutscher Entwicklungspolitik

[www.hss.de](http://www.hss.de)



„Es braucht eine **CHRISTLICH-SOZIALE**  
Digitalstrategie!“

## DIE DIGITALE REVOLUTION – GESTALTUNGSANSPRUCH STATT AKTIONISMUS!

„Konservativ heißt nicht, nach hinten blicken, konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren“ (Franz Josef Strauß). Schwerer tun sich andere vermeintlich Konservative damals wie heute mit der „disruptiven Modernisierung“: Kaiser Wilhelm II. dachte, dem Pferd gehöre damals wie heute die Zukunft der Mobilität. US-Präsident Donald J. Trump hadert mit der digitalen Revolution: „Das hört sich böse an. Digital. Was soll das sein? Das ist sehr kompliziert, dafür muss man Albert Einstein sein [...] digital ist schlecht.“

Beide fühlen sich überfahren von der Modernisierung, beiden geht es um die Bewahrung von Bewährtem. Beide fokussieren Gefahren, ohne die Ambivalenz der Entwicklung zu berücksichtigen, und scheitern damit an einer Zukunftsvision, wo der erlebte Wandel proaktiv gelenkt, zukunftsweisend kanalisiert und verantwortungsvoll reglementiert werden kann.

Wie die französische und industrielle vor ihr, erschüttert die digitale Revolution ethische Konstanten, bestehende Gesellschaftsstrukturen und die wirtschaftliche Basis in den Grundfesten – kurz: Sie revolutioniert heute erneut das Verhältnis des Menschen zu seiner Wirklichkeit. Der Mensch wird durch Big Data immer durchsichtiger, die Technologie indes undurchschaubarer. Blockchain, künstliche Intelligenz, Internet der Dinge – das wird unsere allernächste Zukunft maßgeblich bestimmen, ohne dass alle politischen Bestimmer genau wissen, was das überhaupt ist.

Beruhigend wie notwendig ist, dass die Koalitionsverhandlungen die Digitalisierung aktuell als Konsensthema für sich gefunden haben. Eine nachhaltige Gestaltung des digitalen Wandels kann sich jedoch weder mit effektheischender Etikettierung mit „DIGITAL“ oder „4.0“ begnügen, noch auf die Gründung innovativer Hubs beschränken. Noch lässt sich diese Gesellschafts-, Arbeits-, Wirtschafts-, nicht zuletzt Bildungsrevolution auf Breitbandausbau reduzieren.

Konservative dürfen eine menschendienliche Gestaltung der digitalen Revolution nicht anderen überlassen. Es braucht eine christlich-soziale Digitalstrategie!

**Maximilian Th. L. Rückert**  
ist Referent für Digitalisierung, Politik und Medien der Akademie für  
Politik und Zeitgeschehen, Hans-Seidel-Stiftung, München.



52

# INHALT

09

## IM FOKUS

- 06 DEMOKRATIE ERFORDERT POLITISCHE BILDUNG**  
Historisches Wissen in Zeiten des Wandels  
**PAULA BODENSTEINER**
- 09 DEMOKRATIE UND DIKTATUR**  
Was wissen deutsche Schüler darüber?  
**KLAUS SCHROEDER**
- 20 ODER: WAS IM WANDEL BESTEHEN UND VOR DEM VERGESSEN BEWAHRT WERDEN MUSS**  
Wer ist das Volk?  
**HEINRICH OBERREUTER**



20



34

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 34 WIE STEHT ES UM DIE INTERNATIONALE ORDNUNG?**  
Nur Unordnung oder schon in Auflösung  
**HANNS W. MAULL**

## ANALYSEN

- 41 AFD UND DIE LINKE – WIEVIEL POPULISMUS STECKT IN IHNEN?**  
Nach der Bundestagswahl 2017  
**ECKHARD JESSE**
- 52 KOMMUNALE WEGE DEUTSCHER ENTWICKLUNGSPOLITIK**  
Fluchtursachen bekämpfen und mehr nachhaltige Entwicklung  
**SIEGFRIED BALLEIS**
- 62 DIE KATAR-KRISE UND IHRE FOLGEN**  
Der Golfregion droht Instabilität  
**MARTIN PABST**

## REZENSIONSESSAY

- 74 ZWISCHEN RUSSLAND-VERSTEHERN UND RUSSLAND-KRITIKERN**  
Deutsch-russische Beziehungen  
**MANFRED GROSS**

## AKTUELLES BUCH

- 82 SALAFISMUS UND CO ...**  
Radikaler Islam  
**SUSANNE SCHRÖTER**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 85 REZENSIONEN**
- 90 JAHRESÜBERSICHT**
- 94 ANKÜNDIGUNGEN**
- 98 IMPRESSUM**

/// Historisches Wissen in Zeiten des Wandels

## DEMOKRATIE ERFORDERT POLITISCHE BILDUNG

**PAULA BODENSTEINER** /// Historische Kenntnisse sind unentbehrlich, um politische Entscheidungen richtig einzuschätzen, diverse Staatsformen in ihren Auswirkungen auf den Bürger und die wirtschaftliche Entwicklung zu beurteilen sowie Verführungskünste von Populisten zu entlarven. Studien offenbaren hier aber immer wieder eklatante Lücken bei Schülern. Die Unkenntnis, was z. B. eine demokratische von einer diktatorischen Staatsform unterscheidet, ist leider keine Ausnahme. Umso verwunderlicher, da es in Deutschland sowohl durch die Schulpflicht als auch durch sonstige vielfältige Angebote Mittel und Wege gibt, „Jedermann“ mit politischer Bildung zu erreichen.

Für die Hanns-Seidel-Stiftung als Politische Stiftung zählt historisch-politische Bildung in allen Facetten zur Kernaufgabe. Dies war auch der Grund dafür, dass sie sich gemeinsam mit dem Deutschen Lehrerverband (DL), der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (ABL) und mit Unterstützung des Bundes Freiheit der Wissenschaft der Veranstaltung „Historische Bildung – in Zeiten des Wandels“ widmete.

Zumal es für den ehemaligen Präsidenten des deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, stets ein Anliegen war, auf den um sich greifenden „historischen Analphabetismus“ hinzuweisen. Er setzte sich nachhaltig dafür ein, Geschichte als Unterrichtsfach keinesfalls zu vernachlässigen.

**GESCHICHTE als Unterrichtsfach ist für die staatsbürgerliche Bildung essenziell.**

Das Fach „Geschichte“ ist für die kulturelle als auch für die individuelle Identitätsstiftung unerlässlich. Es schafft die Fähigkeit, wichtige historische Entwicklungen im Kontext anderer Fächer einzuordnen und ist damit ein unverzichtbares Element der staatsbürgerlichen Bildung und zugleich notwendige Voraussetzung für die Integra-



Die Parole „Wir sind das Volk“ für beliebige Protestbewegungen in Anspruch zu nehmen, spiegelt nicht die Vielfalt an unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Haltungen wider, die ein pluralistisch demokratisches System ausmachen.

tion von Menschen aus anderen Kulturkreisen.

Gerade vor dem Hintergrund aufkommender populistischer Tendenzen muss ein breites Wissen über die Grundlagen des politischen Systems in Deutschland gefördert werden. Auch das Wissen über andere Religionen und Kulturen ist für alle gesellschaftlichen Gruppen von großer Bedeutung. Um die Vermittlung des politisch-historischen Wissens zu fördern, sollte auch in der Lehrerbildung größerer Wert auf Zeitgeschichte gelegt werden. Gleichzeitig ist die Aufmerksamkeit auch auf Ideen und

Konzepte, wie die demokratisch-freiheitliche Grundordnung angesichts von politischen und religiösen Extremismen am besten an heutige und zukünftige Schülergenerationen vermittelt werden kann zu richten.

Im Rahmen der Veranstaltung „Historische Bildung – in Zeiten des Wandels“ beleuchteten die Experten in ihren Vorträgen unterschiedlichste Aspekte dieser Thematik. Eine Auswahl davon ist nachfolgend abgedruckt.

Der Politikwissenschaftler Klaus Schroeder hat in den vergangenen Jahren in einer repräsentativen Befragung

unter anderem den Kenntnisstand von Schülern in Zeitgeschichte untersucht. In seinem Beitrag stellt er seine Forschungen vor und weist insbesondere darauf hin, dass gute Kenntnisse in der zeitgeschichtlichen Materie direkt in Beziehung zu der Fähigkeit zur Einschätzung und Beurteilung der politischen Systeme im Deutschland des 20. Jahrhunderts stehen. Ohne ausreichendes Wissen gibt es danach auch keine Kompetenz, um ein demokratisches von einem repressiven System unterscheiden zu können. Zudem verdeutlicht der Autor die Notwendigkeit, demokratisches Geschichtsbewusstsein bei jungen Menschen zu wecken. Er nimmt dabei die Politik, die Bildungsinstitutionen und die Medien in die Pflicht.

„Wer ist das Volk?“, fragt hingegen Heinrich Oberreuter. Die Parole „Wir sind das Volk“ für beliebige Protestbewegungen in Anspruch zu nehmen, sei unangemessen, denn in einem pluralistischen demokratischen System existiere eine Vielfalt an unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Haltungen. Der Autor weist darauf hin, dass sich Demokratie und Liberalismus dadurch auszeichnen, dass Oppositionsfreiheit bestehe und auch die Freiheit, seine Meinung nicht nur zu denken, sondern auch auszusprechen. Jeder habe Anrecht auf Respekt. Das Gemein-

wesen verdiene allerdings auch Respekt und dürfe weder von der eigenen Bevölkerung noch von „Dazukommenden“ desintegriert werden. Durch Integration werde sich die Bevölkerung verändern, aber das sei ein natürlicher Prozess, der schon immer stattgefunden habe.

Die Beiträge der Experten zeigen die Vielschichtigkeit der Thematik und verdeutlichen zudem, wie wichtig die Vermittlung einer zeitgeschichtlichen Orientierung ist, um künftige gesellschaftliche Entwicklungen verantwortungsvoll mitgestalten zu können und um unsere freiheitliche Demokratie zu erhalten. ///



/// PAULA BODENSTEINER

ist Referentin für Bildung, Hochschulen und Kultur, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

**Laut Schroeder muss bei den jungen Leuten das demokratische GESCHICHTSBEWUSSTSEIN geweckt werden.**

/// Was wissen deutsche Schüler darüber?

## DEMOKRATIE UND DIKTATUR

**KLAUS SCHROEDER** /// Anknüpfend an eine Befragung von Schülern zu ihren Kenntnissen und Urteilen über die DDR, die große mediale Wellen schlug,<sup>1</sup> führten Wissenschaftler des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin von 2010 bis 2012 Befragungen von über 7.000 Schülern in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu ihren Kenntnissen und Urteilen zum Nationalsozialismus, zur DDR und zur Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung durch.<sup>2</sup> Die Ergebnisse bestätigten die Resultate der ersten Studie und ergaben zudem, dass vielen Schülern die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur nicht geläufig sind.<sup>3</sup>

### Zeithistorische Kenntnisse und Urteile von Schülern

Ein direkter Zusammenhang von Kenntnisgrad und Urteilen zeigt sich durchgängig für alle Fragen zu den vier Systemen sowie zu deren Gleichwertigkeit. Je höher das systemspezifische Wissen ausfällt, desto häufiger werden Nationalsozialismus (NS) und DDR als Diktaturen und die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung (WV) als Demokratien eingestuft. Wer dagegen wenig weiß, kommt öfter zu anderen Systembewertungen und setzt alle vier Systeme auf die gleiche Stufe. Wer nicht weiß, was eine Demokratie auszeichnet oder eine Diktatur charakterisiert und über nur wenige historische

Kenntnisse verfügt, kann die vier Systeme nicht angemessen einordnen und unterscheiden. Dieser Zusammenhang wird statistisch eindrucksvoll bestätigt durch die Ergebnisse der Regressionsanalyse. (Schaubild 1, S. 11) Erst sekundär, nach den Kenntnissen, wirken die besuchte Schulart, das Geschlecht

Die Studie bestätigt den direkten **ZUSAMMENHANG** von historischem Wissen und Systembewertung.



**Diktatur oder Demokratie? Viele Schüler können erschreckenderweise die BRD der Nachkriegszeit nicht richtig zuordnen.**

oder die Herkunft der Eltern auf die Urteile der Schüler.

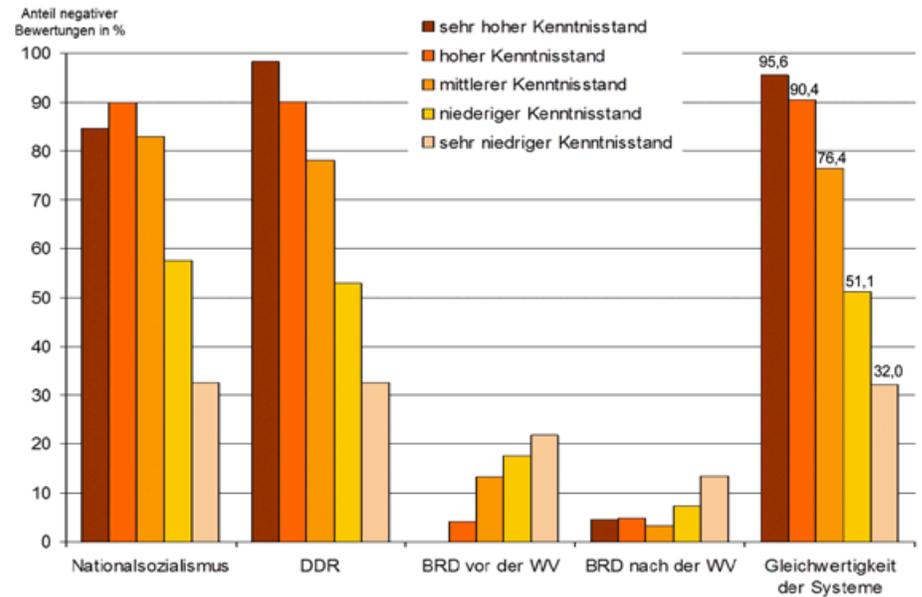
**Kenntnisstand zu den einzelnen Systemen**

Der Kenntnisstand zu den einzelnen Systemen differiert deutlich. Am meisten wissen die Schüler über den Nationalsozialismus, am wenigsten über das wiedervereinigte Deutschland. Die Kenntnisse über die (alte) Bundesrepublik und die DDR sind im Vergleich zu denen über den Nationalsozialismus ebenfalls auffällig geringer. Unerwartet schwach fallen sie über das wiedervereinigte Deutschland aus. Nur gut ein Drittel der Wissensfragen können die Jugendlichen richtig beantworten (Nationalsozialismus: knapp 61 % richtige Antworten). Das Wissen über die DDR ist mit knapp

45 % richtiger Antworten ebenfalls unterdurchschnittlich. Dieses Muster findet sich quer durch alle Schularten und Bundesländer (Schaubild 2).

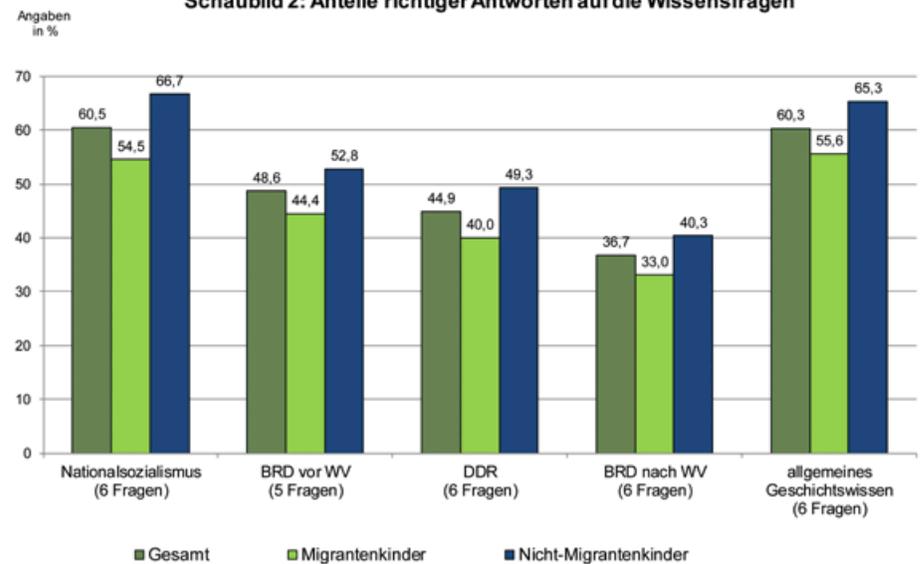
Neben der Aufschlüsselung nach Schulart und Wohnort wurde, erstmalig in einer repräsentativen empirischen Untersuchung zu zeitgeschichtlichen Kenntnissen und Urteilen, auch die Herkunft der Eltern in die Analyse mit einbezogen. Dabei stellt sich heraus, dass Jugendliche mit in der Bundesrepublik geborenen Eltern mehr wissen als ihre Altersgenossen mit in der DDR geborenen Eltern. Besonders gering sind die Kenntnisstände bei Schülern mit DDR-Eltern, die im Westen zur Schule gehen, während umgekehrt Schüler mit bundesrepublikanischen Eltern, die in den neuen Ländern zur Schule gehen,

**Schaubild 1: Zusammenhang von systembezogenem Wissen und Systembewertungen (jeweilige Anteile von durchgängig negativen Bewertungen)**



Quelle: Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt / Main 2012, S. 417.

**Schaubild 2: Anteile richtiger Antworten auf die Wissensfragen**



Quelle: Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt / Main 2012, S. 319.

mit Abstand an der Spitze der kenntnisreichen Schüler stehen. Den geringsten Kenntnisstand haben sogenannte Migrantenkinder, d. h. Jugendliche mit mindestens einem ausländischen Elternteil.

Das vergleichsweise schlechte Abschneiden der westdeutschen Schulstandorte resultiert insbesondere aus den schlechten Ergebnissen der Migrantenkinder, die im Westen einen großen Teil der Schüler stellen, und den aus den neuen Ländern zugezogenen Schülern. Werden Binnenwanderungs- und Immigrationeffekte außen vor gelassen, liegen Schüler aus Bayern bei den Kenntnisständen knapp vor Schülern aus Thüringen. Der durchschnittliche Anteil richtiger Antworten erhöht sich ohne die Immigrations- und Binnenwanderungseffekte in Bayern von 51,4 % auf 59,9 % und in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg um 4 bis 5 Prozentpunkte. In Sachsen-Anhalt und Thüringen dagegen ändert sich die Quote richtiger Antworten nur unwesentlich.

Die Wissensfragen haben einen unterschiedlichen Schwierigkeitsgrad. So wurde zum Beispiel bezogen auf den Nationalsozialismus gefragt, was unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten abgeschafft wurde. Von den vier Antwortmöglichkeiten (Grundrechte, Reichsmark, Wehrpflicht und Reisefreiheit) entscheiden sich knapp 46 % der befragten Schüler für die richtige Antwort.

Bezogen auf die alte Bundesrepublik fragten wir u. a. nach dem Begriff „Deutscher Herbst“. Die Antwort, nämlich das Vorgehen des Staates gegen den Linksterrorismus in der Bundesrepublik Ende der 1970er-Jahre, kennt nur gut jeder Zehnte; für knapp jeden Zweiten steht der Begriff für die letzten Wochen vor dem Fall der Berliner Mauer. In Gesprä-

### Immigrations- und Binnenwanderungseffekte **VERSCHLECHTERN** den Kenntnisstand.

chen mit Schülern nach der quantitativen Befragung stellte sich heraus, dass die gewalttätige Dimension der 68er-Studentenbewegung und der Linksterrorismus überwiegend kein Thema im Schulunterricht sind. Die 68er werden von vielen Lehrern zumeist als Wegbereiter der „wirklichen Demokratie“ in der Bundesrepublik charakterisiert.

Die Frage nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 beantwortet nur gut jeder dritte Befragte richtig. Die Mehrzahl der Schüler identifiziert mit diesem Datum entweder die internationale Anerkennung der DDR als Staat, einen deutsch-sowjetischen Vertragsabschluss oder eine Währungsreform in der DDR. Wer die Verantwortung für die sozialistische Diktatur trug, weiß nur eine Minderheit der befragten Schüler. Insofern verwundert es nicht, dass jeder Fünfte die SED für einen Zusammenschluss von KPD und NSDAP hält, und eine relative Mehrheit der Hauptschüler glaubt, diese Partei sei aus SPD und NSDAP gebildet worden. Viele Gymnasiasten dagegen verschmelzen SPD und PDS zur SED.

Knapp jeder fünfte Schüler weiß, wodurch die rot-grüne Bundesregierung das deutsche Sozialsystem reformierte – die Agenda 2010. Eine relative Mehrheit nennt als Reformprojekt den Solidaritätszuschlag.

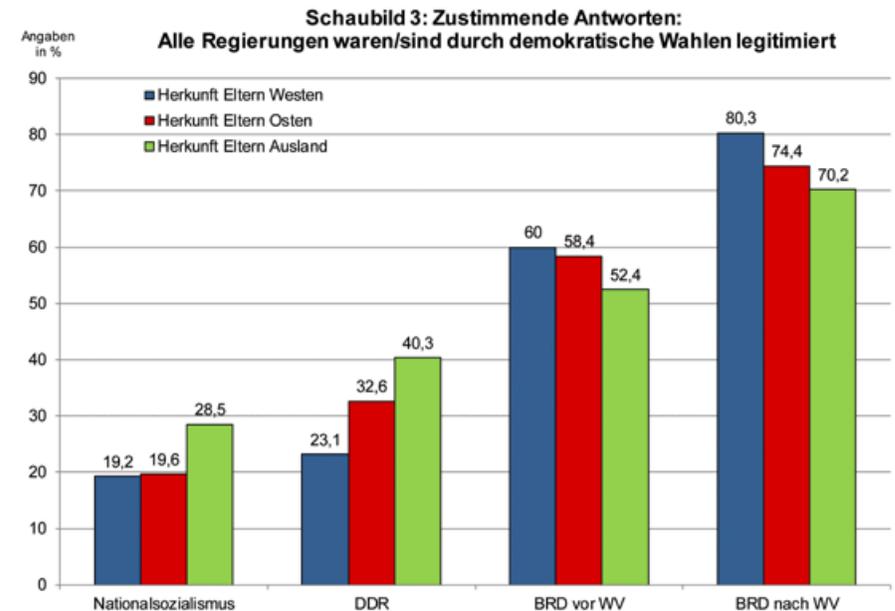
Man mag sich streiten, welche Fragen Jugendliche unbedingt richtig be-

antworten können sollten. Keinen Zweifel kann es jedoch an der Notwendigkeit politisch-historischer Kenntnisse geben, denn erst das Wissen um grundlegende Fakten ermöglicht ein fundiertes Urteil. Ohne ein Mindestmaß an Wissen bleiben Einschätzungen Vorurteile oder Bekennnisformeln. Insofern besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Kenntnisgrad und der Angemessenheit der Urteile auf Basis der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Knapp jeder vierte Befragte hält den Nationalsozialismus für durch demokratische Wahlen legitimiert und etwa jeder dritte attestiert der DDR eine demokratische Legitimation. Dabei geht knapp jeder dritte Schüler mit DDR-Eltern, aber nur knapp jeder vierte mit BRD-Eltern davon aus, dass es im SED-Staat demokratische Wahlen gab (Migrantenkinder: gut 40 %). Noch auffälliger, um nicht zu sagen, erschreckender, sind die Ergeb-

nisse für die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung: Nur gut die Hälfte beziehungsweise lediglich drei Viertel der befragten Schüler antworten, die alte bzw. die neue Bundesrepublik sei durch demokratische Wahlen legitimiert (Schaubild 3).

Weitaus extremer fallen die Ergebnisse der Fragen nach einem allgemeinen Demokratie- bzw. Diktaturcharakter der vier Systeme aus. Keinen Zweifel am Diktaturcharakter des Nationalsozialismus hat lediglich gut jeder zweite Schüler, bezogen auf die DDR sogar nur gut jeder dritte. Die anderen Jugendlichen – knapp die Hälfte beim NS und knapp zwei Drittel bei der DDR – sind sich unsicher, wie sie diese beiden Systeme einordnen sollen, oder bewerten sie ausdrücklich nicht als Diktaturen. Die (alte) Bundesrepublik hält nur gut die Hälfte für eine Demokratie und selbst das wiedervereinigte Deutschland wird lediglich von gut 60 % ausdrücklich als



Quelle: Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt / Main 2012, S. 369.

**Viele Jugendliche haben aufgrund mangelnden Wissens Probleme, die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur zu erkennen.**

Eine nennenswerte Minderheit hält alle vier Systeme gleichermaßen nicht für Rechtsstaaten, sieht eine gleiche Gewährleistung individueller Menschenrechte und eine gleiche individuelle Selbstbestimmung.<sup>5</sup> (Schaubild 4)

**Bewertung der Ergebnisse**

Die Systembewertungen der Schüler sind aber insgesamt und vergleichend betrachtet zumindest für eine Mehrheit eindeutig: Nationalsozialismus und DDR schneiden deutlich negativer als die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung ab. Allerdings gibt es starke Minderheiten unter den befragten Jugendlichen, die, wenn nicht durchgängig gute, so doch einige gute Seiten an den beiden Diktaturen entdecken.

Ein durchgängig positives Bild vom Nationalsozialismus hat knapp jeder zehnte befragte Schüler und ein neutrales Bild dieser Diktatur weist etwa jeder vierte auf. Etwa zwei Drittel haben ein

negatives Bild des Nationalsozialismus. Überraschenderweise beurteilen Migrantenkinder, insbesondere die mit türkischen oder kurdischen Eltern, den Nationalsozialismus deutlich besser als ihre Altersgenossen (knapp 13 % bzw. knapp 16 % positive Urteile). Jugendliche mit Eltern aus dem Nahen Osten votieren sogar mit knapp 18 % positiv über den Nationalsozialismus.

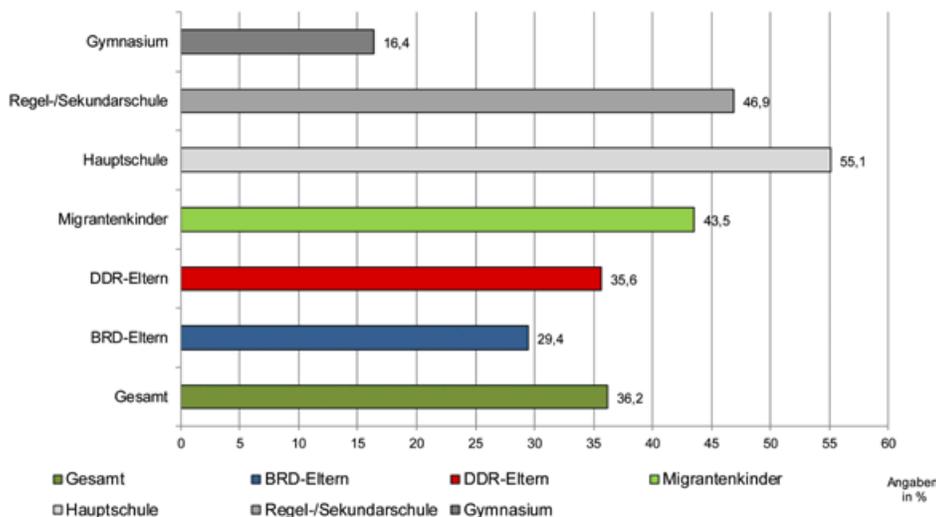
Ein durchgängig positives Urteil über die DDR gibt gut jeder zehnte Schüler ab und mehr als jeder vierte Jugendliche sieht die sozialistische Diktatur neutral; knapp 63 % haben ein negatives DDR-Bild. Allerdings macht sich hier der Einfluss von in der DDR geborenen Eltern stark bemerkbar. Von ihren Kindern beurteilen nur gut 50 % die DDR negativ, etwa 35 % fällen ein neutrales und knapp 13 % ein positives Urteil (Schüler mit BRD-Eltern: knapp 74 % negativ, gut 21 % neutral und knapp 6 % positiv) (Schaubild 5).

Die (alte) Bundesrepublik erzielt bei der Systembewertung ein überraschend schlechtes Ergebnis: Nur gut jeder dritte Befragte sieht sie durchgängig positiv. Fast die Hälfte der Jugendlichen hat ein neutrales Bild von dem zwischen 1949 und 1990 existierenden Teilstaat. Ein negatives Bild von der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung haben gut 15 %. Kinder mit BRD-Eltern sehen dieses System deutlich positiver als die mit DDR-Eltern. Einige Schüler kannten es überhaupt nicht, sondern glaubten, das wiedervereinigte Deutschland sei direkt auf den Nationalsozialismus und die DDR gefolgt.

Das wiedervereinigte Deutschland schneidet im Vergleich der Systembewertungen erwartungsgemäß eindeutig am besten ab. Knapp zwei Drittel der befragten Jugendlichen haben ein positives und nur sehr wenige ein durchgängig negatives Bild von dem Land, in dem sie leben. Eine breite Mehrheit betrach-

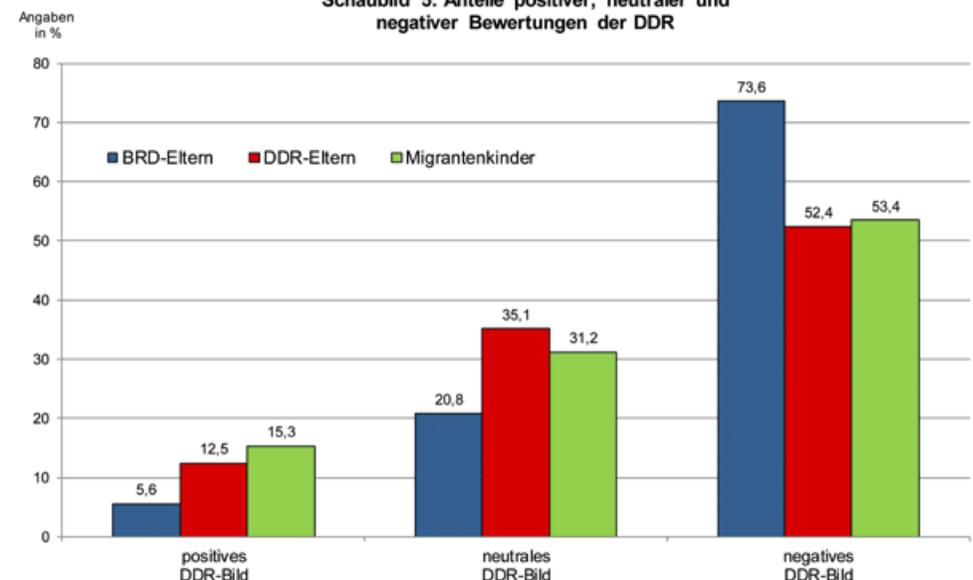
Demokratie eingestuft.<sup>4</sup> Die Ergebnisse der Fragen, auf welchen Feldern die Systeme als gleichwertig einzuschätzen sind, bestätigen die Annahme einer unzureichenden Fähigkeit zur Differenzierung zwischen Demokratie und Diktatur bei überraschend vielen Schülern. Knapp 40 % der Jugendlichen (Migrationskinder: knapp 50 %) können nicht durchgängig zwischen den charakteristischen Merkmalen und Dimensionen von demokratischen und diktatorischen Systemen differenzieren.

**Schaubild 4: Zustimmung zum Statement: "Im NS, in der BRD vor WV, in der DDR und in der BRD nach WV waren/sind individuelle Menschenrechte gleichermaßen gewährleistet."**



Quelle: Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt / Main 2012, S. 372

**Schaubild 5: Anteile positiver, neutraler und negativer Bewertungen der DDR**



Quelle: Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt / Main 2012, S. 354.

**3. Reich und DDR schneiden NEGATIVER als die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung ab.**

tet zweifelsohne das wiedervereinigte Deutschland als „ihr“ Land. Allerdings fällt das positive Urteil bei Schülern mit BRD-Eltern deutlich höher aus als bei denen mit DDR-Eltern oder bei Migrantenkinder (knapp 72 %; gut 57 %; knapp 60 %); von nicht einmal der Hälfte der Jugendlichen mit DDR-Eltern, die im Westen zur Schule gehen, erhält das wiedervereinigte Deutschland eine positive Bewertung (Schaubild 6).

Der Zusammenhang von Kenntnissen und Urteilen zeigt sich auch bei den Systemeinschätzungen der knapp 1.500

befragten Migrantenkinder. Sie wissen im Durchschnitt besonders wenig, dementsprechend können sie historische Sachverhalte noch schlechter einschätzen als ihre Mitschüler. Zusammenfassend bewerten sie den Nationalsozialismus (gut 40 % positiv oder neutral) und die DDR (46,5 % positiv oder neutral) positiver als der Durchschnitt und die (alte) Bundesrepublik und das wiedervereinigte Deutschland dagegen deutlich negativer als die anderen Schüler. Migrantenkinder votieren selbstverständlich ebenso wie einheimische nicht geschlossen, sondern geben ein mitunter stark differenziertes Urteil ab. So lehnen z. B. nur gut 40 % der Kinder türkischer oder kurdischer Eltern eine Gleichwertigkeit der Systeme ab, aber fast 63 % der Jugendlichen mit Eltern aus Mittel- und Osteuropa.

Die Systembewertungen der Jugendlichen zeigen insbesondere zwei überraschende Ergebnisse: Erstens bestehen

zwischen den Vorstellungen und Urteilen im Hinblick auf die beiden Bundesrepubliken vor und nach der Wiedervereinigung deutliche Differenzen. Demzufolge gibt es unter den Jugendlichen kein verbreitetes Bewusstsein für die große politisch-institutionelle Kontinuität beider Systeme. Für Jugendliche handelt es sich bei der Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung offensichtlich um zwei verschiedene (Lebens-) Welten. Die Unterschiede, die sie etwa hinsichtlich der demokratischen Legitimation von Regierungen oder der Gewährleistung von Meinungsfreiheit empfinden, lassen sich in der Realität nicht wiederfinden. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die befragten Schüler in den vier Systemen nicht zwei Demokratien und zwei Diktaturen erkennen, sondern ein gutes und drei mehr oder weniger schlechte Systeme.

Der zweite Befund bezieht sich auf die Bewertungen des geteilten Deutschlands. Die Differenz zwischen der DDR und der alten Bundesrepublik fällt überraschend gering aus. Die Gegensätzlichkeit der beiden deutschen Teilstaaten auf nahezu allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Feldern ist vielen Schülern nicht geläufig. So überrascht auch nicht, dass knapp jeder zweite die Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung nicht für eine Demokratie und knapp jeder dritte die DDR nicht für

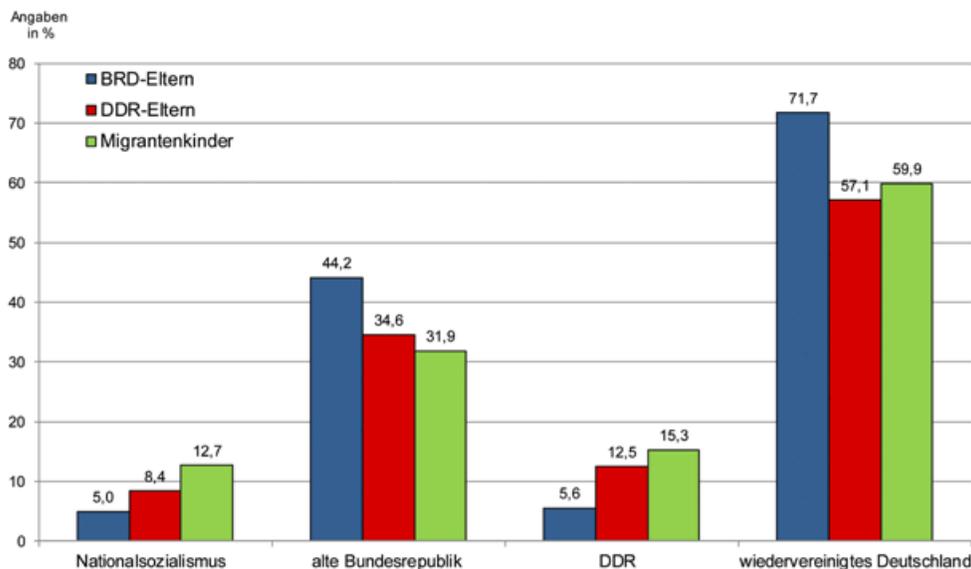
eine Diktatur hält. Den Nationalsozialismus klassifiziert knapp jeder vierte Schüler nicht als Diktatur und ebenfalls jeder vierte hält das wiedervereinigte Deutschland nicht für eine Demokratie.

Stärker noch als die vergleichsweise hohe Zustimmung für eine demokratische Legitimation der nationalsozialistischen und der sozialistischen Diktatur überrascht der geringe Anteil der befragten Jugendlichen, die die alte Bundesrepublik für durch demokratische Wahlen legitimiert halten. Wenn Schüler zu diesem Urteil gelangen, stellt sich die Frage, was eigentlich im Geschichts- und / oder Sozialkundeunterricht vermittelt wird (Schaubild 7, S. 18).

**Fazit**

Zeitgeschichtliche Urteile der Schüler resultieren nicht nur aus dem Schulunterricht, sondern sind in etwa gleichem Maße Ausdruck privater, zumeist familiärer Gespräche über Zeitgeschichte. Eltern und Großeltern erzählen über das „gelebte Leben“ und beeinflussen mehr oder weniger bewusst junge Menschen in ihrem Urteil. Bereits Friedrich Nietzsche erkannte jedoch, dass Menschen dazu neigen, vornehmlich das Positive der Vergangenheit zu erinnern und das Negative zu verdrängen: „Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich – gibt das Gedächtnis nach.“<sup>6</sup> Insofern ist die Weichzeichnung diktatorischer Verhältnisse eher die Regel als die Ausnahme.<sup>7</sup> Wenn Jugendliche über kein oder wenig eigenes historisches Wissen verfügen, wirken die Gespräche in besonders prägender Weise. Bezogen auf die DDR wird ihre diktatorische Dimension ausgeblendet und die soziale Alltäglichkeit in den Vordergrund ge-

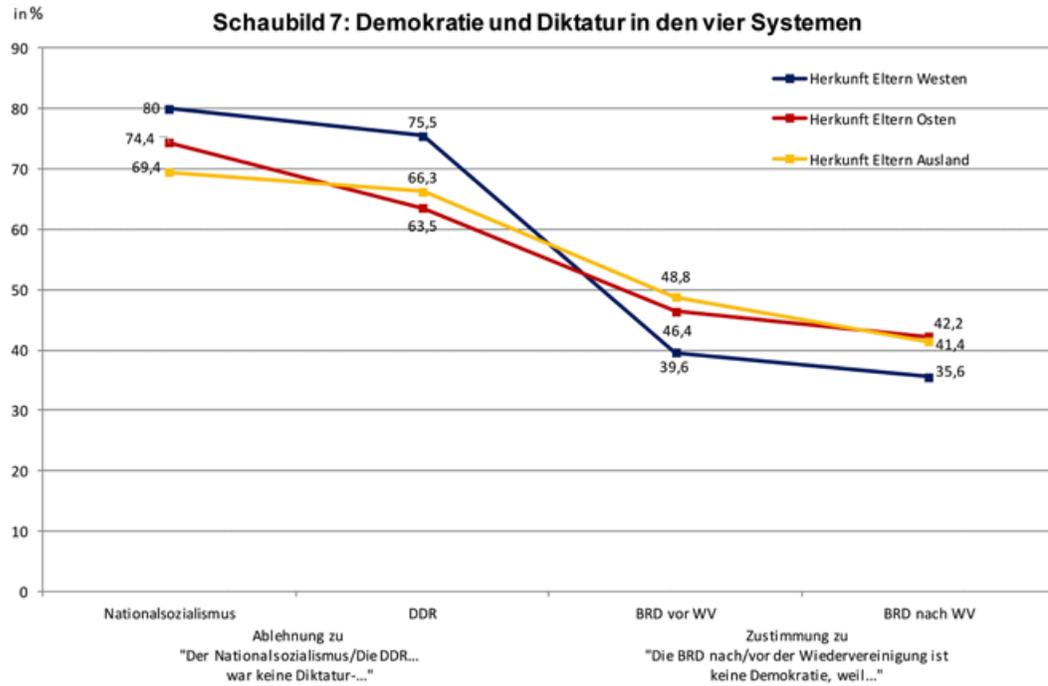
**Schaubild 6: Anteile positiver Bewertungen der vier Systeme**



Quelle: Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt / Main 2012, S. 331, 344, 354 und 365.

**Das wiedervereinigte Deutschland schneidet im Vergleich der Systembewertungen AM BESTEN ab.**

Schaubild 7: Demokratie und Diktatur in den vier Systemen



Quelle: Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt / Main 2012, S. 370.

rückt. Dies bleibt nicht ohne Folgen für das historische und aktuelle Selbstverständnis einer Gesellschaft.

Um dem durch Nichtwissen geprägten Urteilen entgegenzuwirken, bedarf es in der Gesellschaft eines Bewusstseins für (gemeinsame) Vergangenheiten – negative, aber auch positive –, die Orientierung für Gegenwart und Zukunft geben können. Ein derartiges Geschichtsbewusstsein muss Teil des gegenwärtigen Selbstverständnisses des Einzelnen und

der Gesamtgesellschaft sein. Es bildet die Grundlage von Werten, Interessen, Erwartungen und Handlungen. Somit ermöglicht Geschichtsbewusstsein die Interpretation der Vergangenheit und bietet gleichzeitig Gegenwarts- und Zukunftsorientierung.

Aus der Geschichte lässt sich lernen, allerdings nicht ohne grundlegende Kenntnisse über sie. Historische Kenntnisse sind unverzichtbar und wesentlich für die historische Urteilsbildung. Ohne sie sind Bewertungen des historischen Geschehens lediglich Vorurteile, Klischees, Bekenntnis- oder Gesinnungsformeln oder öffnen Legenden Tür und Tor. Erst die Vermittlung von grundlegenden historischen Kenntnissen und der Werte eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens konstituiert ein Geschichtsbewusstsein, das mehr vermag, als nur Fakten aneinander zu rei-

**Die zeitgeschichtlichen Urteile der Schüler sind geprägt von außerschulisch SCHÖNGEFÄRBTEN Erzählungen.**

hen oder die „richtige Gesinnung“ zu vermitteln.<sup>8</sup>

Demokratisches Geschichtsbewusstsein insbesondere bei jungen Menschen zu wecken und auszubilden, ist Aufgabe von Politik, Bildungsinstitutionen und Medien. Kenntnisse und Wissen um zeithistorische Zusammenhänge sind hierfür eine unbedingte Voraussetzung, die zu vermitteln nicht nur dem Schulunterricht, sondern auch der Gedenkkultur obliegen. Hier spielen Narrative – mündlich und / oder schriftlich als Familienerzählung und durch Zeitzeugen – eine wichtige Rolle. Sie vermitteln und interpretieren die Erinnerung an die Vergangenheit und geben auf lebendige Weise insbesondere jungen Menschen Auskunft über die kollektiv geteilten Werte, Normen und Vorstellungen einer bestimmten Epoche.

Eine Gesellschaft sollte sich nicht nur an negativen Erinnerungen<sup>9</sup> abarbeiten, sondern auch positive kollektive Vergangenheitsbezüge schaffen. An denen mangelt es weiterhin im vereinten Deutschland. „Befreiung“ bzw. „Freiheit“ könnte ein derartiger positiver Bezugspunkt sein. Die unterschiedliche Befreiung von zwei Diktaturen und die dadurch gewonnene Freiheit – im Westen nach der Gründung der Bundesrepublik, im Osten nach der Wiedervereinigung – schufen die Voraussetzungen für die Entstehung und Entwicklung ei-

**Es BRAUCHT mehr und besseres historisches Wissen sowie Geschichtsbewusstsein.**

ner zivilen Gesellschaft, auf die wir zu Recht stolz sein können. ///



/// PROF. DR. KLAUS SCHROEDER  
ist Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin sowie der Arbeitsstelle Politik und Technik des Otto-Suhr-Institutes.

**Anmerkungen**

- <sup>1</sup> Vgl. Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München / Stamsried 2008.
- <sup>2</sup> Vgl. Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika / Quasten, Rita / Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt/Main u. a. 2012.
- <sup>3</sup> Ursprünglich sollte die Befragung in allen Bundesländern erfolgen. Leider lehnten die meisten Länder eine Teilnahme ab. Offenbar befürchteten sie, mit ernüchternden Ergebnissen, mangelndem zeitgeschichtlichen Wissen und schrägen Urteilen konfrontiert zu werden.
- <sup>4</sup> Schroeder / Deutz-Schroeder / Quasten / Schulze Heuling: Später Sieg der Diktaturen?, S. 368 ff.
- <sup>5</sup> Ebd., S. 371 ff.
- <sup>6</sup> Nietzsche, Friedrich: Jenseits von Gut und Böse IV, München 1978, S. 86.
- <sup>7</sup> Vgl. auch Mitscherlich, Margarete: Erinnern, Vergessen und Verdrängen, in: Die Radikalität des Alters, Frankfurt 2010, S.62 f.
- <sup>8</sup> Zum Bildungswert der Historie vgl. auch Kraus, Josef: Der historische Analphabetismus greift um sich, in: FAZ, 21.6.2012.
- <sup>9</sup> Selbstverständlich ist es weiterhin notwendig, die Einzigartigkeit des Zivilisationsbruchs durch die Nationalsozialisten und die Menschenrechtsverletzungen der DDR zu erinnern. Die beiden Diktaturen sollten zudem nicht gleichgesetzt werden. Der gewaltige Unterschied zwischen den Verbrechen des NS- und des SED-Staates darf nicht aus dem Blick geraten: Die DDR hat weder Millionen Menschen nahezu fabrikmäßig umgebracht noch entfesselte sie einen Weltkrieg. Die rechtstotalitäre Diktatur war zudem „hausgemacht“, die linkstotalitäre fremdbeherrscht. Weder dürfen die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert noch das Unrecht im SED-Staat banalisiert werden.

/// Wer ist das Volk?

## ODER: WAS IM WANDEL BESTEHEN UND VOR DEM VERGESSEN BEWAHRT WERDEN MUSS

**HEINRICH OBERREUTER** /// Wenn die Herrschaft im Staat wie ehemals in der DDR ihre ohnehin schütterte Legitimität verspielt hat, ist die Parole „Wir sind das Volk“ nachvollziehbar, selbst wenn sie seinerzeit nicht von jedermann geteilt wurde. Diese Parole aber für eine beliebige Protestdemonstration in Anspruch zu nehmen, ist anmaßend. Warum? Weil die Legitimität dieser Demokratie außer Zweifel steht, weil ihre Normen selbst das Recht auf Kritik und Protest einräumen, und weil Gegensätze in Richtungs- wie Detailscheidungen längst keine Situation begründen, in der – im Kern revolutionär – „das“ Volk gegen „die“ Macht aufsteht.

### „Das“ Volk? Volk heißt Pluralität

Wir haben es in jüngster Zeit mit einer Bewegung zu tun, deren Sympathisanten sich im Wesentlichen gesellschaftspolitisch herausgefordert oder unbehaglich fühlen, die aber weder „die“ Politik, noch gar „das“ Volk repräsentieren. Für „das“ Volk kann solch eine Bewegung schon deswegen nicht stehen, weil sie selbst in sich höchst heterogen ist. Damit ist sie freilich wie das Volk.

Denn die Frage „Wer ist das Volk?“ lässt sich nur mit Blick auf dessen Pluralität beantworten. Exakt aus dieser Pluralität erwächst wiederum die Kritik an solchen Bewegungen wie PEGIDA. Das Volk mag eine staatsrechtliche Größe

### Volk heißt **PLURALITÄT**.

sein. Real existiert es nur in seiner Vielfalt, solange man ihm nicht ideologische Einheitlichkeit aufzwingt. In seiner Vielfalt wird es auch politisch repräsentiert. Dafür steht etwa, vom Bundesverfassungsgericht so definiert, zentral die Oppositionsfreiheit, weil selbstverständlich auch Opposition dem Volk gleichberechtigt Ausdruck gibt, keines-



Protest, Opposition, Ausdruck der Meinungsvielfalt ... aber nicht Volkes Stimme!

wegs nur die regierende Mehrheit. Dem gehen in der Gesellschaft die Freiheit der Gedanken und die Freiheit, sie auszusprechen, voraus, also auch das Recht, Unsinn zu reden und zu denken, und zu wählen.

Es mag befremdlich klingen, ist aber doch banal: Der Grundrechtsschutz untersagt dem Staat, Qualitäten von Meinungen zu bewerten, er gewährleistet vielmehr ihre öffentliche Äußerung. Der bewertende, streitige Diskurs kommt aber sehr wohl der Gesellschaft zu. Rede und Gegenrede haben uns letztlich auch aktuell das vielfältig differenzierte Volk vor Augen geführt. Wenn die Meinungsfreiheit für die freiheitliche Demokratie „schlechthin konstituierend“ ist, ist die Erwartung durchaus verständlich, diese Freiheit möge informiert und rational ausgeübt werden. Gleichwohl ist diese Erwartung oft genug eitel.

Wir bewegen uns im Kernbereich der Demokratie, besser, des demokratischen Verfassungsstaats. Denn worauf beruht das ihn tragende Prinzip der legitimen Vielfalt? Es beruht auf der in Menschenwürde und Menschenrechten gründenden Freiheit des Individuums. Daraus folgt alles andere – liberale, offene Gesellschaft, Staatsordnung und politische Willensbildung. Pluralismus ist also alles andere als wertrelativistisch.

Wenn aber über die Identität der Deutschen – wieso eigentlich nicht? – diskutiert werden soll, dann gehören

### Vielheit ist **NICHT** wertrelativistisch.

nicht nur Geschichte, Kultur und Sprache dazu. Zu dieser Identität gehört auch jener schmale Grundkonsens über Menschenwürde und Freiheit, ohne den es keine Vielfalt gäbe. Wir sehen, dass ein Teil unserer Gesellschaft, herausgefordert durch andere Kulturen, sich vornehmlich in dem findet, was er nicht will und nicht sein möchte. Zu wissen, was man nicht will, führt aber keineswegs zu einem positiven Konsens und sei er noch so schmal. Wer Identität, wer Patriotismus verteidigt, muss stets die Menschenwürde mitdenken. Solange er das tut, kann er kaum ein Extremist sein. Tut er es nicht, verlässt er den Boden unseres Verfassungsverständnisses. Zugespitzt könnte man sagen: Er bürgert sich aus. Und: Wer zu uns kommt, hat Anspruch auf humanen Respekt.

Aber umgekehrt hat dieses Gemeinwesen auch einen Anspruch auf Respektierung seiner eigenen wertgebundenen, säkularen Freiheitsordnung. Deren Demontage, die Demontage von Pluralität, ist niemandem erlaubt, weder zugewanderten, noch einheimischen Extremisten. Aber ich kann auch nicht erkennen, dass die Anregung zur Integration in diese Freiheitsordnung eine Zumutung wäre, solange Pluralismus selbst nicht als Zumutung empfunden wird – wie von Fundamentalisten jeglicher Couleur. Das heißt, auch Integrierte werden zum Volk gehören. Und „das“ Volk wird sich um Nuancen verändern – wie je.

**Kommunikation stiftet Legitimität**

Es ist eine alles andere als neue Erkenntnis, dass Kommunikation der Kitt ist, der ein zuträgliches Maß gesellschaftlicher Integration bewirkt, der im Grunde auch eine Selbstentfaltung des Individuums ermöglicht. Dass Kommunikationsdefizite Politik Krisen bewirken können, ist ebenso wenig neu. Gerade die Demokratie beruht auf aktueller Legitimitätsgewinnung durch Kommunikation. Wie soll auch ohne sie Vertrauen gewonnen werden?

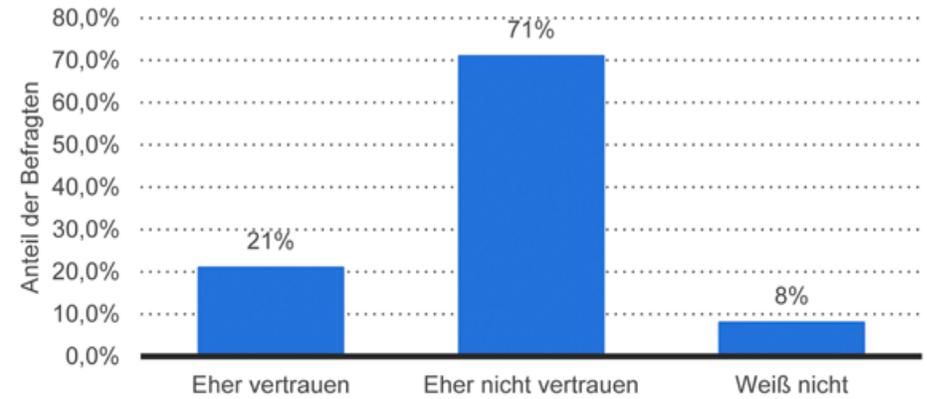
nen, ist ebenso wenig neu. Gerade die Demokratie beruht auf aktueller Legitimitätsgewinnung durch Kommunikation. Wie soll auch ohne sie Vertrauen gewonnen werden?

**KOMMUNIKATION ermöglicht Integration und Selbstentfaltung.**

Dessen Verfall erleben wir seit etwa zwei Jahrzehnten in allen liberalen Demokratien, nicht zuletzt in Europa mit rechter und linker Populismusresonanz in den Parteiensystemen, übrigens in weit größerem Umfang als in Deutschland in Frankreich, Österreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, England, Italien, Spanien, Griechenland usw. Zynismus und Verachtung gegenüber der politischen Elite „within the beltway“, die also innerhalb des Washingtoner Autobahnringes agiert, sind z. B. gerade auch in den USA seit langem tief verwurzelt – nicht erst seit Trump. Auch in Großbritannien gibt es Vertrauensbrüche zwischen „London“ und dem Land, und entsprechende Vertrauenseinbrüche kennen wir hierzulande ebenso. Grundlegende Veränderungen der Politik, ihre zunehmende Komplexität (Internationalisierung, Globalisierung, Euro- und Finanzkrise, Systemumbrüche) und damit verbundene Erklärungs- und Verständnisschwierigkeiten sind dafür verantwortlich, Kommunikationsdefizite also.

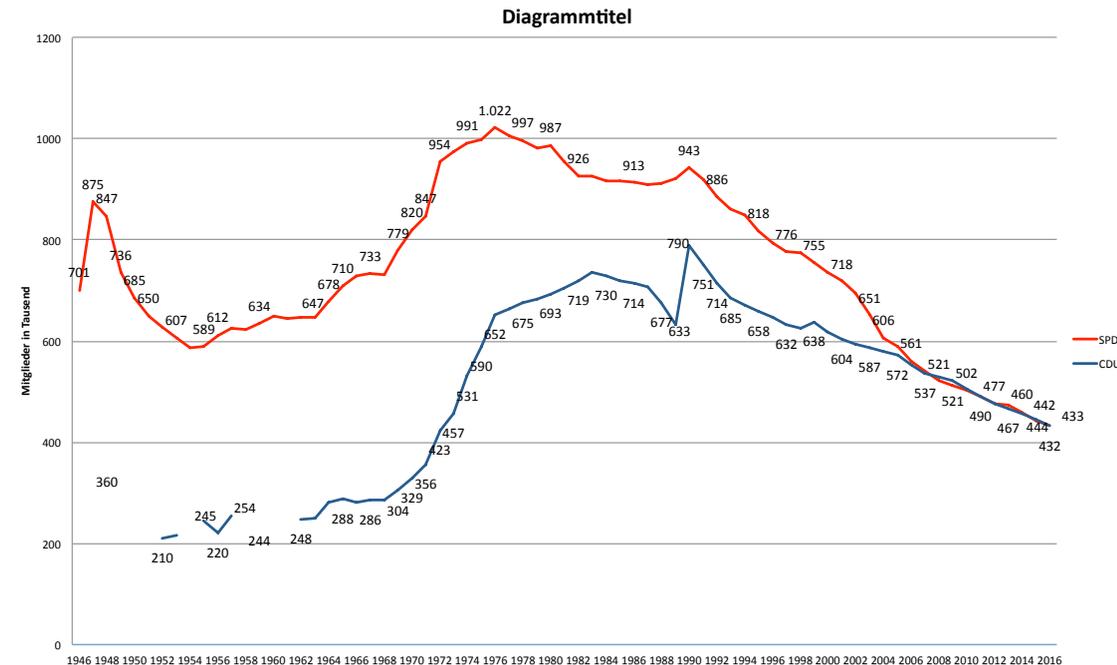
Antibewegungen und Antiparteien zogen daraus Nutzen. Hierzulande herrschen schon seit einer ganzen Weile An-

Abbildung 1: Vertrauen der Bürger in die politischen Parteien



Quelle: European Commission

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung CDU und SPD seit 1990



Quelle: Eigene Darstellung, Daten: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 27.

tistimmungen. Was in jüngster Zeit ausgebrochen ist, ist keineswegs neu. Neu ist aber die Artikulations- und Organisationsbereitschaft. Das kritische Bild von den Eliten „within the beltway“ liefert uns einen Erklärungsansatz wie gleichermaßen das Bild von der Bonner Käseglocke oder der Berliner Glaskuppel, welche den Politik- und Medienbetrieb überwölben. Es ist der Unterschied zwischen den „Ins“ und „Outs“, zwischen „Oben“ und „Unten“, zwischen elitär abgehobenem Establishment und „einfachen“, in ihren Interessen sich vernachlässigt fühlenden Bürgern. Es ist wie im Westen nach 1968, aber ohne die damalige Ideologie, eine Systemkritik, die das politische Personal, Institutionen und auch die traditionellen Medien einschließt. Sie alle verdienen nach dieser Sicht kein Vertrauen. (Abb. 1, S. 23)

Den politischen Parteien wird es seit jeher entzogen, in jüngster Zeit aber besonders heftig, sowohl allgemein als auch speziell, wie sich im Absturz der Mitgliederzahlen der Volksparteien seit 1990 zeigt (ohne dass die kleineren den Trend umkehren). (Abb. 2, S. 23)

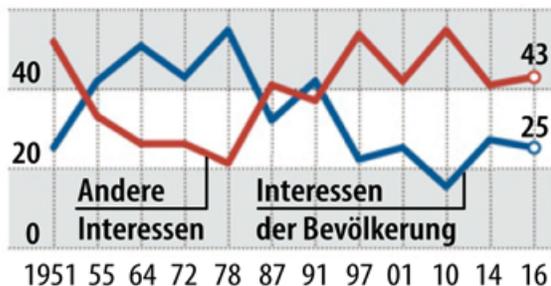
**Die Bürger bringen ihren zunehmenden VERTRAUENSVERLUST in die Politik und die Parteien zum Ausdruck.**

Als sich die Mitgliederzahlen von CDU und SPD im Absturz schnitten, ließ sich die Vorsitzende der CDU zu der erstaunlich analysearmen Bemerkung hinreißen, ihre Partei sei jetzt auf Augenhöhe mit der SPD angekommen. Umgekehrt: Als in der alten, kleineren BRD die Parteien mehr als 2 Millionen Mitglieder hatten und über 90 % der Wahlberechtigten sich an Wahlen beteiligten, war in der Politikwissenschaft die These von der Legitimationskrise en vogue.

Auch das politische Führungspersonal steht in keinem gutem Ruf, weder bezüglich seiner Gemeinwohlfähigkeit noch seiner (intellektuellen, kommunikativen, politischen) Fähigkeiten. (Abb. 3 u. 4, S. 25)

Abbildung 3: Abgeordnete als Interessenvertreter der Wähler

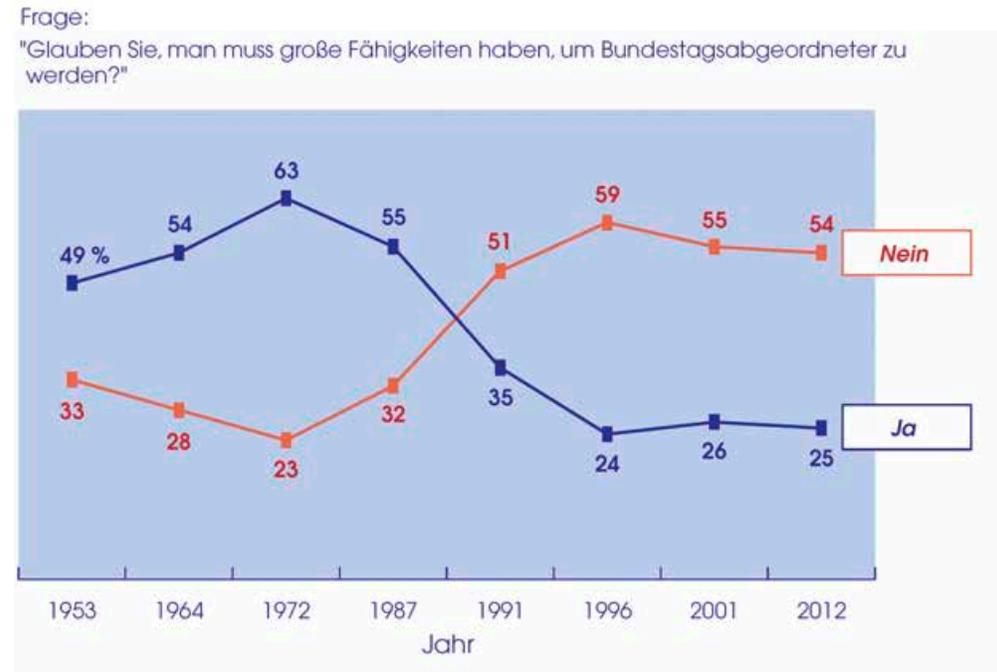
Glauben Sie, dass die Abgeordneten in Berlin<sup>1)</sup> die Interessen der Bevölkerung oder andere Interessen verfolgen? (in Prozent)



1) Bis 1997: Bonn.

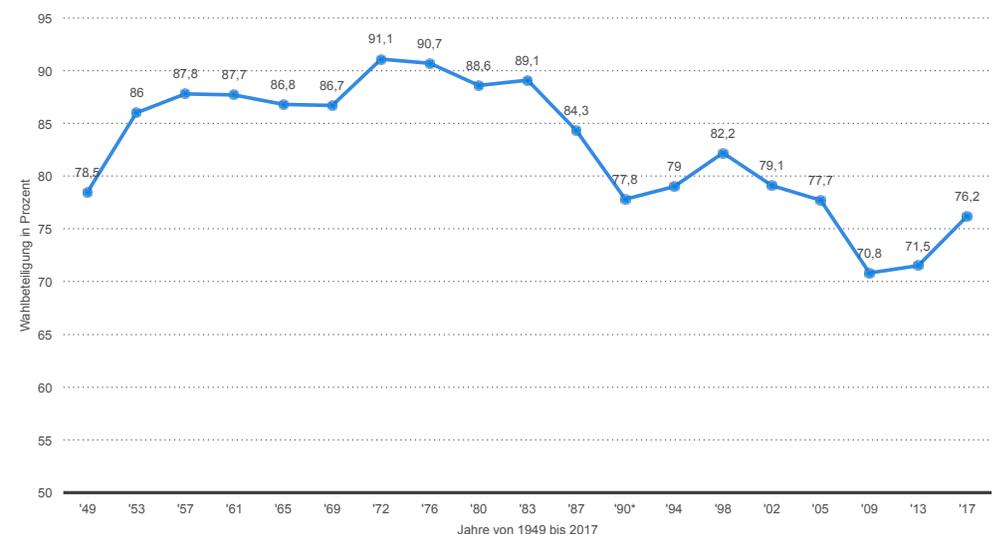
Quelle: FAZ v. 18.05.2016, S. 8.

Abbildung 4: Fähigkeiten der Abgeordneten



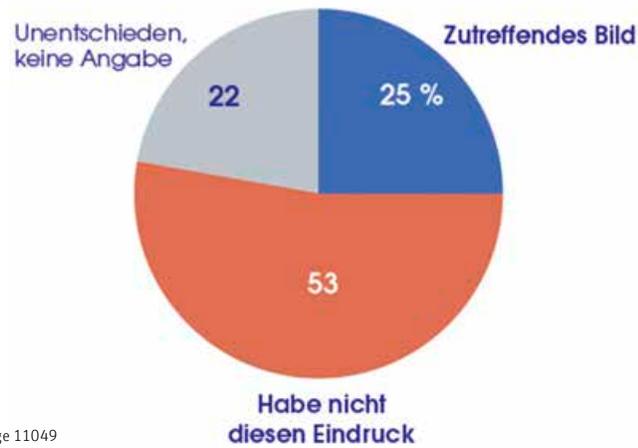
Quelle: Thomas Petersen: Die Sehnsucht nach politischer Orientierung, in: FAZ v. 23.5.2012.

Abbildung 5: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949



Quelle: Statista, Der Bundeswahlleiter/ Statistisches Bundesamt

Abbildung 6: Zeichnen die Medien ein zutreffendes Bild der Flüchtlinge?



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049

Die Daten signalisieren eine Systemdistanz, die sich auch in der rapide gesunkenen Wahlbeteiligung niederschlägt. Deren Anstieg unter skeptischer Distanz im Bund 2013 (0,7 %) und 2017 (4,7%) dürfte auch auf die Kandidatur der AfD zurückzuführen sein, die die, in Wahlabstinz Abgeglittenen wieder mobilisierte. (Abb. 5, S. 25)

Nach verbreiteter Ansicht sprach die AfD vernachlässigte Themen an und überbrückte dadurch Kommunikationsdefizite. Letztere führten auch zu einem Vertrauenszug gegenüber den Medien. (Abb. 6)

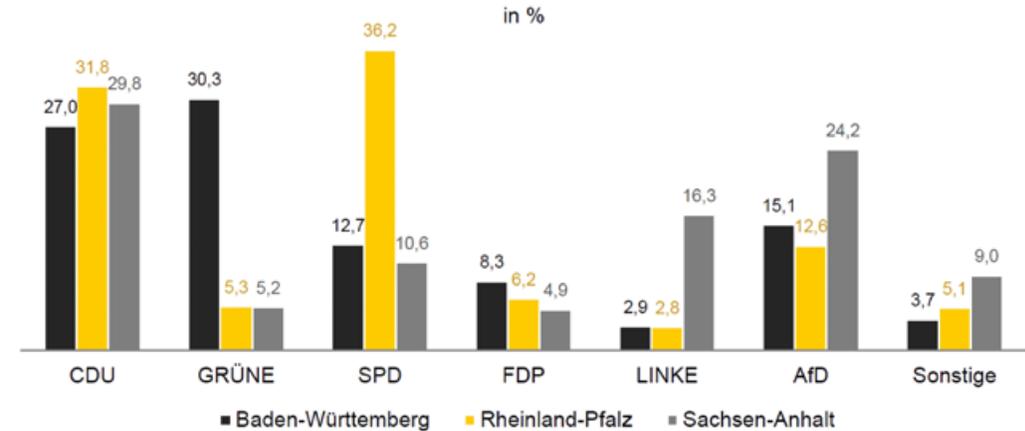
Offensichtlich befindet sich die Legitimität stiftende Kommunikation in der Krise. Ihre Promotoren in Politik und Medien haben Schwierigkeiten, viele Teile des Volkes überzeugend zu erreichen. Dies zeigen mit dem Aufstieg der AfD, der vielleicht trotz der absoluten Höhe in den neuen Bundesländern in den eigentlich stabilisierten „alten“ Bundesländern doch überraschend erscheint, die drei Landtagswahlen im März 2016, erst recht die Bundestagswahl 2017. (Abb. 7, S. 27)

Bekanntlich hat die AfD bei den Nichtwählern besonders mobilisiert und eine erhebliche Anzahl an die Urnen zurückgeholt. Dies ist an sich erfreulich, aber nicht als Resonanz auf die von ihr vertretenen Inhalte. Gleichwohl hat sie vielen Bürgern das Gefühl vermittelt, mit ihren Positionen wieder gehört zu werden.<sup>1</sup> Und dennoch ist die (äußerst heterogene) Gruppierung der Nichtwähler in allen drei Ländern im Vergleich zu den politischen Parteien umgerechnet auf die Wahlberechtigten

**Die AfD hat sowohl Nicht- als auch Wechselwähler mobilisiert.**

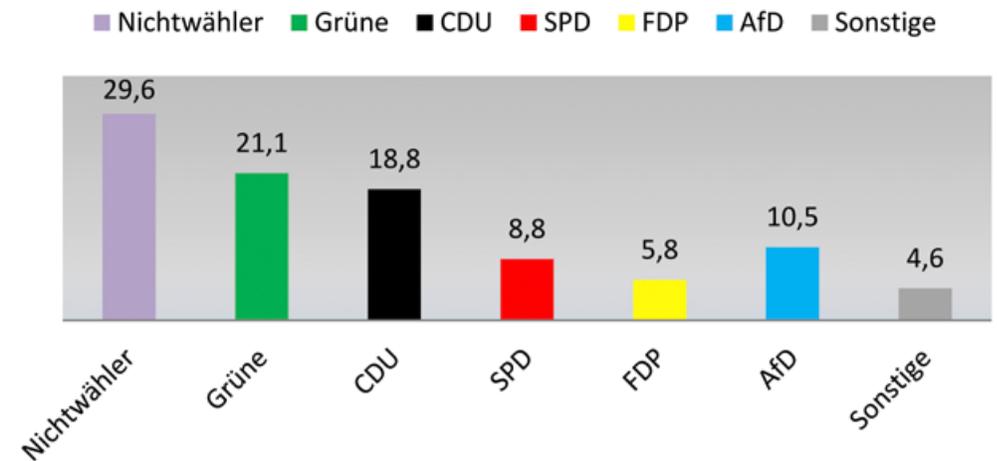
die jeweils größte geblieben, bei der Bundestagswahl 2017 ist sie gleichstark wie die stärkste Partei. (Abb. 8, S. 27, Abb. 9 und 10, S. 28)

Abbildung 7: Ergebnisse der Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt



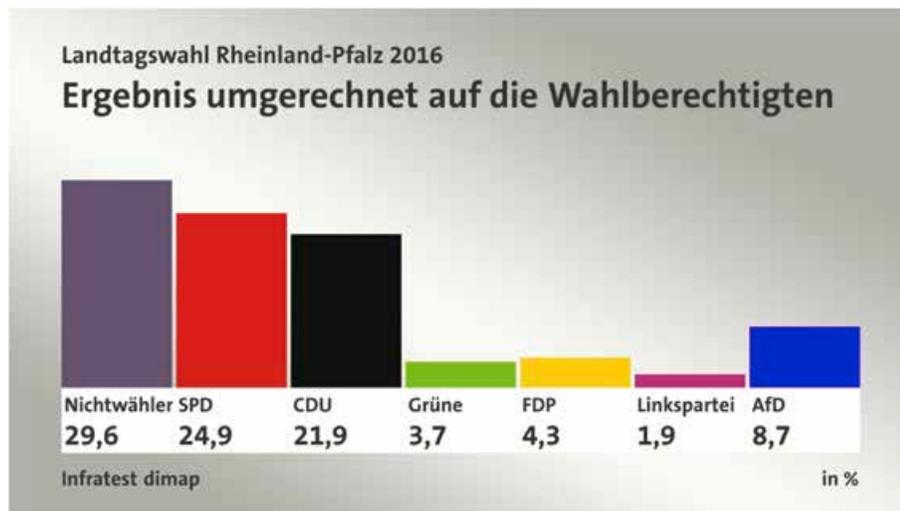
Quelle: Der Landeswahlleiter Baden-Württemberg

Abbildung 8: Wahlergebnis der Landtagswahl Baden-Württemberg 2016 umgerechnet auf Wahlberechtigte



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**Abbildung 9: Wahlergebnis der Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016 umgerechnet auf Wahlberechtigte**



Quelle: Infratest dimap

**Abbildung 10: Wahlergebnis der Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016 umgerechnet auf Wahlberechtigte**



Quelle: Infratest dimap

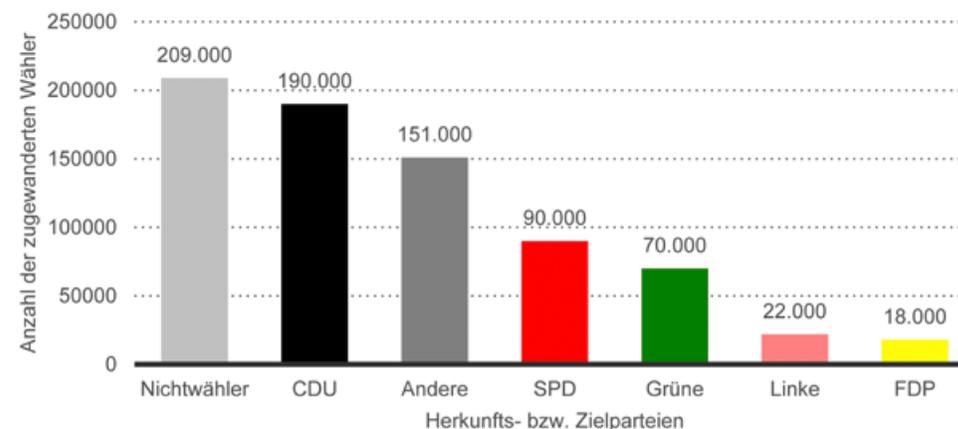
Große Vorsicht ist angebracht mit Extremismus- und Nazismusvorwürfen. Sie werden von denen erhoben, deren Kommunikations- und Gestaltungsversäumnisse Segmente unserer Gesellschaft in den hier belegten Skeptizismus getrieben haben, eine Art Selbstverteidigung durch Diffamierung also, welche die Gefahr in sich birgt, erst recht Distanz der Skeptiker zu den Etablierten zu provozieren. Denn die AfD hat ja nicht nur von früheren Nichtwählern profitiert, sondern von CDU, SPD, Grünen, Linken und dem Rest, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Greifen wir hierzu Baden-Württemberg heraus, nicht weil es besondere Akzente setzte, sondern weil es von den drei Ländern am meisten mit Bürgerlichkeit und Wohlstand gesegnet ist und deswegen weniger „verführbar“ erschien. (Abb. 11)

Die Daten zeigen, Unzufriedenheit und Vertrauensbrüche verteilen sich im Parteiensystem durchaus mit Schwerpunkten, aber keineswegs nur auf der konservativen oder „rechten“ Seite.

Typisch für die Bewusstseinslage des kritischen Potenzials ist die Auskunft zahlreicher AfD-Wähler, u. U. eine Wahl der CDU in Erwägung gezogen zu haben, hätte diese nur in ihrem Land kandidiert. Dass dieser Wert in Rheinland-Pfalz am höchsten ist, spricht Bände über die dortige Kommunikations- und Wahlkampf-führung der CDU und deren bundespolitische Implikationen. (Abb. 12, S. 30)

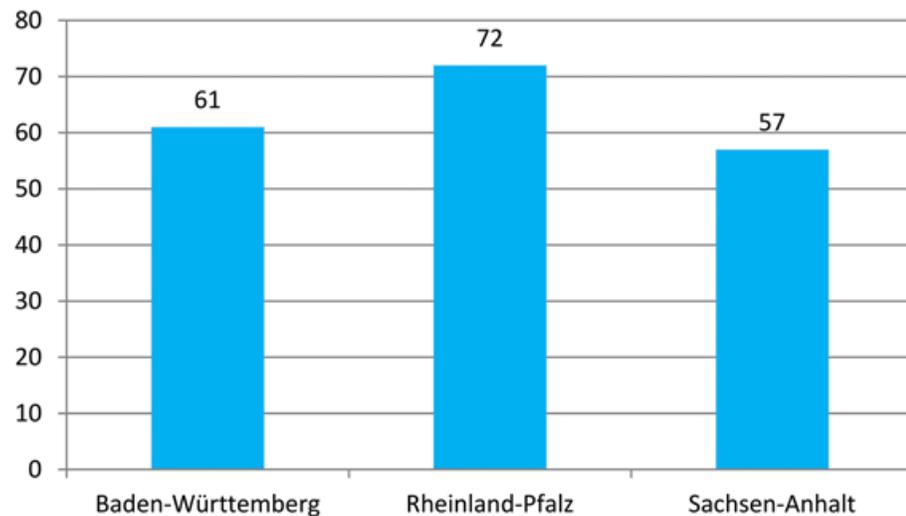
Ignorieren und Dämonisierung seitens der klassischen Parteien haben diese Wählerpotenziale nicht eingeschränkt. Ganz im Gegenteil haben sie deren Einschätzung, nicht ernst- und

**Abbildung 11: Wählerwanderung von und zu der AfD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016**



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abbildung 12: AfD-Wähler: „Es wäre gut, wenn man die CSU auch hier wählen könnte.“ (Zustimmung in %)



Quelle: Infratest dimap

wahrgenommen zu werden, nur bestätigt. Bevor er auf die Straße drängte, hatte sich der Furor gegen etablierte Politik und Medien „längst online“ formuliert, simplifizierend, diffamierend, aber Sorgen und Ängste von Bürgern aufgreifend, welche „die“ Politik ignorierte, die sich gelegentlich auch als alternativlos und erklärungslos darstellte.<sup>2</sup>

Das alles rechtfertigt nicht dumpfe Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Es scheint aber doch nach Kommunikation zu verlangen, denn man kann in einer zivilisierten Gesellschaft derlei Primitivitäten nicht unbearbeitet lassen oder übergehen. Angela Merkel hat z. B. jüngst gesagt, wir wüssten zu wenig über den Islam – ein Appell an Nacharbeit und besser informierten Diskurs. Nur zu! „Man muss nicht mit jedem Idioten reden“ sagt dagegen der evangeli-

sche Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer. Aber gehören diese „Idioten“ nicht auch zum Volk? Und sind sie nicht grundsätzlich einen Argumentationsversuch wert? Verfassungsrechtlich jedenfalls ist effektive Ausgrenzung nur ein Mittel gegen explizite Verfassungsfeinde und es liegt in den Händen der Justiz. Im Alltag sollte man zumindest abwägen, ob Ausgrenzung von Mitbürgern im Namen der Toleranz und des Respekts vor Andersdenkenden prinzipiell ein logisches Instrument ist und ob sie nicht Gräben zusätzlich vertieft.

Ist das bloßstellende Argument nicht angemessener? Anscheinend meint das z. B. auch der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Kurt Kister, der schreibt, man müsse „mit ihnen debattieren, man muss mit ihnen streiten,

man muss keineswegs alles verstehen wollen“, aber im gleichen Atemzug dem Vorsitzenden der SPD die zuhörende, unscheinbare Präsenz bei einer Dresdner Debatte der Landeszentrale für politische Bildung zu PEGIDA verübelt.<sup>3</sup> Als ob es nicht auch ein Signal sein könnte zuzuhören, wo der Vorwurf erhoben wird, die Politik höre nicht mehr zu, ein Signal, das durchaus zur Differenzierung zwischen der „widerwärtigen Minderheit“ von „Nazis, Hooligans, Fremdenfeinden und ähnlichem völkischen Volk“<sup>4</sup> und den Enttäuschten und Entfremdeten beigetragen haben könnte.

Nach den Untersuchungen der Dresdner Kollegen<sup>5</sup> grenzen diese sich ohnehin von Rechtsextremen und Hooligans ab. Allerdings genau diesen eine Kulisse für dramatische kommunikative Resonanz gegeben zu haben, ist andererseits zu Recht zu kritisieren. Denn blinde oder auch opportunistische Mitläuferei bei Radikalen überbrückt Gräben nicht, und es entwertet in der öffentlichen Resonanz die eigene Position. Die Radikalen demaskieren, die Besorgten und Enttäuschten informieren – das ist die Aufgabe politischer Führung angesichts derartiger Bewegungen. Vor Jahrzehnten habe ich den Begriff „kommunikative Demokratie“ geprägt. Sie verlangt diskursive Überzeugungsarbeit, fortwährend, nicht nur jetzt angesichts besonderer (vermeidbarer?) Herausforderungen und auf allen Themenfeldern, nicht nur bei Zuwanderung und Integration.

#### Zur Irreversibilität der säkularen Freiheitsordnung

Das Fazit von all dem ist, dass wir im Gespräch halten müssen, was uns historisch und nach leidvollen Erfahrungen

Es braucht kommunikative Demokratie, die fortwährende DISKURSIVE Überzeugungsarbeit leistet.

ausmacht, nämlich, über die kommunikative Demokratie hinaus, eine wertgebundene politische Ordnung, die aus der Würde des Menschen und der daraus folgenden individuellen Entfaltungsfreiheit samt aller Chancen und Risiken, die diese Freiheit birgt, erfolgt. Das ist die Maxime für alle politische Ordnung und für alle, die sich am politischen Leben dieses Landes beteiligen wollen. Zu verstehen und zu bewahren ist die „säkulare Freiheitsordnung“<sup>6</sup> von weltanschaulicher Neutralität (aber nicht Wertneutralität!). Im Gegensatz zu weltanschaulichen Zwängen eröffnet sie die Chance zur Pluralität. Deswegen z. B. die Trennung von Religion und Politik bzw. Staat. Was in Klöstern und Moscheen geglaubt wird, besitzt keinen öffentlichen Herrschaftsanspruch. Dieser schmale, eine individuelle und öffentliche Entfaltungsfreiheit des Individuums gewährleistende Basiskonsens definiert allein das Maß allgemeiner Verbindlichkeit in einem offenen, demokratischen Rechtsstaat. Öffentliche Wirksamkeit, politische Repräsentation, verlangen seine Beachtung.

Normative Orientierungen können sich immer nur auf einen relativ schmalen Grundkonsens richten. In der Tat verläuft die zentrale Scheidelinie zwischen Pluralismus und Antipluralismus, wobei Pluralität nicht wertneutral, sondern das wohl wichtigste Strukturprin-

zip freiheitlicher Ordnung ist, nämlich die Gewährleistung der Entfaltungsfreiheit des Andersdenkenden. Man hat sich immer gegen allzu weit gehende Forderungen nach vermehrter Homogenität in Staat und Gesellschaft gewehrt. Diese Gefahr besteht in der Tat immer dann, wenn auf die Vielfalt der Meinungen, Lebensstile und Orientierungen mit verstärkten Gemeinschafts- und Konsenspostulaten und auch solchen der Political Correctness reagiert wird. Weil totalitäre Systeme Homogenität erzwingen, war die Lektion der posttotalitären Epoche, Konsensforderungen einzudämmen und Konflikte in höherem Maß zu tolerieren. Gerade hier liegt ja die Grenze zwischen Weltanschauungssystemen und wertgebundenen Ordnungen. Diese Grenze gilt es ebenso bewusst zu machen, wie an die Ethik des Pluralismus und der Toleranz zu erinnern, die ein zentraler Ansatzpunkt politischer Bildung in der Nachkriegszeit war, nämlich Stereotypen aufzulösen und Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu begründen. Heute gewinnt sie in modernisierenden gesellschaftlichen Umbrüchen, Generationenkonflikten und nicht zuletzt und gerade in Zuwanderungs- und Integrationsproblemen erneut akute Relevanz. Zu ihrer Geltung verhelfen nicht Appelle, sondern nur Begründungen aus der Würde des Individuums, unabhängig von Herkunft, Rasse oder Schicht.

**Eine säkulare Freiheitsordnung eröffnet die CHANCE zur Pluralität.**

Diese Maxime der offenen säkularen Freiheitsordnung hat die totalitäre Erfahrung gelehrt, als Gegenpol zu einem ideologischen Übermaß an „Werten“ (z. B. Rasse oder Klasse) wie auch zur Relativierung aller Normativen. Deswegen ist nach dem Grundgesetz die Politik grundsätzlich ans Recht gebunden und auch der verfassungsgerichtlichen Kontrolle unterworfen. Wie im gesellschaftlichen Wandel diese fundamentale Option Geltung bewahren kann, ist eine Herausforderung politischer Rationalität und politischer Bildung – gerade in den Schulen.

Im sozialen Wandel, im Gefolge der Individualisierung und Pluralisierung, in der Stabilisierung des demokratischen Systems mögen diese Zusammenhänge nicht mehr so existenziell wie im unmittelbaren Gefolge totalitärer Zeiten erfahren werden. Aber sie sind der Kern des politischen Unterrichts und des Politischen überhaupt. Solange dieser Grundkonsens nicht infrage gestellt ist, gibt es jede Freiheit für plurale Entfaltungen in Mehrheit und Opposition. Aber wenn er infrage gestellt werden sollte, dann haben wir die Kriegserklärung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Böckenfördes Erkenntnis des modernen Staats als Emanzipation von weltanschaulichen Deutungssystemen ist zeitlos und wir müssen sie auf der Basis historischer (und aktueller) Erfahrungen als irreversibel erachten. Genau hier sieht Bassam Tibi ja die Herausforderung durch bestimmte, auch stimmführende Teile des Islam, welche die Trennung von Religion und Politik gerade nicht akzeptieren. Tibis „europäischer Islam“, der diese Trennung nachvollzieht, individuelle Grundrechte sowie gesellschaftlichen und politischen

**Ein kompatibler Islam muss den BASISKONSENS einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung akzeptieren.**



/// PROF. DR. DR. HC EM.  
HEINRICH OBERREUTER

**ist Politikwissenschaftler und Leiter der Redaktion der 8. Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft.**

Pluralismus akzeptiert, wäre natürlich mit dem Grundgesetz kompatibel. Leider findet Tibi keine Zustimmung im Milieu. Aber ein kompatibler Islam müsste sich genau auf diese Basis, auf den Basiskonsens, gründen. Die Interventionen der türkischen Religionsbehörde in die religiöse Praxis der Moscheen hierzulande und ihre Anmaßungen, zensierend in die Besetzung islamwissenschaftlicher Professuren einzugreifen, erstreben genau dies nicht. Dabei ist der beschriebene Grundkonsens absolut unabdingbar, wenn man das Integrationsproblem eines sich u. U. entwickelnden Vielvölkerstaates ins Auge fasst.

Es bleibt dabei: Das Volk heißt Pluralität. ///

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Thüringen-Monitor 2017 dokumentiert, dass dieses Gefühl die Demokratiezufriedenheit steigen lässt.
- <sup>2</sup> Kaube, Jürgen: Die Kanzlerin hat geredet, aber was hat sie gesagt?, in: FAZ, 3.2.15.
- <sup>3</sup> Kister, Kurt: Gabriel hört den Falschen zu, in: SZ 26.1.2015.
- <sup>4</sup> Ebd.
- <sup>5</sup> Z. B. Patzelt, Werner / Klose, Joachim: PEGIDA, Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.
- <sup>6</sup> Dazu zuletzt: Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert, München 2007.

/// Nur Unordnung oder schon in Auflösung

## WIE STEHT ES UM DIE INTERNATIONALE ORDNUNG?

**HANNS W. MAULL** /// lehrte von 1991 bis 2013 Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Trier. Im nachfolgenden Interview analysiert er die derzeitigen Umwälzungen der Weltpolitik sowie deren Konsequenzen für die Internationale Ordnung. Er geht dabei der Frage nach, ob die Weltordnung gar in Auflösung ist. Auch sein derzeitiges Buchprojekt „The Growth and Demise of the Liberal International Order“ beschäftigt sich mit diesem Thema.

**Politische Studien:** Lassen Sie uns mit einer grundsätzlichen Frage beginnen. Sie haben in der neuen Veranstaltungsreihe der Hanns-Seidel-Stiftung einen Vortrag zum Thema „Weltordnung in Auflösung?“ gehalten. Wie definieren Sie in abstrakter Form den Begriff der „Internationalen Ordnung“?

**Hanns W. Maull:** Die Internationale Ordnung ist gewissermaßen das Regierun-

system der Welt. Sie umfasst bestimmte Grundprinzipien und Wertvorstellungen wie etwa das Gewaltverbot und das Prinzip der Souveränität im Umgang der Staaten miteinander oder die allgemeinen Menschenrechte sowie Institutionen wie die Vereinten Nationen mit ihren zahlreichen internationalen Organisationen und Regelwerken zum Umgang mit den Weltproblemen. Die Internationale Ordnung besteht aus vielen einzelnen Teilen und wird von den politischen

“

Die Internationale Ordnung ist gewissermaßen das Regierungssystem der WELT.



Wird China die USA als weltpolitische Ordnungsmacht ablösen können?

Ordnungen der Nationalstaaten getragen. Das Weltregieren funktioniert freilich nur teilweise und unvollkommen, so, wie es die Prinzipien, Werte und Regeln dieser Ordnung vorsehen. Auch das gehört zur Internationalen Ordnung, ihre ausgeprägte Unvollkommenheit sowie Mängel und Defizite.

**Politische Studien:** In Ihrem Vortrag haben Sie die Internationale Ordnung bildhaft beschrieben und dabei zwischen drei Aggregatzuständen unterschieden, nämlich dem Eisblock, der Verflüssigung und dem Gasförmigen. Könnten Sie dies noch etwas genauer erklären?

**Hanns W. Maull:** Ich meine, dass wir derzeit aufgrund des rasanten technologischen Wandels und der von ihm getriebenen Prozesse der Globalisierung

grundlegende Veränderungen in der Politik erleben und zwar über ihr gesamtes Spektrum hinweg, von der Lokalpolitik über die nationalstaatliche und die regionale bis hin zur Weltpolitik. Diese grundlegenden Veränderungen in der Qualität des Politischen versuche ich, mit diesem Vergleich zu verdeutlichen. Vor 50, noch vor 30 Jahren war die Politik vergleichsweise verfestigt, manchmal vielleicht geradezu erstarrt. Der Ost-West-Konflikt dominierte nicht nur die Internationale Ordnung, sondern in vielen Staaten auch die Innenpolitik. Seither haben das Ende des Kalten Krieges und die Globalisierung diese Verfestigungen aufgelöst. Die Politik wird heute von rasanten Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft im Weltmaßstab vorangetrieben. Dabei entstehen

immer wieder neue, unvorhergesehene Herausforderungen und Chancen. Die internationalen Beziehungen bekommen etwas Fließendes, Unberechenbares, auf das die Politik nur mühsam reagieren kann. Diese Entwicklung könnte sich bis hin zu einer weiteren Veränderung des Aggregatzustandes der Politik fortsetzen, wenn die noch bestehenden Elemente der Internationalen Ordnung der letzten Dekaden wie etwa die internationale Handelsordnung der WTO weiter zersetzt würden. Dann könnte es zu einem „synchronen Versagen“ der Internationalen Ordnung kommen, bei dem viele einzelne Krisen- und Erosionsphänomene in Teilen zusammenwirken und sich gegenseitig hochschaukeln. Dadurch könnte die internationale Politik insgesamt so chaotisch und gewalttätig werden, dass wir dies mit dem Aggregatzustand des Wasserdampfes vergleichen könnten.

**Politische Studien: Welche konkreten Entwicklungstrends destabilisieren derzeit die Internationale Ordnung?**

**Hanns W. Maull:** Die beiden wichtigsten Trends, die sie unter Druck setzen, sind die Globalisierung und die globalen Machtveränderungen. Globalisierung bewirkt, dass sich für Wirtschaft und Gesellschaft überall auf der Welt immer neue Chancen, aber auch Risiken erge-

ben, auf die die internationale Politik mit ordnungspolitischen Maßnahmen reagieren muss. Zugleich ergeben sich dadurch, dass Unternehmen, Volkswirtschaften und Gesellschaften auf diese Chancen und Risiken unterschiedlich reagieren, Veränderungen in den Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums zwischen den Staaten und dadurch auch Machtverschiebungen. Das dramatischste Beispiel dafür ist der Aufstieg Chinas, das in der Vergangenheit statistisch über drei Jahrzehnte hinweg ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum um die 10 % erzielte und dadurch auf dem Weg ist, die USA als größte Volkswirtschaft der Welt zu überholen. Das hat natürlich auch machtpolitische Konsequenzen, die sich in den letzten Jahren immer deutlicher herauschälten. Von diesen Machtverschiebungen profitieren auch andere Staaten, generell die des Südens mehr als die alten Industriestaaten des Westens, der insgesamt immer mehr in die Defensive geraten ist.

Aber mindestens genauso wichtig wie diese Machtverschiebungen sind Prozesse der Machtdiffusion, also der Ausbreitung und Ausdünnung von Macht. Denn mit der weltweiten Bildungs-, Wissens- und Kommunikationsrevolution haben sich die Möglichkeiten des Einzelnen sowie sozialer Gruppen, ihre gemeinsamen Interessen oder Ideen voranzubringen, im Ver-

gleich zu den Machtpotenzialen der Staaten relativ deutlich vergrößert. Nichtstaatliche Akteure, ja manchmal sogar einige wenige oder einzelne Individuen, haben inzwischen immer wieder Einfluss auf den Gang der Weltpolitik ausüben können. Ich denke da im Positiven etwa an den Nobelpreisträger Mohammed Yunus, der mit seinem Konzept der Mikrokredite die Entwicklungspolitik revolutioniert hat. Im Negativen denke ich an Osama bin Laden und seine Terrororganisation al Qaida.

**Politische Studien: Die EU befindet sich seit einigen Jahren in einer schweren Krise, nicht nur wegen des anstehenden Brexit. Trauen Sie den Brüsseler Institutionen noch zu, eine global stabilisierende Rolle zu spielen, obwohl sie bereits Probleme haben, Frieden an der eigenen geopolitischen Peripherie zu schaffen?**

**Hanns W. Maull:** Ja, die Hoffnung habe ich. Aber in der Tat ist das ohne weitreichende Veränderungen in ihren Binnenstrukturen wie auch in der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik GASP, die in der Praxis ja leider nur selten eine tatsächlich „gemeinsame“ Politik ist, kaum vorstellbar. Dass die EU das Potenzial zu einer solchen Politik hat, wurde in der Vergangenheit aber gelegentlich doch durchaus erkennbar, etwa bei der Befriedung des ehemaligen Jugoslawien nach den Kriegen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, beim Atomabkommen mit dem Iran oder in der Krise um die russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und der Unterstützung durch den Kreml bei den Sezessionsbestrebungen in der Ostukraine.

Die EU kann also in ihrer Nachbarschaft durchaus entschlossen handeln und etwas bewirken, aber sie muss sich

anstrengen und besser organisieren als das bislang der Fall war. Dabei ist das entscheidende Problem, dass die Mitgliedsstaaten eigentlich ja gar nicht wollen, dass die EU eine eigenständige Außenpolitik betreiben kann. Was die Regierungen tatsächlich wollen, ist eine EU, die ihre eigenen außenpolitischen Ziele ohne Wenn und Aber unterstützt. Das gilt durchaus auch für Berlin. Auch Deutschland ist, bei Licht besehen, keineswegs so pro-europäisch, wie wir uns das selbst gerne zugute halten.

**Politische Studien: Die USA und Russland gehören zu den zentralen Mächten der Gegenwart. Sehen Sie eher Unterschiede oder eher Gemeinsamkeiten in den internationalen Ordnungsvorstellungen von Wladimir Putin und Donald Trump?**

**Hanns W. Maull:** Ich weiß gar nicht, ob Donald Trump überhaupt internationale Ordnungsvorstellungen hat. Ich sehe da nur einige wenige eher instinktive Konstanten wie das Prinzip des „America first“. In der Regel agiert der Präsident außenpolitisch in geradezu verantwortungsloser Weise unberechenbar, nicht aus strategischer Raffinesse, wie viele vermuten, sondern weil er in diesem Amt heillos überfordert ist. Russlands Präsident Wladimir Putin dagegen hat klare ordnungspolitische Vorstellungen zur Weltpolitik. Das ist der wohl wichtigste Unterschied zwischen den beiden Staaten in der Außenpolitik. Nach Putins Sichtweise ist Russland eine Großmacht mit dem Anspruch, die Weltpolitik mit zu gestalten und in seinem eigenen Umfeld als Vormacht zu schalten und zu walten.

Ein anderer wichtiger Unterschied in den Außenpolitiken der beiden Staaten gehört derzeit eher der Vergangenheit



**Mit der weltweiten Bildungs-, Wissens- und Kommunikationsrevolution haben sich die Möglichkeiten, Interessen oder Ideen VORANZUBRINGEN, deutlich vergrößert.**

an. Die traditionelle Orientierung der amerikanischen Außenpolitik an den liberalen menschenrechtlichen und demokratischen Idealen der amerikanischen Verfassung wurde unter Trump weitgehend aufgegeben und das betrifft in diesem Falle nicht nur den Präsidenten selbst, sondern auch die außenpolitischen Apparate und die Diplomatie insgesamt. Natürlich hat die Praxis der amerikanischen Außenpolitik diesen hehren Idealen nur selten völlig entsprochen, aber die Aufgabe dieses Anspruchs unter der jetzigen US-Regierung ist doch bemerkenswert und ungewöhnlich. Ich erwarte, dass sich das in der Zukunft wieder ändern wird. Die amerikanische Außenpolitik kann und wird sich von ihren Grundüberzeugungen nicht auf Dauer verabschieden.

**Politische Studien: Es wird viel über ein künftig stärkeres internationales Gewicht Chinas gesprochen. Dabei scheinen einige Beobachter die Hoffnung zu haben, dass Peking dort Gestaltungsmacht aufbauen könnte, wo sich Washington wie z.B. in der Klimapolitik zurückzieht. Ist ein solches Szenario realistisch?**

**Hanns W. Maull:** Ich glaube, dass die chinesische Regierung dies durchaus so sieht und es als Chance begreift, ihren weltpolitischen Einfluss auf Kosten der USA auszubauen. Allerdings sehe ich

noch nicht, dass China dabei auch wirklich nachhaltige und belastbare Erfolge erzielt hätte. Die Schuhe, die die USA als weltpolitische Ordnungsmacht inzwischen abzulegen gewillt scheinen, sind für China noch viel zu groß. Und die Volksrepublik hat noch nicht wirklich verstanden, dass unter den gegenwärtigen Voraussetzungen der Globalisierung und der Machtdiffusion in den internationalen Beziehungen die Rolle einer hegemonialen Weltordnungsmacht nur mit der Zustimmung von und im Zusammenwirken mit anderen Mächten und Akteuren ausgeübt werden kann. Das hatte Präsident Obama sehr genau realisiert, Präsident Xi aber noch nicht hinreichend. China bemüht sich derzeit vor allem darum, andere Staaten von sich abhängig zu machen und sie in seinem Sinne zu beeinflussen. Wirkliche Freunde macht es sich damit nicht. Außerdem gehören zu einer erfolgreichen Weltmacht in den Zeiten der Globalisierung auch ein gewisses Maß an Großzügigkeit und die Bereitschaft, die Unterhaltskosten für die Internationale Ordnung wesentlich selbst zu bestreiten und dafür auch Anpassungsleistungen im eigenen Land zu erbringen. Davon ist China noch weit entfernt. Inzwischen haben sich aber leider auch die USA aus dieser Verantwortung teilweise davongestohlen, und Präsident Trump scheint fest entschlossen, diese Demontage der Internationalen Ordnung weiter voranzutreiben.

„Die amerikanische Außenpolitik kann und wird sich von ihren Grundüberzeugungen auf Dauer **NICHT** verabschieden,

„Deutschland ist aufgrund seiner außenwirtschaftlichen Verflechtungen auf eine gut funktionierende Internationale Ordnung **ANGEWIESEN**.

**Politische Studien: Sie haben sich intensiv mit der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands beschäftigt, die in den letzten Jahren eine Wandlung hin zu mehr Verantwortung durchlaufen hat. Wie sehen Sie die Rolle Deutschlands in der Internationalen Ordnung, gerade auch im Hinblick auf Donald Trump und die transatlantischen Beziehungen?**

**Hanns W. Maull:** Was die Internationale Ordnung derzeit und in Zukunft dringend bräuchte, wären Mächte, die genug Gewicht in die Waagschale werfen könnten und genug Einfluss besitzen, um in Washington und Peking in weltpolitischen Fragen Gehör zu finden. Damit könnten sie verhindern, dass die nicht ungefährliche Bipolarität der Weltordnung zwischen den USA und China konflikthaft eskaliert, und zugleich auf beide, im Sinne einer nachhaltigen internationalen Ordnungspolitik einwirken. Deutschland alleine verfügt über diese Voraussetzungen wohl nicht, aber es könnte dazu beitragen, die Europäische Union entsprechend aufzustellen. Generell sollte Deutschland vor allem versuchen, für seine Ziele einer nachhaltigen und anspruchsvollen, also verregelten und verrechtlichten Internationalen Ordnung Verbündete zu finden und Koalitionen zu schmieden, wo immer sich hierfür Gelegenheiten ergeben und Partner finden lassen. Denn Deutschland ist aufgrund seiner außenwirtschaftlichen

Verflechtungen in besonders hohem Maße auf eine gut funktionierende und anspruchsvolle Internationale Ordnung angewiesen.

**Politische Studien: Lassen Sie uns abschließend in die nahe Zukunft schauen. Wie sieht das Europa des Jahres 2030 Ihrer Meinung nach aus? Worauf hoffen Sie und was erwarten Sie?**

**Hanns W. Maull:** Ich hoffe auf eine Europäische Union mit einer wirklich gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die sich zugleich im Inneren neu aufgestellt und ihre Krise überwunden hat. Es wird sicherlich noch immer ein Staatenverbund sein, in dem aber einige Aufgaben in der Außen- und der Wirtschaftspolitik effektiv vergemeinschaftet sind. Vermutlich wird diese EU im Inneren noch stärker ausdifferenziert sein als heute, mit einem Kerneuropa, das nicht nur in der Wirtschafts- und Währungspolitik, sondern auch in anderen Bereichen auf dem Weg der Vertiefung weiter vorgeschritten ist als andere Staaten. Und ich erwarte, dass Großbritannien 2030 in die EU zurückgekehrt sein wird, nachdem es feststellen musste, dass Alleingänge unter den gegenwärtigen Bedingungen der internationalen Beziehungen nicht mehr tragbar sind.

Die Fragen stellte Prof. Dr. Martin Wagner, Professor für Politikwissenschaft / Internationale Politik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Haar bei München. ///



/// PROF. DR. HANNS W. MAULL

ist derzeit Senior Distinguished Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin), Senior Policy Fellow for China's Global Role des Mercator Institute for China Studies (Berlin) sowie Adjunct Professor of International Relations am Bologna Center der Johns Hopkins University.

/// Nach der Bundestagswahl 2017

## AFD UND DIE LINKE – WIEVIEL POPULISMUS STECKT IN IHNEN?

**ECKHARD JESSE** /// Wir haben eine Welle des Populismus in Europa, mehr des Rechts- als des Linkspopulismus. Auch Deutschland ist davon nicht verschont geblieben, wie die Erfolge der Alternative für Deutschland und der Partei Die Linke erhellen. Nach einem Überblick zu den Ursachen für den Populismus kommen die Wahlkampfstrategien der beiden Parteien bei der Bundestagswahl 2017 ebenso zur Sprache wie deren Abschneiden. Es folgt ein Vergleich. Der Beitrag schließt mit einigen Thesen.

### Ursachen für Populismus

Andreas Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, erklärte kurz nach der Bundestagswahl 2017 besorgt, es gebe „offensichtlich eine größere Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, die sich durch die etablierten Parteien nicht vertreten fühlen.“ Eine populistische Kraft dürfe nicht aus dem politischen Diskurs verbannt werden. „Das wäre vollkommen falsch, und man würde insofern dann dem Populismusvorwurf gerecht, der nämlich genau das tut: andere, die anders denken, aus dem politischen Prozess zu verbannen.“<sup>41</sup>

Die Ursachen für „den“ Populismus (dessen Parteien gehören verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament an) sind zwar von Land zu Land mit Blick auf die Gewichtung verschieden, aber sie ähneln sich, was das Aufkommen populistischer Bewegungen betrifft: Zu nennen sind – gemünzt vor allem auf die rechte Variante des Populismus – die oft vernachlässigte sozio-kulturelle Dimension (Stichwort „Anti-Multikulti“), die sozio-ökonomische Dimension (Stichwort „Abgehängte“), die gesellschaftliche Dimension (Stichwort „Konsenssoße“), die mediale Dimension (Stichwort „Lü-



Quelle: imageBROKER / David Weyand - Mauritius Images

Angst- und Hassparolen kennzeichneten den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017.

genpresse“) sowie die politische Dimension (Stichwort „Volksverräter“), ohne damit alle Aspekte berührt zu haben, wie die Vorbehalte gegenüber antiwestlichen Positionen in der Außenpolitik und antirepräsentativen Positionen in der Innenpolitik belegen.

Als populistisch firmiert gemeinhin eine Kraft, die „das Volk“ gegen „die Elite“ ausspielt. Populisten gerieren sich gern als selbstlose „schweigende Mehrheit“ („wir hier unten“) gegen „die da oben“. Ihnen wird Abgehobenheit vorgeworfen, wenn nicht gar Korruption. Oft steht an der Spitze einer populistischen Partei eine Person mit charismatischer Ausstrahlung.<sup>2</sup> Der diffuse Begriff Populismus, das sei zugegeben, eignet sich dafür, den politischen Gegner des Populismus zu bezichtigen und ihn damit ins Abseits zu stellen.

**POPULISTISCHE Bewegungen spielen das Volk gegen die Eliten aus und stellen diese als abgehoben dar.**

#### Sozio-kulturelle Dimension

Die Grünen sind 68er, die Repräsentanten der AfD Anti-68er. Das spätere Phänomen ist maßgeblich eine Reaktion auf das frühere. Schließlich stellen viele Positionen der Grünen mittlerweile Allgemeinut dar – im Bereich der Atompolitik, der Umweltpolitik, der Klimapolitik, der Familienpolitik, der Genderpolitik und nicht zuletzt der Migrationspolitik. Die einstigen „Alternativen“ haben die Gesellschaft verändert – und sich

selber durch sie mit (weithin zum Positionen). Die neuen „Alternativen“, mitunter natavistisch orientiert, begehren gegen den Elitenkonsens auf (etwa Multikulturalismus, Postmaterialismus und Tendenzen hin zu einem europäischen Bundesstaat). Die Frage ist: Werden sie die Gesellschaft ebenso verändern – und durch sie sich selber auch?

Deutschland war wohl das erste Land, in dem die grüne Bewegung zu triumphieren verstand – und ist in Europa vielleicht das Land, in dem es am längsten gedauert hat, bis eine politische Kraft reüssieren konnte, welche die nationale Identität auf ihre Fahnen schreibt. In dem einen Fall war Deutschland Vorreiter, in dem anderen ist es Nachzügler. Warum? Zum einen war im wirtschaftlich prosperierenden Deutschland Sensibilität für die Gefahren des Raubbaus an der Natur früh gewachsen und der Einfluss der 68er besonders stark. Zum anderen bremste die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit das erfolgreiche Aufkommen einer politischen Kraft, die mit Stolz auf die Heimat Punkte zu sammeln sucht, und die Existenz einer starken linken Protestpartei – Die Linke – bildete zusätzlich ein Hemmnis.

Vor allem: Der nicht nur subkutane Wandel der Union (mehr der CDU als der CSU) zu einer Partei, die nicht mehr frühere Positionen aus dem konservativen Lager angemessen repräsentiert, hat eine „Repräsentationslücke“ (Werner J. Patzelt) offenbart, die nun eine neue Kraft füllt. Grüne und AfD stehen sich bei dieser Konfliktlinie diametral gegenüber.

#### Sozio-ökonomische Dimension

Mit Blick auf die sozio-ökonomische Konfliktlinie zwischen mehr staatsinterventionistischen und mehr staatsfernen

Positionen ist es etwas komplizierter: Bei den populistischen Parteien Europas gibt es Kräfte, die sowohl nach „mehr Staat“ als auch nach „weniger Staat“ rufen. In der Tendenz jedoch dominiert Sozialpopulismus. Damit erklärt sich der Einbruch der Sozialdemokraten in vielen Ländern. Es ist ihre Klientel, die zu Kräften des Populismus wandert.

### **Populistische Parteien rekrutieren sich aus den SOZIAL schwächeren Schichten.**

Das Elektorat der populistischen Parteien, das gilt für rechts wie für links, stammt vielfach aus einem ähnlichen Milieu, dem der sozial schwächeren Schichten, die sich als abgehängt empfinden. Es handelt sich im Kern um „Modernisierungsverlierer“. Diese Schichten, zumal im Osten Deutschlands, sind – beispielsweise – mit der Migration und ihren Folgen in einer Weise konfrontiert, wie dies nicht annähernd für Gutsituierte gilt, die abgeschottet von Problemzonen wohnen.

### **Gesellschaftliche Dimension**

Konsenspolitik lähmt! Eine Konsenskultur führt nicht zu mehr Liberalität und Weltoffenheit, eine Kultur des Verdachts schüchtert ein. Wer dies ausspricht, muss kein Anhänger irgendeiner Form des Populismus sein. Wir haben in Deutschland eine beträchtliche Diskrepanz zwischen den Positionen von Eliten und denen des „kleinen Mannes“.

Deutschlands politische Kultur war besonders nach der deutschen Einheit stark von Konsensdenken geprägt: zum einen wegen der ostdeutschen, von großer Skepsis gegenüber Konfliktbereitschaft gekennzeichneten Mentalität, sei es wegen notorischer Gleichheitsideologie, sei es wegen grassierender Probleme; zum anderen wegen westdeutscher Besitzstandsmentalität, die sich gegen Wandel sperrte. Und wer diese oder jene Maßnahme als „alternativlos“ apostrophiert, suggeriert, andere Positionen seien nicht legitim.

Zu einer angemessenen Diskussionskultur in einer Demokratie gehört es, heikle Punkte zu benennen. Das ist zu wenig der Fall. In einer offenen Gesellschaft sollen Konflikte ausgetragen, nicht unterdrückt und auch nicht ein für allemal gelöst werden. Demokratische Streitbarkeit ist zu wenig entfaltet. Die Devise für die Kontrahenten muss lauten: miteinander reden (scharf und sachlich), nicht nur übereinander.

### **KONSENSPOLITIK wirkt lähmend und unterdrückt die Diskussion heikler Themen.**

In Deutschland ist durch die Flüchtlingskrise herkömmliches Konsensdenken zerbrochen. Allerdings weist die Polarisierung in keine gute Richtung. Freund-Feind-Denken hält Einzug, ebenso ein vergiftetes Klima. Die Diskussionskultur nimmt Schaden, unbewiesene Vorwürfe machen die Runde.

Die Stickigkeit des politischen Klimas ist ebenso schlimm wie dessen Verrohung. Entgleisungen und Ausfälle greifen um sich.

### **Mediale Dimension**

Zuweilen heißt es, der Hinweis auf Kriminalität von Ausländern besorge das Geschäft randalierender Rechtsextremer. Ist es nicht umgekehrt? Die Tabuisierung bekannter Missstände gibt jenen Auftrieb, denen die „ganze Richtung“ nicht passt, sei es jetzt in der Migrations-, sei es zuvor in der Euro(pa) politik. Jede Form der political correctness ist abwegig.

Die jeweilige Position soll in der Sache geprüft werden, von wem immer sie kommt. Eine Aussage wird nicht von vornherein dadurch falsch, dass sie Sahara Wagenknecht verfiel. Wer darauf hinweist, Frauke Petry habe keinen „Schießbefehl“ gefordert, ist noch kein Anhänger ihrer Position. Und wer aus Angst vor dem „Beifall von der falschen Seite“ eine Meinung nicht zur Sprache bringt oder einen Sachverhalt unterschlägt, richtet sein Argumentationsrepertoire indirekt an der Sichtweise des Gegners aus.

Bei dieser für unsere Zukunft zentralen Thematik der Migration ist es unerlässlich, auch die „Befindlichkeiten“ besorgter Bürger zur Sprache zu bringen. Wohl aus Angst davor, als fremdenfeindlich zu gelten, fehlt mitunter der Hinweis, dass viele Flüchtlinge weder politisch verfolgt sind noch aus einem Kriegsgebiet stammen.

Grassierende Verschwörungstheorien sind dann oft eine fatale Folge der Verachtung der Eliten, denen mangelnde Informationsbereitschaft unterstellt wird. Im Zeitalter der Digitalisierung und der sozialen Medien sprießen Mythen. Ge-sinnungsethik dominiert. Provokationen

### **Die Sorgen der Bürger in Bezug auf Migration und Flüchtlinge müssen THEMATISIER und ernst genommen werden.**

dienen dazu, Aufsehen zu erregen und der Macht der als manipulativ empfundenen Medien entgegenzuwirken.

### **Politische Dimension**

Die Verachtung der Eliten ist weit verbreitet. Abgestimmtes Vorgehen der „Etablierten“ kommt nicht gut an. Bürger stört, um einige Beispiele zu nennen, wenn nach dem Nichtverbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht nun versucht wird, diese antidemokratische Partei durch ein „Parteiverbot light“ auszuschalten (Stichwort: Entziehung der staatlichen Mittel). Bürger spüren die Absicht und sind verstimmt, ist der Alterspräsident künftig nicht mehr der an Jahren älteste Abgeordnete, sondern der dienstälteste. Viele fühlen sich nicht für voll genommen, einigen sich bei der Auswahl des Bundespräsidenten Union, SPD, Liberale und Grüne ohne Not auf einen Kandidaten.

Und das Vorgehen aller gegen eine populistische Kraft ruft eine Bunkermentalität hervor. Eine Solidarisierung von Leuten, denen ein solches Vorgehen gegen den Strich geht, ist wahrscheinlich.

### **Gelegenheits- und Angebotsstrukturen**

Offenbar sind die Gelegenheitsstrukturen für populistische Strukturen weit-

aus günstiger als Angebotsstrukturen, wenngleich die Rolle einer rhetorisch befähigten und charismatischen Spitzenkraft wie Nigel Farage, Marine Le Pen oder Geert Wilders dem Populismus ausgesprochen nützt.

Für die Therapie heißt dies: weniger auf den Populismus zu schauen und ihn

**Die Politik muss mit Sachargumenten und STREITBAREN Thesen dem Populismus entgegentreten – political correctness funktioniert nicht.**

zu kritisieren, mehr eigene Defizite abzubauen, weniger konsensorientiert zu sein, mehr glaubwürdige Lösungen zu präsentieren, stärker Pluralismus an den Tag zu legen, Äquidistanz gegenüber jeder Form des Populismus zu wahren, Sorgen ernst zu nehmen, political correctness abzubauen.

Erstens ist es notwendig, nicht populistisch antidemokratischem Populismus glaubwürdig entgegenzutreten, aber jede Form des Populismus ist eben nicht extremistisch, wobei – zugegeben – die Grenzziehung nicht immer einfach ist, freilich einfacher als die zwischen populistisch und nicht-populistisch.

Zweitens ist die Annahme ein Irrglaube, diese oder jene Reform beseitige den Populismus, entzaubere ihn vollends. Wie zur Zeit der Studentenbewegung oder Anfang der achtziger Jahre während der Friedensbewegung gibt es ein vagabundierendes Protestpotenzial, das sich nicht einbinden lässt. Die Absa-

ge an das Establishment ist grundsätzlicher Natur.

#### Die AfD

Die 2013 ins Leben gerufene AfD war in jenem Jahr knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert. Als der euro(pa)kritische Bernd Lucke im Juli 2015 nach einem Machtkampf dem Gespann um Frauke Petry und Jörg Meuthen Platz machen musste, setzte die Partei stark auf das Thema Flüchtlingskrise, das einen großen Teil der Bevölkerung bewegte. So konnte sie zumal bei den Landtagswahlen 2016 reüssieren. Ihr gelang es, bei allen 13 Landtagswahlen zwischen den beiden Bundestagswahlen 2013 und 2017 in die Parlamente einzuziehen, zum Teil mit Ergebnissen von über 20 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt).

Die AfD ist nicht fixiert auf die Kritik an der zeitweise weithin unkontrollierten Einwanderung, auch wenn dieses Thema, das Emotionen beflügelt, im Vordergrund steht.<sup>3</sup> Neue politische Gruppierungen üben Anziehungskraft auf politische Glücksritter und Traumtänzer aus. Die AfD ist dafür ein Beispiel. In ihr mach(t)en sich zunehmend radikale Strömungen bemerkbar, wie sie etwa der Höcke-Flügel in Thüringen repräsentiert. Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 2017 waren Alexander Gauland und Alice Weidel.

**Die AfD setzte auf das Thema Flüchtlingskrise und konnte so bis 2017 in 13 LÄNDERPARLAMENTE einziehen.**

#### Wahlprogramm und Wahlkampf

In ihrem 74-seitigen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 nahmen naturgemäß die eng miteinander zusammenhängenden Themen der Inneren Sicherheit, der Zuwanderung und des Islam eine dominierende Rolle ein. Sie plädierte für eine wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität, Zuwanderung könne die Probleme der sozialen Sicherungssysteme nicht lösen. „Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden.“<sup>4</sup> Der Islam, der im Konflikt mit der freiheitlich-demokratisch Grundordnung stehe, gehöre nicht zu Deutschland. Das Minarett wie den Muezzin-Ruf lehnt die Partei ab. „Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.“<sup>5</sup>

Besonderes Gewicht legte die Partei weiter auf Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, die Aufkündigung der Transferunion, den Erhalt des Bargeldes, die Ausrichtung der Außenpolitik an deutschen Interessen, die Abschaffung der „Gender-Ideologie“ und den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems. Die AfD plädierte für eine „deutsche Leitkultur“ und wandte sich gegen „Technologiefeindlichkeit“.

Stärker als im Wahlprogramm wartete sie im Wahlkampf mit populistischen Parolen auf. Die Wahl solle zu einer Volksabstimmung über Migration gemacht werden; die Bevölkerung habe das Recht, stolz auf die Leistungen der deutschen Soldaten in beiden Weltkriegen zu sein. Die Partei, die im Osten radikaler auftrat als im Westen, stand allein auf weiter Flur. Das brachte ihr ei-

nen Märtyrerstatus ein, zumal die Konkurrenz samt einer Vielzahl an Medien die Provokationen aufgriff und die AfD als Ganzes zum Teil in eine rechtsextremistische Ecke zu rücken suchte.

**Populistische Parolen kennzeichneten den Bundestagswahlkampf 2017 der AfD: MIGRATION war das beherrschende Thema.**

#### Abschneiden bei der Bundestagswahl

Für die AfD stimmte mit 12,6 Prozent mehr als jeder achte Wähler, womit sie ihren Anteil gegenüber der vorherigen Wahl fast um das Dreifache zu steigern vermochte. Im Osten erreichte die AfD 21,9 Prozent (Erhöhung fast um das Vierfache), im Westen „nur“ 10,7 Prozent (Erhöhung um mehr als das Doppelte). Was wohl keiner vorhergesehen hatte: Im sächsischen Freistaat lag die Partei, die bundesweit klar auf dem dritten Platz landete, mit 27,0 Prozent sogar (knapp) vor der CDU (26,9 Prozent).

Dieser Ost-West-Unterschied ist frappant. Gegen die Kanzlerin Angela Merkel gab es vor allem im Osten bei ihren Wahlkundgebungen heftige, zum Teil aggressive Proteste. Zum einen taten sich viele Ostdeutsche schwer mit der gepredigten „Willkommenskultur“. Zum anderen gewannen nicht wenige von ihnen den Eindruck, ihre Lebensleistung seit 1990 werde zu wenig gewürdigt. Das AfD-Wahlverhalten ist damit wesentlich Ausdruck eines Protests.

### Die Linke

Die Linke, aus der SED hervorgegangen, hat sich mehrfach gehäutet. 2007 schloss sich die Linkspartei/PDS, so der Name von 2005 an, mit der vornehmlich westdeutschen „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG)<sup>6</sup> zusammen. Durch die Hartz-IV-Reformen war eine gesamtdeutsche Partei am linken Rand des politischen Spektrums entstanden. Sie konnte das Debakel vom Göttinger Parteitag 2012 – eine Spaltung lag in der Luft<sup>7</sup> – insgesamt gut überwinden. Den beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riechinger ist der Zusammenhalt der Partei einigermaßen gelungen. Gleichwohl stehen sich systemüberwindende (vor allem im Westen) und reformerische, stärker pragmatisch ausgerichtete Kräfte (vor allem im Osten) nach wie vor gegenüber. Durch die Flüchtlingskrise ist ein weiterer Konflikt ausgebrochen:

Die Richtung um Sahra Wagenknecht, lange Repräsentantin der kommunistischen Plattform, befürwortet ein stärkeres Eingehen auf die Ängste der Bevölkerung, auch der eigenen Wählerschaft, und sieht sich des Vorwurfs ausgesetzt, rechten Populismus zu begünstigen. Die Spitzenkandidaten der Parteien im Wahlkampf, die Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, repräsentierten unterschiedliche Flügel.

Sahra Wagenknecht thematisierte die Ängste der Bevölkerung und befeuerte damit den **POPULISMUSVORWURF**.

### Wahlprogramm und Wahlkampf

Das 134-seitige Wahlprogramm der Partei Die Linke rückte Gerechtigkeit und soziale Sicherheit in den Vordergrund. Ihr vorrangiges Ziel: Überwindung des Kapitalismus. Sie forderte, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 30 Stunden zu senken. Eine Kernaussage: „Wir schaffen das Hartz-IV-System ab und ersetzen es durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten.“<sup>8</sup>

Das Vermögen der Millionäre soll stärker besteuert, die „Zwei-Klassen-Medizin“ beendet, der Klimawandel gestoppt, der Verfassungsschutz abgeschafft, das Verbot aller „neofaschistischen“ Organisationen vollzogen, jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr eingestellt und die NATO aufgelöst werden. Ferner: „Die Linke will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, anstatt Flüchtende zu bekämpfen und deren Fluchtwege zu blockieren.“<sup>9</sup>

Im Wahlkampf grenzte sich die Partei nicht nur scharf von der AfD ab, sondern ebenso, wiewohl nicht so hart, von den „bürgerlichen“ (Union, FDP) und den linken (SPD, Bündnis 90 / Die Grünen) Kräften. Sahra Wagenknecht, war die dominierende Kraft, erwähnte in ihren Reden immer wieder die Vielzahl der armen Leute, die sich genötigt sehen, Flaschen zu sammeln (wahrlich ein populistischer Gemeinplatz), hielt sich mit Kritik an Putins Russland auffällig zurück, nicht jedoch an Trumps Amerika. Heftig attackierte sie die linke, als „neoliberal“ geltende Konkurrenz. Die Partei hatte es in ökonomisch stabilen Zeiten mit ihrem Kampf gegen „den Kapitalismus“ schwerer als die AfD. Der gemäßigter auftretende Gregor Gysi

spielte, anders als bei den Bundestagswahlen zuvor, keine tonangebende Rolle mehr, ebenso nicht Oskar Lafontaine, der Ehemann Wagenknechts.

### Abschneiden bei der Bundestagswahl

Die Linke konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2013 knapp steigern: von 8,4 Prozent auf 8,9 Prozent. Damit votierte fast jeder elfte Wähler für sie. Trotzdem ist sie jetzt nur noch die fünftstärkste Kraft, nicht mehr die drittstärkste. Wer zwischen Ost und West vergleicht, bemerkt einen augenfälligen Befund. Die Linke legte im Westen von 5,6 auf 7,4 Prozent zu, verlor im Osten aber 4,9 Punkte: von 22,7 auf 17,8 Prozent.

Die **AKZEPTANZ** Der Linken war im Osten deutlich schlechter als im Westen.

Das relativ gute Abschneiden der Partei im Westen resultiert maßgeblich aus ihrer zunehmenden Akzeptanz. Und diese im Osten schon länger bestehende Akzeptanz erklärt paradoxerweise wesentlich ihre dortigen Verluste: Da Die Linke im Osten als durch und durch etabliert gilt (so stellt sie in Thüringen den Ministerpräsidenten, und in Brandenburg ist sie Seniorpartner der SPD seit 2011), ging ein Teil ihrer früheren (und unzufriedenen) Wähler zur AfD, stand diese doch für harschen Protest. Längst nicht alle Wähler Der Linken be-

griffen sich als Anhänger der von ihrer Spitze propagierten „Willkommenskultur“.

### Vergleich

Was das Elektorat angeht, gibt es zwischen Der Linken und der AfD Unterschiede wie Gemeinsamkeiten. Das Wählerpotenzial beider Parteien ist jeweils im Osten am stärksten (sozialisations- und situationsbedingt, verursacht durch die Zeit vor und nach 1989/90). Die AfD ist im Osten radikaler als im Westen. Bei Der Linken ist es umgekehrt. Was die Mitglieder (jeweils Ende 2016: Die Linke 58.910; AfD 26.409)<sup>10</sup> angeht, so ist die AfD im Osten weitaus weniger stark als im Westen,<sup>11</sup> anders als Die Linke.<sup>12</sup>

Im Osten erreichten AfD und Die Linke bei der Bundestagswahl 2017 fast 40 Prozent der Stimmen. Und im sächsischen Freistaat schnitten diese beiden Kräfte – zusammengerechnet – 5,7 Punkte besser ab als CDU und SPD. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erzielten AfD (24,3 Prozent) und Die Linke (16,3 Prozent) 0,2 Punkte mehr als die beiden Volksparteien CDU (29,8 Prozent) und SPD (10,6 Prozent). Das ist ein Menetekel. Die AfD schlug 2017 im Osten und im Westen jeweils Die Linke, im Gegensatz zu 2013. Ihr Populismus stieg auf mehr Zustimmung als jener des Pendants. Es gibt nicht nur einen Ost-West-Gegensatz, sondern auch, wenn gleich schwächer, einen Nord-Süd-Gegensatz. Vereinfacht ausgedrückt: „Der“ prosperierende Süden ist konservativer, „der“ Norden eher linker.

Die Wählerschaft beider Parteien, die zu einem beträchtlichen Teil paternalistisch Segnungen des Staates erwartet, ist männerdominiert, bei der AfD erkennbarer als bei Der Linken, wie die repräsentative Wahlstatistik belegt.

Hingegen sind die altersspezifischen Faktoren weniger krass. Die AfD ist in der Tendenz eine eher junge Partei (im Osten wird dies stärker deutlich als im Westen), Die Linke in der Tendenz eine alte (im Osten ist dies offenkundiger als im Westen). Für die Mitglieder gilt das noch weitaus stärker. Was die soziale Schicht der Wählerschaft betrifft, so gibt es Analogien: Die untere Mittelschicht dominiert jeweils.

Rechts- (fixiert auf Antiimmigration) und Linkspopulismus (fixiert auf Antifaschismus) weisen Affinitäten auf – in den Feindbildern (etwa Globalisierung, USA, EU) und im Politikstil: durch Versprechungen mit Blick auf das Füllhorn sozialer Wohltaten. AfD und Die Linke hegen die größten Vorbehalte gegenüber der Sanktionspolitik in puncto auf Russland. Für die AfD, nur zum Teil dezidiert antikommunistisch orientiert, ist der Hauptgegner nicht Die Linke, sondern die Grünen, für Die Linke, strikt antifaschistisch ausgerichtet, hingegen die AfD.

Was die AfD angeht, so lehnt die Partei gegenwärtig jedes Regierungsbündnis ab, nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern. Es gibt zuweilen vollmundige Äußerungen: Koalition ja, aber nur als stärkster Partner. Die gesamte Konkurrenz wendet sich entschieden gegen jegliche Kooperation mit

der AfD. Wenn vereinzelte sächsische Europa-, Bundestags- oder Landtagsabgeordnete der CDU ein Bündnis in ferner Zukunft ins Spiel bringen, so sind die Proteste der eigenen Partei schrill.

Komplizierter fällt das Urteil für Die Linke aus: Sie hatte ein Bündnis mit der SPD und den Grünen bei einem Entgegenkommen dieser Parteien, im innenwie im außenpolitischen Bereich, nicht ausgeschlossen. Und die Konkurrenz blieb auch vage, weil sie wusste, eine Kooperation könne ihr schaden. Aber anders als früher hatte die SPD ein Bündnis mit Der Linken vor der Wahl nicht eigens verworfen. Doch das Wahlergebnis ließ ein solches Szenario ohnehin nicht zu.

#### Abschließende Thesen

- AfD und Die Linke weisen zwar viele Differenzen auf, aber gleichwohl gibt es ebenso gewisse Analogien zwischen ihnen: in der Wählerstruktur ebenso wie in den politischen Zielen. Sie stehen sich nicht wie Feuer und Wasser gegenüber. Die Linke ist durch die AfD geschwächt worden, da ein Teil des eigenen Elektorats zu ihr abgewandert ist.
- Bei der AfD ist das populistische Element stärker ausgeprägt als das extremistische, bei Der Linken ist es gerade umgekehrt. Allerdings liegen Extremismus und Populismus nicht auf derselben Ebene, wie oft behauptet. Der Extremismus lehnt den demokratischen Verfassungsstaat ab, der Populismus „die“ Elite. Populismus ist nicht Extremismus light!
- In der Politik, der Publizistik und der Politikwissenschaft wird die AfD weitaus kritischer gesehen als Die Linke.<sup>13</sup> Das ist so nicht begründet. In dem einen Fall wird stark auf Ausgrenzung gesetzt, in dem anderen

Fall mehr der Integrationsmechanismus betont. Die nötige Äquidistanz ist längst verloren gegangen.

- Der Wähler soll die (fehlende) Koalitionsbereitschaft der etablierten Parteien gegenüber den beiden Flügeln erfahren, um nicht „die Katze im Sack“ zu kaufen. Bezogen auf die AfD wusste er es, bezogen auf Die Linke nicht. Diese ließ das künftige Szenario ebenso offen wie die SPD.
- Die Existenz der AfD und Der Linken im Bundestag fördert den Wettbewerbscharakter der Politik. Sie schwächt die Konsenspolitik, zugleich trägt sie dazu bei, dass sie diese stärkt, jedenfalls dann, wenn die Parteien in der Opposition verbleiben. Das ist eine Paradoxie. Die etablierten Kräfte müssen mehr Gelassenheit gegenüber der Konkurrenz an den Tag legen.
- Weder altes Konsensdenken noch neue Polarisierung nützen der deutschen Demokratie. Wer Missstände zur Sprache bringt und sie beseitigt, stärkt die Volksparteien. Wer Toleranz, Offenheit, Fairness und Liberalität fordert, fördert gleichermaßen den Abbau von Konsensdenken und Polarisierung. Dies käme einer Schwächung der AfD und Der Linken gleich. Die Volksparteien sind stärker denn je gefordert. Gesundbeterei hilft nicht.
- Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts warnt zu Recht pointiert vor dem Gefährdungspotenzial des Populismus: „Meiner Ansicht besteht es darin, dass die Populisten für sich in Anspruch nehmen zu wissen, was das Volk will, und dass diejenigen, die sich gegen dieses anmaßende Wissen stellen, Volksverräter sind.“<sup>14</sup> ///



/// PROF. EM. DR. ECKHARD JESSE  
hatte den Lehrstuhl für Politische Systeme und politische Institutionen an der TU Chemnitz von 1993 bis 2014 inne. Er ist (Mit-)Herausgeber des Jahrbuches Extremismus & Demokratie seit 1989.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Zitiert nach Schwennicke, Christoph / Marguier, Alexander: Unzufriedenheit mit dem, was man konkret an Politik erlebt, in: Cicero 11/2017, S. 39.
- <sup>2</sup> Vgl. etwa Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016.
- <sup>3</sup> Vgl. ausführlicher Jesse, Eckhard / Panreck, Isabelle-Christine: Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD, in: Zeitschrift für Politik 1/2017, S. 39-76.
- <sup>4</sup> Alternative für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, Berlin 2017, S. 28.
- <sup>5</sup> Ebd., S. 34 (im Original durch Kursivsatz hervorgehoben).
- <sup>6</sup> Vgl. Vollmer, Andreas M.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013.
- <sup>7</sup> Vgl. Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P.: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012, S. 13-18.
- <sup>8</sup> Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Bundestagswahl 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag, Hannover, 9. bis 11. Juni 2017, S. 10 f.
- <sup>9</sup> Ebd., S. 97.
- <sup>10</sup> Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2017, S. 375.
- <sup>11</sup> In Sachsen-Anhalt erreichte die Partei bei der Landtagswahl 2016 25 Mandate, obwohl die Zahl ihrer Mitglieder nur ungefähr 500 betrug.
- <sup>12</sup> Vgl. Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016, S. 377 f.
- <sup>13</sup> Vergleiche, die ja nicht das Ergebnis vorwegnehmen, sind eine ausgesprochene Seltenheit.
- <sup>14</sup> Zitiert nach Schwennicke / Marguier: Unzufriedenheit mit dem, was man konkret an Politik erlebt, S. 41.

**Die AfD ÜBERHOLTE sowohl im Westen als auch im Osten Die Linke: Ihr Populismus stieß folglich auf mehr Zustimmung.**

/// Fluchtursachen bekämpfen und mehr nachhaltige Entwicklung

## KOMMUNALE WEGE DEUTSCHER ENTWICKLUNGSPOLITIK

**SIEGFRIED BALLEIS** /// Knapp 2 Millionen Flüchtlinge haben in Deutschland das Bewusstsein dafür geschärft, dass nur ein Teil dieser Migranten wirksam integriert werden kann. Kommunen wie Bürgern ist inzwischen klar, dass neben der Integration auch die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen sind. Entwicklungspolitik wird mittlerweile nicht mehr als ein exotischer Bereich einiger Fachpolitiker gesehen. Sie geht alle an und muss nachhaltig und lösungsorientiert gestaltet sein.

### Zuspitzung des Flüchtlingszustroms ab September 2015

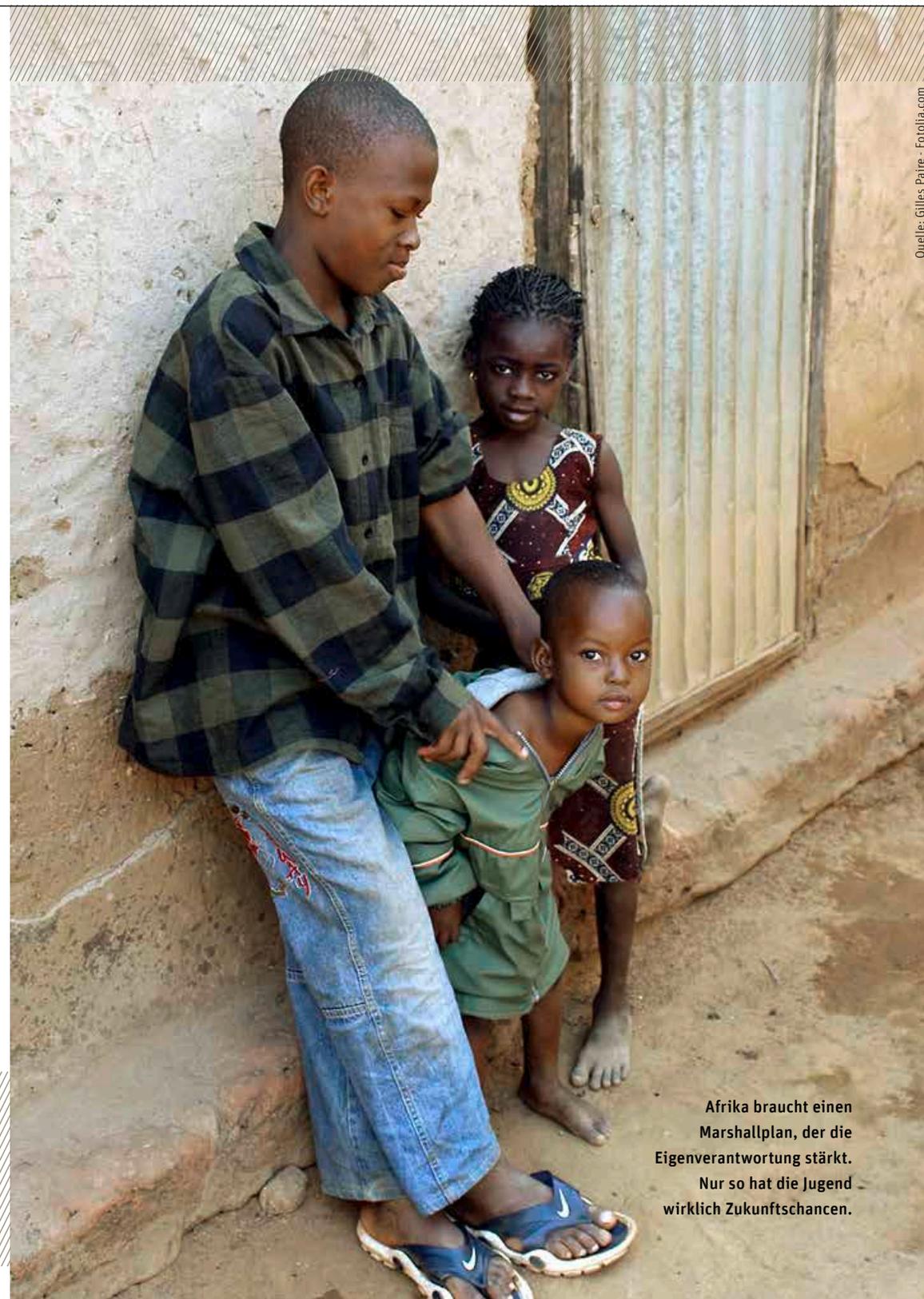
2015 kamen 890.000 Asylsuchende nach Deutschland. Ursprünglich war man von 1,1 Millionen ausgegangen. Allerdings lassen sich die sich irregulär aufhaltenden Migranten nicht erfassen.<sup>1</sup> Dieser starke Anstieg der Asylsuchenden seit 2015 hat in Deutschland und Europa eine intensive gesellschaftspolitische Diskussion darüber, wie viele Flüchtlinge aufgenommen und vor allen Dingen wie viele integriert werden können, ausgelöst.

Der größte Teil der Migranten kam aus den Kriegsgebieten in Syrien, aber auch aus dem Irak, Afghanistan und den Ländern Nordafrikas. Mit der Schließung der Westbalkan-Route und dem EU-Abkommen mit der Türkei gelang es der Bundesregierung, den Zustrom an Migranten deutlich zu reduzie-

ren. 2016 kamen nur noch 280.000 Flüchtlinge<sup>2</sup> nach Deutschland und damit deutlich weniger als 2014 (363.000). Im Zeitraum von 2010 bis 2015 hat sich die Anzahl allerdings kontinuierlich erhöht.<sup>3</sup> Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Entwicklung durch die Grenzöffnung seitens der Bundeskanzlerin Angela Merkel ab dem 4. September 2015 einsetzte.

Redakteure der Wochenzeitung „Die Zeit“ und von „Zeit online“ haben

Seit 2010 hat sich die Zahl der Flüchtlinge nach Deutschland kontinuierlich **ERHÖHT**.



Quelle: Gilles Paire - Fotolia.com

Afrika braucht einen Marshallplan, der die Eigenverantwortung stärkt. Nur so hat die Jugend wirklich Zukunftschancen.

ein knappes Jahr später detailliert rekonstruiert, was wirklich geschah. Bekanntlich befanden sich am 4. September 2015 bereits Tausende von Flüchtlingen in Budapest und machten sich angesichts der dort herrschenden Zustände von dort zu Fuß oder mit der Bahn in Richtung österreichische Grenze auf mit dem Ziel Deutschland. Am späten Abend kamen Kanzlerin Merkel und der damalige österreichische Kanzler Faymann in einem Telefonat zu der Erkenntnis, dass sich die Flüchtlinge nur mit Gewalt aufhalten lassen würden und es dann zu einer humanitären Katastrophe kommen würde. Zusätzlicher Druck wurde durch Ungarns Ministerpräsidenten Victor Orban aufgebaut.

Merkel konnte noch ihren Vizekanzler Sigmar Gabriel und Außenminister Steinmeier in die Entscheidung einbinden, nicht aber ihren weiteren Koalitionspartner, den Parteivorsitzenden der CSU und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Nach der Abstimmung mit Frau Merkel teilte Faymann Orban mit, dass die Flüchtlinge nach Österreich einreisen dürften. In den folgenden Wochen kamen täglich im Schnitt zwischen 6.000 und 8.000, in der Spitze sogar 13.000 Flüchtlinge in Deutschland an, häufig ohne kontrolliert beziehungsweise registriert zu werden. Faktisch hatte in dieser Situation die Bundesrepublik Deutschland die Kontrolle über ihre Grenzen verloren. Wie das Bundeskanzleramt selbst einräumt, hat der Staat erst wieder im Dezember 2015 seine Steuerungsfähigkeit zurück erhalten.<sup>4</sup>

#### Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge

In den Tagen und Wochen nach dem Eintreffen der ersten Flüchtlinge am Hauptbahnhof in München gingen Bil-

#### Um die **BEGRENZUNG** der Flüchtlinge besteht eine Kontroverse zwischen **CDU und CSU**.

der um die Welt, die enorm viele ehrenamtliche Helfer zeigten, die die Flüchtlinge willkommen hießen. Deutschland erlebte eine Welle der Mitmenschlichkeit und der Aufgeschlossenheit gegenüber den Flüchtlingen und seither haben sich Hunderttausende von ehrenamtlichen Helfern kurz- und langfristig um die Betreuung und Integration der Flüchtlinge gekümmert und tun dies noch. Diese Hilfsbereitschaft wurde allerdings auch begleitet von einer aufkommenden Diskussion um die Frage, wie hoch die Zahl der Flüchtlinge denn sein könne, um sie problemlos zu integrieren. Daraus entspann sich auch eine heftige Kontroverse zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer, der klar eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr postulierte. Diese Kontroverse wurde offenkundig, als der Parteitag der CSU am 20. November 2015 einstimmig eine derartige Obergrenze beschloss, sich die Bundeskanzlerin aber in ihrer anschließenden Rede eindeutig dagegen aussprach. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Schwesterparteien dauerte bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes 2017 an.

Angela Merkel wurde sehr häufig mit ihrem Satz „Wir schaffen das.“ zitiert. Dieser impliziert, dass die Integration auch ohne eine zahlenmäßige Begrenzung funktioniert. Wenn man sich

allerdings die derzeitige Situation ansieht, liegt die Aufgabe der Integration der Flüchtlinge nahezu ausschließlich bei den Städten und Gemeinden, die dabei dankenswerterweise von vielen ehrenamtlichen Kräften unterstützt werden. Einen klaren Konsens gibt es bei allen in der Integrationsarbeit Tätigen: Grundvoraussetzung der Integration ist der Erwerb der deutschen Sprache. Das bestätigen auch wissenschaftlichen Untersuchungen. Auf den Spracherwerb sollte ein den Fähigkeiten der Bewerber entsprechendes Arbeitsverhältnis folgen. Leider sind hier Anforderungs- und Eignungsprofil häufig nicht deckungsgleich.

Die gesellschaftliche Debatte im Hinblick auf die Integration von Flüchtlingen prägen derzeit zwei Denkschulen. Die eine geht davon aus, dass die Kosten der Integration den Nutzen bei weitem übersteigen, während die andere der Auffassung ist, dass die integrierten Flüchtlinge existenziell notwendig sind, um Deutschland angesichts der demographischen Probleme (Überalterung) nachhaltig in einem stabilen Gleichgewicht halten zu können.

#### Fluchtursachenbekämpfung Parteienkonsens

Sehr schnell machte sich aber auch die Erkenntnis breit, dass es wesentlich klüger und zugleich humaner und effizienter ist, die Probleme an der Wurzel zu packen, d. h. die Fluchtursachen zu bekämpfen. Darüber besteht auch Einigung bei fast allen Parteien, wie deren Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 zeigen. So heißt es hier beispielsweise bei CDU/CSU auf Seite 67: „Deutschland hat seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit seit 2005 von 3,9 Milliarden auf 8,5 Milliarden in

diesem Jahr mehr als verdoppelt. Ein beachtlicher Teil dieser Mittel wird zur Bekämpfung der Fluchtursachen eingesetzt und trägt dazu bei, dass Menschen in ihrer angestammten Heimatregion bleiben können.“ Im Wahlprogramm der SPD findet sich auf Seite 74 ein eigenes Unterkapitel „Fluchtursachen bekämpfen“. Dort wird ausgeführt: „Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist unser Ziel, zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen [...]“

Im Wahlprogramm der Grünen findet sich ein ganzes Kapitel mit dem Titel „Wir schützen Geflüchtete und bekämpfen Fluchtursachen“ dazu. Konkretisiert wird diese Aussage durch folgende Formulierung (S. 98 ff.): „Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen langfristig zu beheben [...]“ Auch Die Linke hat in ihrem Wahlprogramm ein eigenes Unterkapitel mit der Überschrift „Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge“. Konkret heißt es dort: „Über 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen, Bürgerkriegen und Verfolgung. Die meisten kommen nicht nach Europa, sondern

#### Fast alle Parteien führen die **BEKÄMPFUNG** der Fluchtursachen in ihrem Programm.

suchen Zuflucht in den Nachbarländern ihrer Heimat. Die internationale Flüchtlingshilfe ist unterfinanziert [...]“

Auf der Basis eines derart breiten Konsens der unterschiedlichen Parteien in dieser Frage kann eine optimale Strategie zur Bekämpfung der Fluchtursachen entwickelt werden.

### Theorie

Die Staats- und Regierungschefs haben beim Gipfeltreffen der Vereinten Nationen am 25. September 2015 die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Damit hat sich die Weltgemeinschaft erstmals auf feste Ziele geeinigt, die in zentralen Politikbereichen die nächsten Jahrzehnte maßgeblich prägen werden. Das Hauptziel ist, die überfällige Transformation der Volkswirtschaften zu einer nachhaltigeren und inklusiven Entwicklung voranzutreiben und zwar, indem die globale Entwicklung sozial, ökologisch und wirtschaftlich dementsprechend gestaltet wird.

Die 17 Oberziele, die von „Armut in jeder Form und überall beenden“ bis „Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben“ reichen, werden durch insgesamt 169 Unterziele konkretisiert und dienen auch der Beseitigung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern, so beispielsweise die Ziele „Ernährung sichern“, „nachhaltige und moderne Energie für alle“ oder „Bekämpfung des Klimawandels“. Es wurde ein klarer Überprüfungsmechanismus der Agenda 2030 verabschiedet, d. h. es muss in einem soliden und transparenten Prozess Rechenschaft darüber abgelegt werden, welche Fortschritte auf nationaler, regionaler und globaler Ebene unter Einbindung aller Akteure erreicht wurden.

### Die AGENDA 2030 gibt die Ziele für nachhaltige Entwicklung weltweit vor.

Die Politik und Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beziehen sich auf die fünf Kernbotschaften in der Präambel der Agenda 2030:

- Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt (people), eine Welt ohne Armut und Hunger ist möglich;
- den Planeten schützen (planet), Klimawandel begrenzen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren;
- Wohlstand für alle fördern (prosperity), die Globalisierung gerecht gestalten;
- Frieden (peace), Menschenrechte und gute Regierungsführung fördern;
- globale Partnerschaften aufbauen (partnership), global gemeinsam voranschreiten.<sup>5</sup>

Für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist vor allen Dingen das Ziel, „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“, relevant.<sup>6</sup> Es korrespondiert auch mit dem Klimaabkommen von Paris (2015), das ebenfalls die Umsetzung der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene postuliert.

### Praxis

Im Oktober 2016 wurde in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito im Rahmen der nur alle 20 Jahre stattfindenden

Habitat-Konferenz eine gemeinsame politische Richtschnur für die Stadtentwicklung in den nächsten Jahrzehnten beschlossen. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller vertrat hierzu die Auffassung, dass sich in den Städten entscheide, ob nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz gelinge. Nur hier könne Klimakollaps, Elend, Gewalt und Flucht verhindert werden. Dafür müssten die Städte als zentrale Akteure zur Erreichung der globalen Entwicklungspolitik- und Klimaziele anerkannt und gestärkt werden: „Deshalb fördern wir kommunale Partnerschaften und Wissenstransfer zwischen den deutschen Kommunen und Kommunen in unseren Partnerländern.“<sup>7</sup>

Im Abschlussdokument der Habitat-III-Konferenz werden sowohl die Ziele nachhaltiger städtischer Entwicklung beschrieben als auch, wie diese effektiv implementiert werden sollen und welche Instrumente dabei anzuwenden sind. Außerdem weist das Dokument auch die Folgemaßnahmen sowie die Evaluierung des gesamten Prozesses auf.<sup>8</sup>

Zu Beginn des Afrika-Jahres in Deutschland und der Europäischen Union sowie der Schwerpunktsetzung Afrika in der deutschen G-20-Präsidentschaft veröffentlichte das BMZ unter der Federführung Müllers im Januar 2017 die Eckpunkte für einen Marshallplan mit diesem Kontinent, nämlich: Entwicklung, Frieden und Zukunft. Das Dokument geht davon aus, dass die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten gestärkt wird und die Zeit von „Entwicklungshilfe“ und dem „Geber und Nehmer“-Konzept vorbei sein müsse. Die EU-Mitgliedsstaaten wollen als gleichberechtigte Partner zur Verfügung stehen.

Den Kern des Marshallplans bilden die tragenden Säulen Wirtschaft, Handel und Beschäftigung, Frieden und Sicherheit sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das Fundament besteht aus Ernährung, Landwirtschaft, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Energie, Infrastruktur sowie Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung.

### Der Marshallplan für Afrika basiert auf Stärkung der EIGENVERANTWORTUNG in den Entwicklungsländern.

Bemerkenswert am Marshallplan ist, dass darin klare Handlungsempfehlungen sowohl für die afrikanischen Staaten als auch für Deutschland und die internationale Gemeinschaft definiert werden. Damit geht das Dokument weit über unverbindliche Zielbeschreibungen hinaus und liefert einen Handlungsrahmen mit konkreten Maßnahmen. In Kapitel 4.2 „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass sich die meisten der vom Klimawandel betroffenen Länder der Welt in Afrika befinden. Da der Klimawandel elementare Lebensgrundlagen wie Anbauflächen, Wasserversorgung, Ökosysteme und Versorgungsinfrastruktur gefährdet, bestehe deshalb der Hauptansatz zur Minderung des Migrationsdrucks und damit zur Bekämpfung der Fluchtursachen darin, dass ein nachhaltiger Schutz natürlicher Ressourcen als

Grundlage für Wirtschaft und Wohlstand erfolgen müsse.<sup>9</sup>

Zur Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration gibt es den EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) der mit insgesamt 2,4 Milliarden € datiert ist. Mit dem Euro External Investment Plan (EIP) werden Investitionen für nachhaltige Entwicklung sowie die Bekämpfung von Migrationsursachen und Wiedereingliederungsmaßnahmen finanziert. Dieser Fonds ist mit 3,35 Milliarden € dotiert.<sup>10</sup>

Auch die zweite Säule des Marshallplans, Frieden, Sicherheit und Stabilität, ist eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Krieg und Gewalt zerstören in wenigen Wochen, was jahrelang aufgebaut wurde und führen zur Vertreibung von Millionen von Menschen. Die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit ist somit eine existenzielle Voraussetzung.

#### **Bedeutung der Kommunen**

Die Kommunen spielten bis Anfang 2013 in der deutschen Entwicklungspolitik nur eine untergeordnete Rolle, obwohl es bereits seit 2001 eine dem Ministerium nachgeordnete „Servicestelle Kommunen in der einen Welt“ gibt. Erst mit der Übernahme des Amtes durch Gerd Müller erfolgte eine klare Neuorientierung unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

**Unter Gerd Müller nahm die Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit BEDEUTSAM zu.**

Konzeptionell und empirisch wurde der Beitrag der Kommunen bereits im Jahr 2009 in einer Studie von Fröhlich und Lämmlin in einem Diskussionspapier des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik unter dem Titel „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ beschrieben. Darin wird ausgeführt, dass sich immer mehr Kommunen im Rahmen von Städtepartnerschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika engagieren. Weiterhin wird in der Studie beschrieben, dass sich die globalen Herausforderungen des Klimawandels, der Weltfinanzkrise, des internationalen Terrorismus und der durch Armut bedingten internationalen Migration nur durch gemeinsames Handeln lösen lasse, was aber von den Regierungen allein nicht zu leisten sei. Kritisch vermerkt wird, dass noch nicht geklärt sei, in welcher Weise sich die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Gebietskörperschaften unterhalb der Ebene der nationalen Regierungen den neuen Prinzipien effektiverer Entwicklungszusammenarbeit anzupassen haben.<sup>11</sup>

Von jeher gab es in Deutschland kontroverse Diskussionen über das entwicklungspolitische Handeln von Kommunen. Während die ordnungspolitischen Puristen davon ausgehen, dass Entwicklungspolitik ausschließlich Bundes-, allenfalls noch Länderangelegenheit und damit den Kommunen verschlossen sei, sehen die Pragmatiker die Ableitung der möglichen kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aus dem Art. 28 GG gegeben, der das Recht auf kommunale Selbstverwaltung garantiert, wonach diese die Angelegenheiten ihrer lokalen Gemeinschaft eigenverantwortlich regeln und verwalten sollen.<sup>12</sup>

Dass diese Kontroverse bis zum heutigen Tag andauert, wurde zuletzt in der

Innenministerkonferenz in Dresden im Juni 2017 deutlich. Dort lag ein Vorschlag vor, der ein aktives Engagement der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit vorsah. Leider scheiterte die Verabschiedung dieser gemeinsamen Erklärung am Widerstand des Freistaates Sachsen. Nachdem bei den Fachministerkonferenzen das Einstimmigkeitsprinzip gilt, konnte folgende For-

**Eine gemeinsame Erklärung und Befürwortung der Bundesländer bezüglich der kommunalen Entwicklungspolitik im Juni 2017 SCHIEFTE.**

mulierung nicht verabschiedet werden: „Die IMK begrüßt, dass die Mitwirkung der Kommunen an der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sowohl vom Bund als auch von den Ländern befürwortet und unterstützt und als ein wesentliches Element der Umsetzung der Agenda 2030 und zur Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung anerkannt wird.“<sup>13</sup> Das Scheitern ist umso bedauerlicher, als immer mehr Städte und Gemeinden, aber auch kommunale Spitzenverbände bereits Verantwortung übernommen haben und gerne weiter übernehmen würden.<sup>14</sup>

#### **Programme und Instrumente der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit**

Die starken Flüchtlingsbewegungen seit 2015 haben die Debatte dazu sowie die Ursachenforschung ins Zentrum der ge-

sellschaftspolitischen Diskussion gerückt.<sup>15</sup> Neben der Frage der Integration der Flüchtlinge wird ganz massiv auch die Frage nach der Bekämpfung der Fluchtursachen gestellt. Dies hat dazu beigetragen, dass Entwicklungshilfe nicht mehr nur als ein Bereich für Fachpolitiker gesehen wird, sondern insgesamt auf großes gesellschaftliches Interesse stößt. Auch in der Kommunalpolitik ist sie nun ein Thema. Fälschlicherweise wird in diesem Zusammenhang häufig behauptet, dass die jeweilige Rechtsaufsichtsbehörde das kommunale entwicklungspolitische Engagement nicht genehmigen würde. Inzwischen bietet das BMZ über die Organisationen „Engagement global“ und „Servicestelle Kommunen in der einen Welt“ (SKEW) ein breites Spektrum an Instrumenten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit an.

Die deutschen Kommunen eignen sich vor allem auch deshalb als unverzichtbare Partner der Entwicklungszusammenarbeit, da Eigenverantwortung und dezentrale Entscheidungsfindung ihre Markenzeichen sind. Die ca. 2,2 Millionen Mitarbeiter in den kommunalen Verwaltungen einschließlich der kommunalen Unternehmen verfügen über ein enormes Wissen, das noch sehr viel stärker als bisher genutzt werden kann.<sup>16</sup> Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit von „Engagement global“ und SKEW basiert auf diesen vier Handlungsfeldern: globale nachhaltige Kommune; Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene; fairer Handel und faire Beschaffung sowie Auf- und Ausbau kommunaler Partnerschaften. Hierzu bieten sie Veranstaltungen an und fungieren als Partner bei der Umsetzung von Projekten auf kommunaler Ebene und auf der Ebene der kommunal-

len Spitzenverbände. Weiterhin werden die Kommunen dabei unterstützt, Bestandsaufnahmen zum Nachhaltigkeitsmanagement und zur kommunalen Entwicklungspolitik zu erstellen. Im Bereich Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene besteht der Service im Wesentlichen in der Organisation von Netzwerktreffen und in der Unter-

**Die kommunale Entwicklungsarbeit wird vom BUND begrüßt und unterstützt.**

stützung bei Bestandsaufnahmen und der Erstellung von Studien. Das Thema „Fairer Handel und faire Beschaffung“ ist ein Schwerpunkt des Entwicklungshilfeministers, auch in seinem jüngst erschienenen Buch „Unfair! Für eine gerechte Globalisierung“<sup>17</sup>. Zu diesem Themenkomplex gehört auch die Kampagne „Deutschland fairgleicht“ sowie der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ und das „Netzwerk Faires Beschaffungswesen“.

Die kommunalen Städtepartnerschaften zwischen Deutschland und den Entwicklungsländern sind eine Königsdisziplin der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zielt Nummer 17 genau darauf ab, nämlich „Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben“<sup>18</sup>. Inzwischen gibt es bereits eine ganze Reihe kommunaler Klimapartnerschaften

sowie Nachhaltigkeitspartnerschaften mit Osteuropa. Mit dem Instrument „Connective Cities“ wird eine internationale Städteplattform für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung gestellt.<sup>19</sup>

Für all diese Programme gibt es eine differenzierte personelle und finanzielle Unterstützung. So wurde 2016 das Förderangebot „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ eingeführt, mit der die Kommunen einen maximal 90-prozentigen Zuschuss für die Personalressourcen beantragen können. Das Kooperationsprojekt „Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit“ (IFKW) vermittelt gemeinsam mit dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) integrierte Fachkräfte für kommunale Partnerschaften. Mit „ASA-Kommunal“ können junge Leute im Alter von 21 bis 30 Jahren dreimonatige Praktika innerhalb internationaler Kommunalpartnerschaften sowohl in Deutschland als auch im Ausland absolvieren. Mit dem „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ erhalten engagierte kommunale Akteure seit 2016 einen Zuschuss (1.000 bis max. 20.000 €/90 %) für die Durchführung ihrer neuen Maßnahmen und Partnerschaften.

Das Förderangebot „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (NAKOPA) gewährt deutschen Kommunen oder Spitzenverbänden Zuschüsse für entwicklungs-

**Es gibt eine Reihe von FÖRDER-ANGEBOTEN.**

politische Vorhaben in Höhe von 20.000-250.000 €. Des Weiteren gibt es noch das „Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte“ (FKKP).<sup>20</sup>

#### Fazit

Den Kommunen steht vom BMZ und SKEW ein außerordentlich detaillierter Instrumentenkasten zur Verfügung, um kommunale Kooperationsprojekte mit Städten in Entwicklungsländern voran zu bringen. Bedenkt man das enorme Potenzial der deutschen Kommunalverwaltungen einschließlich der Kommunalunternehmen von den Stadtwerken bis hin zu den Entwässerungsbetrieben, können damit noch wesentlich mehr Ressourcen mobilisiert werden, als dies jemals nationale oder supranationale Institutionen leisten könnten. ///



**/// DR. SIEGFRIED BALLEIS**  
ist Alt-OB der Stadt Erlangen, Vorsitzender des Universitätsbunds der FAU-Erlangen / Nürnberg sowie Lehrbeauftragter am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Deutschland korrigiert Flüchtlingszahl für 2015, in: Die Welt, 30.9.2016.
- <sup>2</sup> Schulte von Drach, Markus C.: Asylbewerberzahlen für 2016 - Zahl der Flüchtlinge in Deutschland extrem gesunken, in: SZ, 11.1.2017.
- <sup>3</sup> Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 320, 3.9.2015.
- <sup>4</sup> Blume, Georg / u. a.: Was wirklich geschah?, in: Die Zeit, 22.8.2016.
- <sup>5</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Der Zukunftsvertrag für die Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, 2017.
- <sup>6</sup> Fischer, Cecilia / Scholz, Imme: Universelle Verantwortung: die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer, hrsg. vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper, Bonn 12/2015, S. 8.
- <sup>7</sup> BMZ: Presseservice, 20.10.2016.
- <sup>8</sup> United Nations, General Assembly: Draft outcome document of the United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development (Habitat III), Quito 2016.
- <sup>9</sup> BMZ: Afrika und Europa – neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft, Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika, Berlin / Bonn 2017, S. 26.
- <sup>10</sup> Ebd., S. 13.
- <sup>11</sup> Fröhlich, Katrin / Lämmlin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik, in: Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, hrsg. vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper, Bonn 2009.
- <sup>12</sup> Fröhlich / Lämmlin: Kommunale Entwicklungspolitik, S. 31.
- <sup>13</sup> Beschlussvorschläge für die 206. Sitzung der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 12.-14.6.2017 in Dresden.
- <sup>14</sup> Deutscher Städte- und Gemeindebund: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Dokumentation Nr. 135, Berlin 2015.
- <sup>15</sup> Arlt, Dorothee / Wolling, Jens: Die Flüchtlingsdebatte in den Medien aus der Perspektive der Bevölkerung, in: Media Perspektiven 6/2017, S. 325 ff.
- <sup>16</sup> BMZ: Lokal handeln, global wirken, Kommunen in der Entwicklungspolitik, Bonn / Berlin 2016, S. 4.
- <sup>17</sup> Müller, Gerd: Unfair! Für eine gerechte Globalisierung, Hamburg 2017, S. 68 ff.
- <sup>18</sup> Fischer / u. a.: Universelle Verantwortung, S. 4.
- <sup>19</sup> Federal Ministry for Economic Cooperation and Development, Connective Cities, Bonn / Berlin 2016.
- <sup>20</sup> Engagement global, Unsere Angebote, Eine Welt beginnt vor Ort, Bonn 2017.

/// Der Golfregion droht Instabilität

## DIE KATAR-KRISE UND IHRE FOLGEN

**MARTIN PABST** /// Seit Juni 2017 durchzieht die Golfstaaten ein beispielloser Riss. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) suchen das Emirat Katar zu isolieren und unter Druck zu setzen. Zwischen dem „Platzhirsch“ Saudi-Arabien und dem neureichen „Emporkömmling“ Katar wird ein erbitterter Konkurrenzkampf ausgetragen. Zudem bestehen signifikante außenpolitische Differenzen.

### Die derzeitige Lage

Katar hat sich mit seiner pragmatischen Haltung gegenüber dem Iran und seiner Unterstützung von Muslimbrüdern und radikalislamistischen Milizen bei seinen Nachbarn unbeliebt gemacht. Der Paukenschlag dazu erfolgte am 5. Juni 2017. Saudi-Arabien, die VAE, Bahrain und Ägypten brachen die diplomatischen Beziehungen zu Katar ab, stellten den Wirtschaftsaustausch ein, sperrten den Luftraum für katarische Flugzeuge und schlossen die Grenzen. Damit war die einzige Landgrenze des Emirats blockiert – aus Saudi-Arabien wurden große Mengen Lebensmittel und Baumaterial bezogen. Diplomaten wurden zu einer Ausreise binnen 48 Stunden aufgefordert, Bürger Katars binnen zwei Wochen. Saudi-Arabien schloss Katar zudem von der Militärkoalition im Jemen aus. Auch die Regierungen Jemens, der Komoren, Mauretaniens, der Malediven, des Senegals und des Tschads brachen die diplomatischen Beziehungen

zu Katar ab, und Dschibuti, Jordanien und Niger fuhren sie herunter. Israels Außenministers Avigdor Lieberman zeigte Sympathie – die israelische Regierung plant derzeit, die katarischen al-Dschasira-Büros wegen angeblicher Förderung von Extremismus und Terrorismus zu schließen.

**Seit Juni erfolgt unter Führung Saudi-Arabiens eine gezielte ISOLIERUNG Katars durch seine Nachbarstaaten.**

Der Saudi-freundliche US-Präsident Trump zeigte sich zunächst von dem Vorgehen begeistert, doch Außenminister Rex Tillerson reagierte vorsichtiger



Zwischen Tradition und Moderne: Katars Hauptstadt Doha.

und rief zu einer Verständigung auf. Der Emir von Kuwait versuchte zu vermitteln, und auch in Europa waren besorgte Stimmen zu hören. Nicht zuletzt wegen der hohen katarischen Investitionen in Deutschland plädierte Außenminister Sigmar Gabriel für die Vermeidung weiterer Eskalation und empfing demonstrativ seinen katarischen Amtskollegen.

Auslöser der Vorgänge waren von der katarischen Nachrichtenagentur am 24. Mai verbreitete Aussagen des Emirs. Zur Überraschung seiner Hörer lobte Tamim Bin Hamad Al Thani den Iran als eine „islamische Macht, die nicht ignoriert werden dürfe“. Die zur Familie der Muslimbrüder zählende Hamas bezeichnete er als „den legitimen Vertreter des palästinensischen Volks“<sup>1</sup>. Auch waren Zweifel zu hören, ob sich US-Präsident Donald Trump im Amt halten könne. Die katarische Regierung dementierte umgehend die Aussagen und reklamierte einen Hackerangriff, doch halten sie die Saudis und ihre Verbündeten bis

heute für echt. Daran konnte auch ein Bericht der Washington Post Mitte Juli nichts ändern, der unter Berufung auf US-Geheimdienstquellen berichtete, dass die Falschmeldung möglicherweise gezielt aus den VAE platziert worden waren. Regierungsmitglieder hätten am 23. Mai darüber diskutiert, die Webseite der katarischen Nachrichtenagentur zu hacken. Der Botschafter der VAE in Washington dementierte freilich entrüstet alle Manipulationsvorwürfe.<sup>2</sup>

Außerdem behauptete die Viererkoalition, dass Katar 1 Milliarde USD Lösegeld an Iran-nahe Organisationen im Irak und an den al-Kaida-Ableger Hayat Tahrir al-Sham (Nachfolger der al-Nusra-Front) in Syrien gezahlt habe. Im Gegenzug soll eine 2015 im Irak entführte, 26-köpfige katarische Jagdgesellschaft (inklusive Mitgliedern der Herrscherfamilie) freigelassen worden sein, außerdem 50 Gefangene in Syrien. Auch dieser Vorwurf wurde von der katarischen Regierung dementiert.

### Die Anschuldigungen gegen Katar

Als Grund für die harschen Maßnahmen nannte die Viererallianz die angebliche Förderung terroristischer Gruppen durch Katar sowie seine iranfreundliche Politik. Insbesondere in Saudi-Arabien und den VAE schwelt schon länger der Unmut über den aufmüpfigen Nachbarn. Ein besonderer Dorn im Auge ist der 1996 gestartete, im Besitz der katarischen Herrscherfamilie befindliche Fernsehsender Al-Dschasira. Im arabischen Raum soll er 40 Mio. Zuschauer haben. Über die Nachbarländer berichtete er zunehmend kritisch und mit Beginn des „Arabischen Umbruchs“ stellte er sich vielerorts auf die Seite der Oppositionellen. Insbesondere entwickelte er sich zum Sprachrohr der Muslimbrüder. So rief sein Ableger Mubasher Misr (Live Egypt) zum Sturz von Präsident Hosni Mubarak auf und unterstützte bei den Wahlen die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Mus-

**Anlass der Isolierung war die IRANFREUNDLICHE Haltung Katars und dessen Unterstützung der Muslimbrüder.**

limbrüder. Dies war für Saudi-Arabien, noch mehr aber für die VAE, ein Dorn im Auge, denn die gut organisierten, antimonarchischen Muslimbrüder könnten auch am Golf die Bevölkerungen gegen ihre traditionellen Herrscher mobilisieren. In den VAE waren sie bereits recht stark.

Katar hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem beliebten Exilland

von Muslimbrüdern entwickelt. Von hier erreichte Yusuf al-Qaradawi, ein ägyptischer Rechtsgelehrter, mit seinen wöchentlichen Fernsehpredigten ein zweistelliges Millionenpublikum. Von der Hauptstadt Doha aus operierten auch wichtige Internetseiten der Muslimbrüder. Ende Mai 2017 sperrten Saudi-Arabien, Ägypten, Bahrain und die VAE die Website von Al-Dschasira. Saudi-Arabien schloss zudem das Büro des Senders und entzog ihm die Lizenz.

Anfang 2012 konnte Katar die palästinensische Hamas im Gasastreifen, eine zur Muslimbruderschaft gehörende Partei, zu einer Kursänderung bringen. Politbürochef Khaled Meschal verließ Damaskus und nahm seinen Sitz in Doha. Im Oktober 2012 hatte Emir Scheich Hamad bin Chalifa einen werbewirksamen Auftritt im Gasastreifen, dort wurde Katar zum wichtigen Sponsor. Das Emirat übernahm damit auch eine Rolle als Schutzmacht der Palästinenser. Von Saudi-Arabien und den VAE wurde dies als Anmaßung empfunden. Auch weitere Ableger der Muslimbruderschaft wie z. B. die Ennahda in Tunesien erhielten Unterstützung aus Doha.

Die Viererallianz wirft Katar außerdem vor, eine zu iranfreundliche Politik zu betreiben. Seit dem Iran-Irak-Krieg in den 1980er-Jahren hat sich der politische Konflikt zwischen den sunnitischen Golfstaaten und dem schiitischen Iran immer stärker zugespitzt. Insbesondere Saudi-Arabien sieht im revolutionären Islamismus Teherans eine Bedrohung der eigenen Sicherheit, zumal man eine misstrauisch überwachte arabisch-schiitische Minderheit von 10-25% im Land hat (offizielle Zahlen gibt es nicht). Ähnlich empfindet es das Königreich Bahrain. Die sunnitische Herrscherfamilie Al-Chalifa sieht sich sogar

einer schiitischen Zwei-Drittel-Mehrheit gegenüber.

Am schwersten wiegt sicherlich der Vorwurf, dass Katar Terroristen medial, finanziell und militärisch unterstütze. In Saudi-Arabien, den VAE und Ägypten gelten bereits die Muslimbrüder als „terroristische Organisation“, nur in Bahrain werden sie noch geduldet. In Ägypten wurde am 3. Juli 2013 die gewählte Regierung der Muslimbrüder unter Staatspräsident Mohammed Mursi durch einen offenkundig von Saudi-Arabien und den VAE unterstützten Staatsstreich des Militärs gestürzt. Bei der Niederschlagung anschließender Proteste wurden mindestens 800 Muslimbrüder getötet und Zehntausende sitzen heute in ägyptischen Gefängnissen. Im Westen sind die Meinungen über die Muslimbruderschaft geteilt, ihre summarische Einstufung und Verfolgung als terroristische Organisation stößt freilich auf verbreitete Skepsis bzw. Ablehnung.

Die Vorwürfe der Viererallianz gehen freilich noch weiter: Man beschuldigt Katar auch, radikalislamistische und dschihadistische Gruppen wie z. B. die al-Nusra-Front in Syrien, salafistische Gruppierungen in Tunesien, die Ansar Dine in Mali oder die Taliban in Afghanistan zu unterstützen. Letztere durften 2013 in der Hauptstadt Doha ein Verbindungsbüro errichten. Katar stellt eine Unterstützung von Terrorismus in Abrede, betont jedoch, dass es wichtig sei, mit allen Seiten zu reden. Das Emirat habe daher in schwierigen Situationen wie z. B. bei Geiselnahmen als erfolgreicher Vermittler auftreten können. Auch müsse versucht werden, auf radikale Organisationen Einfluss zu nehmen und die gemäßigten von den militanten Unterstützern zu trennen. Solche Bemühungen seien häufig

**Katar sieht sich als VERMITTLER und nicht als Unterstützer terroristischer Gruppen.**

mit westlichen Staaten abgestimmt gewesen.

Um den Konflikt zu verstehen, muss man in die Vergangenheit zurückblicken. Katar ist eine kleine, gut 11.000 km<sup>2</sup> große Halbinsel am Persischen Golf. Gerade einmal 2,7 Mio. Einwohner leben hier, darunter nur an die 350.000 Kataris, der Rest sind Gastarbeiter. Regiert wird es von der Herrscherfamilie Al-Thani. Herrscherhaus und Einheimische folgen der strengen wahabitischen Richtung des sunnitischen Islam doch ist Katar weniger fundamentalistisch als der ebenfalls wahabitische Nachbar Saudi-Arabien. Großbritannien schloss 1916 mit Katar einen „Schutzvertrag“. Bis 1940 beruhte die Wirtschaft auf Fischfang und Perlen tauchen. Dann wurde Erdöl entdeckt und ab 1949 lief die Förderung, doch wurde das Emirat nicht so reich wie die Nachbarn. In den 1970er-Jahren machte man sich Gedanken über die künftige Ausrichtung der Wirtschaft nach einem absehbaren Ende der Erdölförderung.<sup>3</sup>

### Mit dem Erdgas kam das Selbstbewusstsein

1971 wurden immens reiche Erdgasvorräte entdeckt. Gemäß dem BP Statistical Review of World Energy vom Juni 2016 verfügt Katar über die drittgrößten Erdgasweltreserven mit 13,1 % Weltanteil.<sup>4</sup> Sein „North Dome Field“ grenzt an das

iranische „South Pars Field“. Zusammen sollen sie das größte Erdgasfeld der Welt bilden. Bei der Förderung empfiehlt sich gegenseitige Abstimmung, weswegen Katar anders als Saudi-Arabien stets passable Beziehungen mit dem Iran pflegte. Erdgas ist ein Wachstumsenergieträger, denn es ist umweltfreundlicher als Erdöl und infolge der fortentwickelten Verflüssigungstechnologie kann es als Liquid Natural Gas (LNG) kostengünstig in alle Welt verschifft werden. Katar hat früh in die LNG-Technologie investiert. Das Emirat ist zum weltweit zweitgrößten Erdgasexporteur und größten LNG-Exporteur aufgestiegen. Mit Kunden in Asien hat es Langfrist-Abnahmeverträge geschlossen.

Über seinen Staatsfonds hat das Emirat weltweit investiert, so 40-45 Mrd. US-Dollar in Großbritannien, 30-35 Mrd. USD in Deutschland und 20-25 Mrd. in Frankreich. Weitere 35 Mrd. USD will es in den USA anlegen. In Deutschland hält es u. a. Anteile an Hapag-Lloyd, Volkswagen, Deutsche Bank und Siemens.

Im Jahr der Erdgasentdeckung 1971 wurde das Land unabhängig. Es trat nicht den neu gegründeten VAE bei, sondern wählte wie Bahrain die Unabhängigkeit. Mit der dortigen Herrscherfamilie al-Chalifa sind die al-Thani allerdings verfeindet, denn die al-Chalifas stammen aus Katar und haben sich im von Schiiten bewohnten Bahrain festgesetzt. Sie haben immer wieder Anspruch auf ihre Heimatregion as-Suburah im Nordwesten Katars erhoben. Erst 2001 wurde der Gebietsstreit durch einen Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs beigelegt. Es verwundert daher nicht, dass Bahrain zu den schärfsten Unterstützern eines harten Vorgehens gegen Katar zählt.

### **Die ERDGASFUNDE 1971 haben Katar mittlerweile reich und unabhängig gemacht.**

Im Jahr 1981 war Katar zusammen mit Bahrain, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den VAE Mitgründer des Golfkooperationsrats (GKR). Politisches Gewicht hatte das kleine Land damals noch nicht. Mit den Erdgaseinnahmen kam der Reichtum. Das kleine Land erwirtschaftete 2016 ein nominales Bruttoinlandsprodukt von 156,7 Mrd. USD. Auf jeden Einwohner kam ein BIP-Anteil von 132.870 US-Dollar (kaufkraftbereinigt), womit Katar weltweit an erster Stelle steht.

Emir Chalifa bin Hamad al-Thani war ein treuer Gefolgsmann Saudi-Arabiens, doch 1995 wurde er von seinem Sohn Hamad bin Chalifa gestürzt. In Verbindung mit dem ehrgeizigen Außenminister Sheikh Hamad bin Jassim bin Jaber Al Thani (im Amt von 1992 bis 2013) begann eine ambitionierte Außenpolitik, die Katar ein eigenes Profil zu geben suchte und zunehmend Saudi-Arabien Konkurrenz machte.

Seine immensen Einnahmen aus den Gasexporten setzte das Emirat als Soft Power ein. Ob im Libanon, Palästina, Marokko oder Ägypten – das Emirat trat als großzügiger und sichtbarer Entwicklungshilfegeber auf. Auch investierte es in zahlreiche arabische Länder. Außenpolitisch suchte es sich als ehrlicher Makler zu profilieren, brachte z. B. 2008 in Doha ein Ende des Konflikts zwischen dem Hariri- und dem Hisbollah-

Lager im Libanon und 2011 ein Abkommen im Darfur-Bürgerkrieg zustande. 1996 wurde in Doha sogar eine israelische Handelsmission eröffnet, doch 2009 musste Katar nach dem Gasa-Krieg die Beziehungen zu Israel auf Druck seiner Nachbarn abbrechen.

Zum einem Eckpfeiler der neuen katarischen Außenpolitik wurde der 1996 gegründete Fernsehsender Al-Dschasira. Katar suchte sich damit als weltläufiger und vergleichsweise offener muslimischer Staat zu präsentieren. Al-Dschasira konnte sich umfangreiche Sportübertragungsrechte sichern, ein Feld, das Katar auch zur nationalen Profilierung nutzte. Über den staatseigenen Fonds erwarb man den Fußballverein Paris-St. Germain und die Fluggesellschaft Qatar Airways sponsert den FC Barcelona. Katar konnte auch den Zuschlag für prestigeträchtige Großereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft 2022 erhalten.

### **Katar PROFILIERT sich mit einer weltläufigen Außen- und Entwicklungspolitik.**

Ein Coup gelang 1996, als man die Al Udeid U.S. Air Force Base in das Emirat holen konnte. Saudi-Arabien wollte nach dem Zweiten Golfkrieg keine ausländischen Soldaten mehr im eigenen Land. Hier sind rund 11.000 US-Soldaten stationiert und der Stützpunkt kann bis zu 120 Kampfflugzeuge aufnehmen. Hinzu kommt in Al Udeid eine

vorgeschobene Kommandobasis des US Regionalkommandos CENTCOM in Tampa, Florida. Auch befindet sich in Katar das Camp As Sayliyah, die größte logistische Basis außerhalb der USA.

Seit der Machtübernahme von Kronprinz Hamad bin Chalifa 1995 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Katar und Saudi-Arabien. Ein saudisch unterstützter Gegenputsch scheiterte. Zunehmend berichtete Al-Dschasira kritisch über die inneren Verhältnisse im Nachbarland und dessen Außenpolitik. 2002 kam es erstmals zur Krise. Der saudische Botschafter wurde abgezogen und kehrte erst 2008 zurück. In Riad nahm man den neureichen Nachbarn zunehmend als Störenfried wahr, der es wagte, mit Hilfe seiner immensen Finanzmittel die eigene Führungsrolle in der Region in Frage zu stellen.

### **Der „Arabische Umbruch“ – eine Wende**

Eine Zäsur war der 2011 einsetzende „Arabische Umbruch“. Während Saudi-Arabien, die VAE und Bahrain die Protestbewegung als Gefahr erachteten, betrachtete Katar sie als Chance, Einfluss zu gewinnen. Die Regierung strotzte vor Selbstbewusstsein. Das Land verfügte über immense Erdöl- und Erdgaseinnahmen, bot seinen Bewohnern das weltweit höchste Pro-Kopf-Einkommen und musste als einziges arabisches Land keine Proteste und Demonstrationen hinnehmen. Auch hielt man sich angesichts der massiven US-Präsenz für unangreifbar.

Zusammen mit der Türkei setzte Katar auf die Muslimbruderschaft. Arabienweit verbreitet und gut organisiert eignete sie sich als Transmissionsriemen, um den eigenen politischen und ökonomischen Einfluss auszuweiten.

Katar kam dabei zugute, dass es vielen Muslimbrüdern Exil gewährt hatte. Es wurde wohl ein stillschweigendes Arrangement getroffen, wonach Katar die Muslimbrüder im Ausland unterstützt, sie sich innerhalb des Emirats aber politisch zurückhalten müssen. So wurde ihr katarischer Ableger 1999 geschlossen.

### Katar nutzte den „Arabischen Umbruch“ zur **EINFLUSSNAHME** in den arabischen Staaten.

Das Emirat verfolgte eine pragmatische Außenpolitik auf der Grundlage sich bietender Gelegenheiten. Man hielt sich an Oppositionspolitiker, die im eigenen Land Zuflucht gesucht oder dort Kontakteleute sitzen hatten. Damit baute man rasch ein beeindruckendes Netzwerk auf, das freilich auch zweifelhafte Mitglieder wie z. B. den libyschen Milizenkommandeur Abdelhakim Belhadsch hatte. Früher gehörte er der al-Kaida-nahen Libyschen Islamischen Kampfgruppe an, nun führte er die Libysche Islamische Bewegung an. Gute Kontakte wurden Katar auch zur radikalislamistischen al-Nusra-Front in Syrien nachgesagt, einem Bestandteil des al-Kaida-Netzwerks. Ihrem Anführer Abu Muhammad al-Dschaulani wurde mehrfach in Al-Dschasira Gelegenheit gegeben, seine Ansichten zu verbreiten. Auch zu den salafistischen Milizen Ahrar al-Scham und Dschaisch al-Islam in Syrien baute Katar gute Kontakte auf.

Wikileaks enthüllte geheime US-Regierungsdokumente aus den Jahren 2006 bis 2010, wonach die katarische Bilanz beim Anti-Terror-Kampf als „die schlechteste in der Region“ bezeichnet wurde. Der Geheimdienst zögerte, gegen Terroristen zu agieren, weil man fürchte, als Verbündeter der USA dazustehen und dann Vergeltungsschläge zu erwarten habe.<sup>5</sup> Washington wusste, wovon es sprach. Der Chefplaner der al-Kaida-Anschläge vom 11. September 2001, Khalid Sheikh Mohammed, war 1992 auf Einladung des damaligen Ministers für Islamische Angelegenheiten, Sheikh Abdallah bin Khalid bin Hamad Al-Thani, mit seiner Familie nach Doha gekommen und hatte vorübergehend dessen Förderung genossen.<sup>6</sup> Zweifels-ohne legte Katar in puncto Terrorismus lange eine laxe Haltung an den Tag. Einzelne Bürger finanzierten radikale Gruppierungen im Ausland, Stiftungen unterstützten aus Naivität oder Sympathie militante Gruppierungen, und die Regierung wechselte häufig die Partner, um nach Möglichkeit auf der Gewinnerseite zu stehen. Lange Zeit gab es keine rechtlichen Bestimmungen, die die Unterstützung von Terrororganisationen hinreichend unter Strafe stellten.

Die Vorwürfe der Viererallianz sind also nicht aus der Luft gegriffen, doch darf man nicht übersehen, dass auch Saudi-Arabien in puncto Terrorismusförderung keine weiße Weste hat. Zumindest auf der Ebene des staatlichen Handelns hat Riad freilich viel früher Reformen eingeleitet. Doha wurde ab 2011 zum Schaltzentrum und Sprachrohr von Oppositionellen und Rebellen. In den entscheidenden Jahren 2011/12 hatte Katar kommissarisch die rotierende Präsidentschaft der Arabischen Liga inne und konnte seine Fäden spinnen.



Durch den Boykott geschädigt: die staatliche Fluglinie Qatar Airways und der Hub Doha.

### Katar verhielt sich im Anti-Terror-Kampf lange sehr **LAX** und ambivalent.

Das Emirat war nach allen Seiten offen und baute auch seine Beziehungen zur schiitischen Großmacht Iran aus. Ideologisch rein war die katarische Außenpolitik nie, man wollte vielmehr, wie ein saudischer Kritiker es ausdrückte, am liebsten auf allen Hochzeiten gleichzeitig tanzen.

#### Warnschüsse

Eine Woche vor dem Staatstreich in Ägypten übergab am 25. Juni 2013 der

katarische Emir Scheich Hamad bin Chalifa angeblich aus Gesundheitsgründen seinem 33-jährigen Sohn Emir Scheich Tamim Bin Hamad den Thron. Gleichzeitig musste der langjährige Außenminister Sheikh Hamad bin Jassim bin Jaber Al Thani seinen Hut nehmen. Im Hintergrund sahen Beobachter einen saudischen Einfluss. Im März 2014 beriefen Saudi-Arabien, Bahrain und die VAE ihre Botschafter wegen angeblicher Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und Gefährdung der regionalen Stabilität vorübergehend aus Katar ab. Der junge Emir gelobte Besserung, schloss den ägyptischen Sender Mubasher Misr, wies einige Exilanten aus und beteiligte sich 2015 an der saudischen Militärintervention im Jemen gegen die schiitischen Huthis und Saleh-Anhänger. Doch der Kurs Katars änderte sich

nicht grundsätzlich. Bis heute befinden sich z. B. der Rechtsgelehrte und Fernsehprediger Qaradawi und der Hamas-Funktionär Meschal in Doha.

Drei Jahre danach war die Geduld Saudi-Arabiens und der VAE am Ende. Zunehmend hat in beiden Staaten die junge Generation das Sagen, die auf eine aggressive Außenpolitik setzt. In Saudi-Arabien folgte im Januar 2015 König Salman bin Abd al-Aziz seinem verstorbenen Halbbruder Abdullah nach. Starke Mann war von Anfang an der zweite Kronprinz Mohammed bin Salman („MbS“). Mit 29 Jahren wurde er Verteidigungsminister, Chef des Rates für Wirtschafts- und Entwicklungsangelegenheiten und Leiter des Aramco-Ölkonzerns. Im Juni 2017 rückte er zum ersten Kronprinz auf. Mohammed bin Salman steht für eine dezidiert Iranfeindliche Politik und gilt als Architekt der saudischen Militärintervention im Jemen. „MbS“ versteht sich damit hervorragend mit seinem emiratischen Pendant „MbZ“. Kronprinz Mohammed bin Zayed Al Nahyan gilt als de-facto-Herrscher, da VAE-Präsident Khalifa bin Zayed Al Nahyan seit einem Schlaganfall im Jahr 2014 gesundheitlich geschwächt ist. Auch er steht für eine aggressive Politik gegenüber dem Iran und eine dezidiert Muslimbrüder-feindliche Haltung. Auf Jagdausflügen kamen sich die beiden Kronprinzen näher und entwickelten das gemeinsame Vorgehen.

US-Präsident Barack Obama war bei Saudi-Arabien und seinen Verbündeten wegen seines vergleichsweise Muslimbrüder-freundlichen Kurses und dem Nuklearabkommen mit dem Iran verhasst. Sein Nachfolger Donald Trump gelobte, diese Politik zu revidieren und den treuen Verbündeten am Golf wieder die volle US-Unterstützung zu gewäh-

ren. Der Trump-Besuch im Mai 2017 in Riad gab Saudi-Arabien und seinen Verbündeten die willkommene Rückendeckung. Im gemeinsamen „Schwerttanz“ besiegelte man den neuen militanten Kurs. 15 Tage danach folgte die Attacke gegen Katar.

### **Saudi-Arabien, Bahrain und die VAE verfolgen mit Unterstützung von Trump eine **AGGRESSIVERE** Außenpolitik.**

#### **Wie geht es weiter?**

Die Viererallianz rechnete mit einem baldigen Einlenken Katars aufgrund der massiven Isolations-, Boykott- und Embargomaßnahmen. Am 22. Juni wurden 13 Forderungen übermittelt, die binnen 10 Tagen (!) zu erfüllen waren. Katar sollte u. a. den Fernsehsender Al-Dschasira und weitere Medien schließen, seine diplomatischen Beziehungen herunterfahren, seine Verbindungen offenlegen, alle Kontakte zur Muslimbrüderschaft kappen, gegen 59 als terroristisch eingestufte Personen und 12 Organisationen vorgehen (darunter al-Qaradawi und die Qatar Charity), den türkischen Militärstützpunkt bei Doha stilllegen, eine Kompensationszahlung in unbekannter Höhe leisten, eine enge Allianz mit den arabischen Golfstaaten schließen und einem zehnjährigen Überwachungsregime zustimmen.

Es waren Forderungen, die einem Ende der katarischen Souveränität gleichkamen und für einen arabischen

Herrscher ohne Gesichts- und Ehrverlust praktisch nicht annehmbar waren. Katars Außenminister Mohammed bin Abdulrahman al-Thani schloss Verhandlungen solange aus, wie die Isolation aufrecht erhalten würde. Zwar zeigte sich das Emirat reformbemüht – gegen einige auf US- und UN-Listen stehende Terrorverdächtige wurde Anklage erhoben, und mit den USA wurde im Juli ein Abkommen zur gemeinsamen Bekämpfung der Terrorfinanzierung geschlossen. Doch waren diese Schritte aus Sicht der Viererallianz völlig ungenügend.

Die Boykott- und Embargomaßnahmen haben dem Land spürbare Probleme verursacht. Die Börse in Doha verzeichnete Rückgänge von 15 % binnen 100 Tagen. 30 Milliarden USD wurden aus dem Land abgezogen, ausländische Investoren halten sich erst einmal zurück. Doch die katarische Regierung wies auf enorme Devisenreserven in Höhe von 340 Milliarden USD hin. 38 Milliarden USD wurden flüssig gemacht, um die besonders betroffenen Sektoren Handel, Finanzwesen und Tourismus anzukurbeln.<sup>7</sup> Boykott- und Embargomaßnahmen bedeuten höhere Kosten, doch wird Katar sie sich für eine lange Zeit leisten können. Ein Signal war im August 2017 der Kauf des brasilianischen Fußballstars Neymar da Silva Santos jr. für den Klub Paris Saint-Germain für 222 Mio. Euro – der bislang teuerste Transfer überhaupt.

Der Partner Türkei sprang ein und gewährleistete die Nahrungsmittelversorgung. Bis zum 23. Juni trafen unzählige Schiffsladungen und 105 Lufttransporte ein. Hierfür öffnete der Iran seinen Luftraum und organisierte ebenfalls Lebensmittellieferungen. Beide Staaten profitieren damit wirtschaftlich von der Katar-Krise. Auch hat die katarische Re-

gierung schnell Gegenmaßnahmen eingeleitet. So kompensierte es die ausgefallenen Milchlieferungen aus Saudi-Arabien mit dem raschen Import von 4.000 Milchkühen auf dem Luftweg (darunter 1.000 aus Deutschland), die in der Wüste in klimatisierten Ställen gehalten werden. Bis zum Frühjahr 2018 will man bei der Milchversorgung autark sein. Qatar Airways verlor einträgliche Verbindungen auf der arabischen Halbinsel und wurde zu neuen, teils kostspieligen Umwegsrouten gezwungen, die in vielen Fällen über den Iran führen.

Damit geschieht genau das, was die Viererallianz eigentlich verhindern will. Katar wird in Richtung Iran getrieben. Obwohl Saudi-Arabien gewarnt hatte, dass vertiefte Beziehungen zum Iran „noch mehr Ärger für Qatar bedeuten“<sup>8</sup> würden, entsandte Doha Ende August seinen 2015 aus Solidarität zu Saudi-Arabien zurückgezogenen Botschafter wieder nach Teheran. Auch der um Unabhängigkeit bemühte Oman intensivierte in letzter Zeit seine Kontakte zum Iran.

### **Die Isolierung Katars bewirkt möglicherweise dessen weitere Annäherung an den IRAN.**

Katar ist zwar angeschlagen, doch geht es davon aus, dem Sturm trotzen zu können. Erstens kann es auf den Rückhalt der US-Amerikaner bauen, die ihre riesigen Militärbasen halten wollen (auch wenn die VAE liebend gerne ein-

springen würden). Zweitens fürchten Dutzende westliche Staaten einen Abzug der katarischen Wirtschaftsbeteiligungen und setzen sich daher für eine Kompromisslösung ein. Drittens steht die Bevölkerung mit großem Patriotismus hinter ihrem Emir – in diesem Punkt hat sich die Viererkoalition offenkundig verkalkuliert. Viertens dürfte US-amerikanischer Druck dafür sorgen, dass die Viererallianz ihre Strafmaßnahmen nicht erweitert. So wurde schon bald verkündet, dass man Drittstaaten nicht zwingen würde, sich zwischen ihr und Katar zu entscheiden (und bei Nichterfüllung ebenfalls Boykott- und Embargomaßnahmen zu riskieren). Die Folgen eines solchen Schritts wären für alle Beteiligten unkalkulierbar. Ebenso wenig sind militärische Maßnahmen zu erwarten. Zwar könnten Saudi-Arabien und die VAE die Öl- und Gasexporte Katars nach Ostasien blockieren und das Land damit wirtschaftlich in die Knie zwingen, doch würden die USA eine solche Eskalation sicherlich nicht dulden.

Vermittlungsversuche des Emirs von Kuwait, von US-Außenminister Rex Tillerson und schließlich auch von US-Präsident Donald Trump zeigten keine Erfolge. Aus den 13 Forderungen wurden Mitte Juli angeblich 6 abgeschwächte „Prinzipien“, doch inzwischen spricht man wieder von den 13 Forderungen. US-Präsident Donald Trump brachte am 15. September ein Telefongespräch zwischen dem katarischen Emir Tamim bin Hamad und dem saudischen Kronprinzen Muhammad bin Salman zustande. Als Idee wurde anscheinend verfolgt, die Konfliktlösung zwei von beiden Seiten ernannten Gesandten zu übertragen. Doch endete die Annäherung im öffentlichen Streit über die protokollarische Frage, wer bei wem um

das Gespräch nachgesucht habe. Saudi-Arabien setzte daraufhin den Kontakt zur katarischen Regierung aus.

Der Katar-Konflikt wirkt sich zunehmend negativ auf die Golfregion aus. Sie kann nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, Hort von Stabilität und Entwicklung zu sein. Der Golf-Kooperationsrat, der einzige erfolgreiche Staatenzusammenschluss in der arabischen Welt, bekommt zunehmend Risse, und alle Mitgliedsstaaten werden von den negativen politischen und ökonomischen Folgen der Krise betroffen werden.

### Der Katar-Konflikt hat **NEGATIVE** Folgen für die Golfregion.

Wie im Fall des militärischen Eingreifens im Jemen erweist sich die saudisch / emiratische Politik als zu kurz-sichtig. Schnelle Ergebnisse kommen nicht zustande und die Region wird durch langdauernde neue Konflikte belastet. Von der fortschreitenden Spaltung der arabischen Welt profitieren nur die Türkei und der Iran. Auch lenkt die Katar-Krise von anderen Konflikten ab, die dringend einer Lösung bedürfen wie das Treiben der Terrororganisation „Islamischer Staat“, der desaströse Krieg in Syrien, die Spannungen im Irak, die Instabilität Ägyptens und der Zerfall Libyens. Der bekannte US-Sicherheitsanalyst Anthony H. Cordesman kommt in seiner Beurteilung der Katar-Krise zu einem vernichtenden Urteil: „Doch muss man feststellen, dass das Wort

„Arabisch“ zum Synonym für Uneinigkeit, Dysfunktionalität und Selbstzerstörung geworden ist. Obwohl immer wieder ehrgeizige ‚arabische‘ Pläne für neue Koalitionen verkündet werden, besteht die Realität aus gescheiterter innerer Führung und Entwicklung, sinnlosen Streitigkeiten zwischen arabischen Staaten sowie der Unfähigkeit zu kooperieren und zu koordinieren, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem gemeinsames Handeln bitter notwendig wäre.“<sup>9</sup> ///



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler und Leiter des Büros Forschung & Politikberatung in München.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Hermann, Rainer: Fake News in der Qatar-Krise, in: FAZ, 18.7.2017.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Zur Geschichte siehe Wohlfahrt, Eberhard: Die Arabische Halbinsel, Berlin / Frankfurt a. M. / Wien 1980, S. 373-420; Hermann, Rainer: Die Golfstaaten. Wohin geht das neue Arabien?, München 2011, S. 292-303.

<sup>4</sup> British Petroleum Company: BP Statistical Review of World Energy, London 2016, S. 20 f.

<sup>5</sup> Frantzman, Seth J.: „The worst in the region“: Leaked US cables reveal Qatar’s role in Mideast, in: The Jerusalem Post, 11.6.2017, <http://www.jpost.com/Middle-East/The-worst-in-the-region-Leaked-US-cables-reveal-Qatars-role-in-Mideast-496481>, Stand: 20.9.2017.

<sup>6</sup> Gartenstein-Ross, Daveed / Lischinhttp, Luke: Doha’s Dangerous Dalliance, in: The Journal of International Security Affairs, 8.2.2015, S. 37-46.

<sup>7</sup> Qatar will Sanktionen mit hohen Reserven überstehen, in: FAZ, 11.7.2017.

<sup>8</sup> Annäherung Katars an Iran, in: FAZ, 25.8.2017.

<sup>9</sup> Cordesman, Anthony H.: Bahrain, Egypt, Saudi Arabia, the UAE and Qatar: 100 Days of Pointless Arab Self-Destructiveness and Counting, Centre for Strategic & International Studies, Commentary, Washington D.C. 19.9.2017, [https:// csis.org/2wu0N0W](https://csis.org/2wu0N0W), Stand: 20.9.2017, Übersetzung Vf.

/// Deutsch-russische Beziehungen

## ZWISCHEN RUSSLAND-VERSTEHERN UND RUSSLAND-KRITIKERN

**MANFRED GROSS** /// Die deutsch-russischen Beziehungen haben schon bessere Zeiten erlebt. Die russische Annexion der Krim zog westliche Sanktionen und den Ausschluss aus den G-8 nach sich, Kontaktforen beschränkten sich auf das Nötigste, Vorwürfe des Westens, Russland habe versucht, den Westen zu spalten, zerstörten das Vertrauensverhältnis zu Moskau. Ein Augenschein auf die aktuelle Literatur zu den deutsch-russischen Beziehungen bringt Licht ins Dunkel.

Der Politikwissenschaftler Klaus von Beyme ist emeritierter Professor an der Universität Heidelberg und seit 2010 Ehrenprofessor der Lomonossow-Universität in Moskau. In seinem schmalen Band „Die Russland-Kontroverse“ analysiert er den ideologischen Konflikt zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern. Dieses Leitmotiv zieht sich durch die gesamte Arbeit. Russland-Versteher betonen die Fehler des Westens. Dazu zählt die mangelnde Berücksichtigung der historischen und psychologischen Grundlagen der russischen Machtpolitik, die Einkreisungsängste geweckt und sich in der NATO-Osterweiterung materialisiert hat. Russland-Kritiker hingegen personalisieren den Konflikt mit Wladimir Putin. Sie übersehen, dass Putin bis 2003 relativ moderat auftrat und der Westen und Russland aufeinander angewiesen sind.

Trotzdem, so von Beyme, riskiere Russland durch die „kostspielige Annexion der Krim“ die imperiale Überdehnung (S. 115).

Von Beyme analysiert in seinem Werk den **IDEOLOGISCHEN Konflikt zwischen Russland-Kritikern und -Verstehern.**

Nur selten wirkt sein Schema hölzern, etwa wenn er Jörg Baberowski als Russland-Versteher und Karl Schlögel als Russlandkritiker beschreibt (S. 12 f.). Mag eine solche Etikettierung noch auf

Gabriele Krone-Schmalz zutreffen, wirkt sie bei intellektuell-differenzierenden Forschern wie Baberowski und Schlögel etwas simplifizierend. Doch dies tut dem Gesamtwerk keinen Abbruch, eine Systematisierung oder Theoretisierung bringt zwangsweise Simplifizierungen mit sich. Solange sie nicht trivial werden – und das tun sie bei von Beyme nicht, – darf man sie in dem nicht vor Provokation schäumenden Werk als Herausforderung deuten. Wenn überhaupt, kann man von Beyme vorhalten, paradoxerweise zu ausgeglichen und konziliant zu sein. Gewiss, in der Kakophonie alarmistischer Schnellschüsse gegenüber Russland ist seine Studie per se wertvoll. Vielleicht will von Beyme auch einfach die Enttäuschungen, die Putins Russland ihm aktuell aufbürdet, nicht wahrhaben. Vielleicht will er sich auch nicht eingestehen, dass Russlands Weg der letzten Jahre für Russlandforscher wie ihn die größte politische und wissenschaftliche Niederlage seines Lebens

Kommunikationsberater in Berlin tätig und promoviert zum Thema Stereotype in der Auslandsberichterstattung an der Universität Erfurt. Ergänzend zu von Beymes politikwissenschaftlichem Essay legt Schmidt eine dicht geschriebene Studie zum Russlandbild deutscher Leitmedien vor. Die Arbeit wird von Niklas Luhmanns Frage geleitet, wie Massenmedien Realität konstruieren. Konkret auf den Ukraine Konflikt appliziert wird damit der Frage nachgegangen, wie objektiv die deutsche Presse berichtet und welches Bild von der Wirklichkeit in der Öffentlichkeit erzeugt werden soll.

Schmidts Studie untersucht das **Russlandbild DEUTSCHER Leitmedien.**

Von Beyme, Klaus:  
Die Russland-Kontroverse.  
Wiesbaden: Springer VS 2016,  
136 Seiten, € 19,99.



sein muss – so wie es Karl Schlögel vor einem Jahr in der Welt konzidierte. Trotzdem: Seine ausgleichende Analyse, die historische Konzeptionen bei der Interpretation der Fakten berücksichtigt, verdient eine Empfehlung.

Danny Schmidt ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter und freiberuflicher

Theoretisch betrachtet Schmidt den Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft und die Wirklichkeitskonstruktion in den Massenmedien. Aus Überlegungen zu konkreten Darstellungsprozessen in den Medien operationalisiert er den Diskursbegriff. Dabei geht es „um die Art und Weise der Vermittlung von Wirklichkeit im massenmedialen Kontext anhand von Diskursen“ (S. 11). Im empirischen Teil der Arbeit wendet Schmidt die kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger an.

Die Interpretation der Diskursstränge der drei Leitmedien stellt sich wie folgt dar. Die Berichterstattung der FAZ komme zu dem Schluss, dass jemand, der nicht für Angela Merkel und eine pragmatische Politik sei, für Putin sein

müsse – „ein Mensch, der die Welt aus einer Mischung aus Großmachtphantasie und Einkreisungsängsten heraus an den Rand des Abgrunds getrieben hat“ (S. 139). Die SZ hingegen leiste einen großen Beitrag dazu, dass ein Feindbild wie der Russe, welches seit 1989 aus dem öffentlichen Diskurs in Deutschland nahezu verschwunden war, ein vitales Comeback feiere. Die Berichterstattung reflektiere die eigene Position nicht, sondern stelle vielmehr Protagonisten, die einen Perspektivwechsel forderten, narrativ bloß (S. 142). Die „einseitige“ Berichterstattung des Spiegels sei kaum wertfrei und informativ und trage stark dazu bei, sowohl Russland als auch Putin als Feindbild zu etablieren. Es werde eine Wirklichkeit konstruiert, die „im westlichen Wertekanon verankert ist und Stereotypen und Ressentiments belebt und aktiviert“ (S. 143).

Insgesamt kommt Schmidt so zu dem Schluss, dass „die Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt und die Beschreibung Russlands und Putins eine an Symbolik und Deutungsmustern höchst aufgeladene Konstruktion bzw. Rekonstruktion von Wirklichkeit ist, welche sehr stark einseitig und tendenziös ist“ (S. 145). Schmidts Forschungsdesign ist schlüssig, sein Befund plausibel. Eine bemerkenswerte Studie, die gleichwohl eine Antwort nach den Fakten hinter der



Schmidt, Danny:  
Das Bild Russlands in den  
deutschen Leitmedien.  
Berlin: Frank & Timme 2016,  
172 Seiten, € 24,80.

konstruierten Wirklichkeit schuldig bleibt.

Hannes Adomeit, zurzeit Non-resident Fellow am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, war Professor an der Fletcher School of Law and Diplomacy an der Tufts University und am College of Europe in Warschau. Er gilt zu Recht als einer der profiliertesten Kenner Russlands und legte 2016 die zweite Auflage seines Standardwerks „Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev“ vor. Es ist die Referenzstudie zu den

**Adomeits ZENTRALE Hypothese ist, dass die Sowjetunion sich mit dem Versuch, ihr Imperium mit „harter Macht“ abzusichern, überfordert habe.**

deutsch-russischen Beziehungen im Kalten Krieg und lebt von den Archivrecherchen Adomeits ebenso wie von seinen Primärdaten aus Memoiren und Interviews. Mit diesem beeindruckenden Fundus an Material verifiziert Adomeit seine zentrale Hypothese, die Sowjetunion habe sich mit dem Versuch überfordert, ihr Imperium mit „harter Macht“ abzusichern.

Adomeit belegt dies akribisch von der Teilung Deutschlands unter Stalin bis zur Wiedervereinigung unter Gorbatschow. Bedeutende Änderungen zur Erstauflage bleiben aus. Zwei Aktualisierungen sind allerdings bemerkenswert: Erstens widerlegt Adomeit das immer wieder vom Kreml vorgebrachte Narra-

Adomeit, Hannes:  
Imperial Overstretch: German  
in Soviet Policy from Stalin  
to Gorbachev. Baden-Baden:  
Nomos-Verlag, 2. Aufl., 2016,  
756 Seiten, € 139,00.



tiv, der Westen hätte der Sowjetunion garantiert, die NATO nach der Aufnahme Deutschlands nicht ostwärts zu erweitern. Zweitens befürchtet Adomeit, dass unter Putin das „Imperial Overstretch“-Syndrom seiner sowjetischen Vorgänger wiederkehre.

Der Journalist Boris Reitschuster leitete von 1999 bis 2015 das Focus-Büro in Moskau. Seither wirkt er als Publizist in Berlin. Er gilt als leidenschaftlicher Kenner Russlands und einer der schärfsten Kritiker Putins. In seinem letzten Buch hat er den Begriff „Demokratatur“ für Russland geprägt, wurde aufgrund der von ihm gegebenen Hinweise einer Verbindung der Putin-Regierung mit der Mafia festgenommen und musste schließlich Russland verlassen. Auch in „Putins verdeckter Krieg“ nimmt er kein Blatt vor den Mund und geht mit dem Putinschen Russland scharf ins Gericht – so scharf, dass er selbst um sein Leben fürchtet (S. 304). In der Tat haben es sei-

**Reithofer kritisiert das Russland unter Putin aufs SCHÄRFSTE.**

ne Thesen in sich. Sein Buch ist ein politisches Statement – ein Statement für die demokratischen Errungenschaften des Westens und gegen, so seine Aussage, Moskaus Versuche, diese zu destabilisieren. In Putin sieht er einen gefährlichen Mann, der in bester KGB-Manier die Regierung übernommen habe. Für viele seiner Argumente präsentiert er das treffende Zitat, so auch hier: Die „abkommandierten“ Agenten hätten ihre Aufgabe der Machtübernahme erfüllt (S. 15).

Nicht alle, aber viele seiner Zitate sind mindestens mit einer Quelle belegt, doch stellt sich auch hier das grundlegende sozialwissenschaftliche Problem des Kontexts eines Zitats. Hat Putin die Aussage von den abkommandierten Agenten wirklich so gemeint, wie Reitschuster sie interpretiert, oder hatte er andere Motive? Womöglich wollte er seinen Zuhörern imponieren, genauso wie bei seinem späten Eingeständnis, dass russische Soldaten von Beginn an auf der Krim im Einsatz waren. Wie dem auch sei, hier wird deutlich, dass Reitschuster seine Thesen leidenschaftlich und mit Verve vorträgt. Er vermutet, dass Putin den russischen Machtbereich bis an den Atlantik ausdehnen will, konzidiert aber, dass er nicht von einer bestimmten Ideologie sondern aus reinem Machterhalt getrieben ist. Im Einklang mit gängigen Forschungsergebnissen stellt er fest, dass Putin in seinen Anfangsjahren relativ moderat auftrat, sich aber dann im Laufe der Jahre für militärische und ideologische Aufrüstung entschied, um den von hohen Preisen für Öl und Gas gesättigten Staatshaushalt zu unterfüttern.

Putin, so meint Reitschuster, träumt den Traum von einer Großmacht Russland. Dass Putin den Zerfall der Sowjetunion mehrfach bedauerte und als größ-

te Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnete, ist hinlänglich bekannt. Was Reitschuster aber umtreibt, ist Moskaus ausgeklügelte Propaganda- und Desinformationspolitik gegenüber dem Westen und Deutschland. Russland unterwände die deutsche Gesellschaft und mache sich dabei insbesondere die russischsprachigen Deutschen zu Nutze. Zwar sei Putin ein schlechter Strategie, dafür aber ein umso talentierterer Taktiker. Lügen, Intrigen und Einschüchterung gehörten zu seinem Geschäft.

Ernüchternd findet Reitschuster, dass der Westen und seine politische Elite dieses Spiel nicht durchschauten. Trotz nachgewiesener Beeinflussungsversuche verschließe Berlin die Augen vor der Realität. So hat Frank-Walter Steinmeier bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2016 noch gesagt: „Der Kalte Krieg ist nicht da“ (S. 31). Die Berliner Russland-Lobby erledige den Rest und selbst Spiegel, Zeit und Stern hätten im Gegensatz zu FAZ und SZ russische Propaganda leichtfertig übernommen (S. 108 f.). Dabei müsse doch bekannt sein, dass der russische Generalstabschef Valeri Gerassimow bereits 2013 nicht-militärischen Mitteln zur Durchsetzung politischer und strategischer Ziele Priorität eingeräumt habe. „Kriegsmaßnahmen mit verdecktem Charakter“, so Gerassi-

now, und der „Informationskampf“ sowie „Spezialoperationen“ gewönne zukünftig an Wichtigkeit. Ein Jahr später hätten „grüne Männchen“ die Krim erobert und staatliche Propagandamedien im Westen die russische Sicht der Dinge verbreitet.

Reitschuster schließt sein Plädoyer für Demokratie und gegen die Einflussnahme und den Zerstörungswillen Putins mit einer Kritik an der Medienkonformität und „Spaßgesellschaft“ in Deutschland. Zu leichtfertig lasse man sich von Russland manipulieren und die Medien würden ihrer Kontrollfunktion nicht gerecht.

Reitschusters düster gezeichnetes Bild der deutsch-russischen Beziehungen bestärkt Markus Wehner. Er ist Journalist bei der FAZ. Von 1999 bis 2004 war der promovierte Russlandexperte Korrespondent in Moskau. Mit seinem Titel „Putins Kalter Krieg“ zitiert er Dimitri Medwedew, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2016 von einem neuen Kalten Krieg gesprochen hatte. Wehner verfolgt dieselbe Stoßrichtung wie Reitschuster. Das zentrale Argument, Russland habe einen neuen Kalten Krieg vom Zaun gebrochen und treibe den Westen militärisch und propagandistisch vor sich her, ist vergleichbar mit Reitschusters. Auch er hat sauber recherchiert und kann seine Grundgedanken gut belegen. Auch er kritisiert die Blauäugigkeit des Westens ob der russischen Aggressionspolitik und konstatiert, dass Putins übergreifendes Ziel die Zersetzung der EU ist. Beide Monographien ergänzen sich und können gewinnbringend zusammen gelesen werden. Besonders lesenswert sind seine Ausführungen zur russischen Ideologie, bei der er auf Russlandkenner wie Karl Schlögel, Ulrich M. Schmid und Felix Philipp Ingold

Bezug nimmt. Ebenso wie Reitschuster geißelt Wehner die Beeinflussungsversuche Russlands in Europa, mit denen Putin immer wieder seine Gegenspieler „austrickt“ (S. 10). Damit sei er außerordentlich erfolgreich.

### Wehner prangert die russische Aggressionspolitik und die **BLAU-ÄUGIGKEIT** des Westens an.

Mit den „Mythen der Russland-Versteher“ geht Wehner hart ins Gericht. Zwar sehe die Mehrheit der Deutschen mittlerweile Putins Politik kritisch, eine „nicht gerade kleine Minderheit der Bevölkerung und der politischen Elite [ist allerdings] der Meinung, dass der Westen Moskau zu seiner heutigen Politik gedrängt habe“ (S. 130). So forderte der SPD-Politiker Matthias Platzeck noch im Jahr 2014, die Annexion der Krim „nachträglich völkerrechtlich [zu regeln]“ (S. 137). Dennoch habe Putin den Zusammenhalt des Westens und die Standhaftigkeit Merkels unterschätzt. Die Hoffnungen, die der Westen in eine westorientierte Zukunft Russlands gesetzt hatte, wurden jedenfalls enttäuscht. Dies erfordere, so Wehner, eine „völlige [...] Neubewertung“ der Russlandpolitik des Westens (S. 175). Wehner gibt daher praktikable Handlungsempfehlungen: Da die Modernisierungspartnerschaft gescheitert sei, müsse zukünftig Sicherheit und Stabilität in der internationalen Politik ohne Russland gesucht werden. Zudem müsse Pu-

tin klargemacht werden, dass seine Versuche, den Westen zu spalten, nicht von Erfolg gekrönt sein werden. Im Notfall, so Wehner, müssten NATO und EU bereit sein, Europa militärisch gegenüber Russland zu schützen. Dazu müsse Europa entschieden gegen Russlands Propaganda vorgehen. Die Annexion der Krim dürfe nicht akzeptiert werden, zugleich dürfe man Russland nicht vollständig isolieren. Unter diesen Bedingungen müsse der Westen Russland helfen, sein postimperiales Trauma zu überwinden und „erwachsen zu werden“ (S. 185).



Wehner, Markus: Putins Kalter Krieg. München: Knaur-Verlag 2016, 192 Seiten, € 12,99.

Wehners Diagnose, die westliche Russlandpolitik müsse einer Neubewertung unterzogen werden, teilt auch Stefan Bollinger, ein in Berlin lebender Politikwissenschaftler und Historiker. Er lehrte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und ist Mitglied der Leibniz-Sozietät sowie der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linken. Darüber hinaus bewertet er die deutsch-russischen Beziehungen diametral anders als Wehner und Reitschuster. In seiner Darstellung „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ diagnostiziert er eine „Hysterie“ des Westens gegenüber Russland und versucht, ihre Ursachen zu klären.



Reitschuster, Boris: Putins verdeckter Krieg. Berlin: Econ-Verlag 2016, 336 Seiten, € 19,99.

### **Bollinger fordert eine NEUBEWERTUNG der westlichen Russlandpolitik.**

Der Krieg in der Ukraine und die Krim-Annexion grämen ihn nicht, dafür diagnostiziert er eine tief im deutschen Bewusstsein verwurzelte Russophobie. Dabei untersucht er schwerpunktmäßig die Zeit der beiden Weltkriege. Die Sowjetunion sieht er als die entscheidende Befreierin Hitler-Deutschlands und kann daher nicht verstehen, warum dem Putinschen Russland nun Kritik entgegenschlägt. Als überzeugter Sozialist stellt er Faschismus und Kapitalismus zusammen mit NATO, USA und EU in irritierender Art Demokratie und Sozialismus gegenüber. Er selbst hingegen sieht in der Kritik konkreter russischer Außenpolitik eine irrationale Aversion des von „aggressive[r] Politik des US-geführten Westens“ gegen ein „sich wehrendes Russland“ (S. 171). Einen Fingerzeig gibt Bollinger damit auch für das Renegatentum der außenpolitischen Regierungsfähigkeit der Partei Die Linke. Mit solch kruden Überlegungen ist kein Staat zu machen.



Bollinger, Stefan: **Meinst du, die Russen wollen Krieg?**  
Berlin: verlag am park 2016,  
191 Seiten, € 14,99.

Der Journalist Hannes Hofbauer untersucht in „Feindbild Russland“ die „Geschichte der Dämonisierung“ Russlands. 2014 machte er mit seinem Buch „Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter“ von sich reden. Im vorliegenden „Feindbild Russland“ sieht er bei den westlichen Medien Distanz, Abscheu und Hass gegenüber Russland. Stereotypen eines asiatischen, ungläubigen, schmutzigen und kriecherischen Russlands hätten sich seit Jahrhunderten verfestigt und würden nun im aktuellen Konflikt mit Russland aktiviert. Putin hingegen sei ein Politiker, der innenpolitisch auf Konsolidierung und außenpolitisch auf Selbständigkeit setze. Tendenziöse Wertungen ziehen sich durch das gesamte Buch. So betitelt er die Ära Boris Jelzins, die von vielfältiger Unterstützung seitens des Westens geprägt war, mit „Auf die Knie!“. Russland sieht er

### **Hofbauer sieht eine westliche DÄMONISIERUNG Russlands.**

von der NATO- und EU-Erweiterung ins Abseits gedrängt, den Sturz von Janukowitsch und die Unruhen auf dem Maidan glaubt er vom Westen finanziert, den Krieg in den ostukrainischen Separatistengebieten bewertet er als legitime Verteidigung gegen ukrainischen Nationalismus, die Annexion der Krim als legitime Sezession.

Tatsächlich steht eine so verblendete Argumentation auf einem schwachen

Hofbauer, Hannes: **Feindbild Russland.** Wien: Promedia-Verlag, 3. Aufl., 2016, 304 Seiten, € 19,90.



empirischen Fundament. Es steht außer Frage, dass bei einer ex post-Betrachtung der Westen im Umgang mit der implodierten Sowjetunion Fehler gemacht hat. Statt einer zynischen Replik auf westliche Modernisierungsversuche, wie sie Hofbauer vorlegt, hätte man sich konstruktive Kritik gewünscht. Insgesamt ist das Buch eine Enttäuschung – auch, weil die ersten Seiten moderat verfasst sind und auf seriöser Literatur (Hans-Heinrich Nolte, Andreas Kappeler, Gerd Koenen) basieren. Hier hätte man mehr erwartet. ///



/// **MANFRED GROSS M.A.**

ist Referent der Vizepräsidentin an der Hochschule für angewandtes Management (HAM) in Ismaning, an welcher er auch die Stabsstelle Qualitätsmanagement inne hat.



Lohlker, Rüdiger: *Die Salafisten. Der Aufstand der Frommen, Saudi Arabien und der Islam.* München: C.H. Beck 2017, 205 Seiten, € 14,95.

### /// Radikaler Islam

## SALAFISMUS UND CO ...

Salafismus ist in Deutschland eine Jugendbewegung, die selbst nach dem militärischen Zusammenbruch des so genannten „Islamischen Staates“ einen ansteigenden Zulauf aus den Reihen junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verzeichnet. Das ist gleichermaßen beunruhigend wie erklärungsbedürftig. Beim Versuch, die heimischen Verhältnisse zu verstehen, gerät allerdings häufig aus dem Blick, dass es sich um ein globales Phänomen handelt, welches keineswegs allein auf sozio-ökonomische Schief lagen oder Diskriminierungserfahrungen von Muslimen im Westen zurückgeführt werden

kann. Der Wiener Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker hat jetzt eine Monographie herausgegeben, die diesem größeren Rahmen Rechnung trägt und Hintergründe beleuchtet, die für eine Fundierung der gegenwärtigen Debatte zwingend notwendig sind.

Er beginnt mit der Ideengeschichte des Islam und spürt die Grundlagen des Salafismus bis in die Schriften von Theologen wie Ibn Tamiya oder seinem Schüler Ibn Qayyim al-Dschauziya auf, die im 13. bzw. 14. Jahrhundert wirkten. Die beiden Gelehrten formulierten eine puristische Glaubensüberzeugung, die auf einer wortwörtlichen Auslegung des Ko-

rans und der prophetischen Überlieferungen basiert und Abweichler vom vermeintlich wahren Weg sowie Andersgläubige scharf verurteilt. In den Reformbewegungen des 17. Jahrhunderts, in denen fromme Eiferer gegen Vertreter des etablierten Islam dabei besonders gegen den Sufismus Front machten, seien die Schriften dieser Denker begeistert rezipiert worden. Von einer Einheit der Bewegungen, die über den arabischen Raum hinausging und auch andere islamisch geprägte Regionen der Welt erfasste, könne dennoch keine Rede sein. Stattdessen hätten Kontroversen über die richtigen Auslegungen heiliger Texte und deren normative Implikationen sowie lokale Besonderheiten den Diskurs geprägt.

Mehrere Strömungen des radikalen Islam entwickelten sich. Neben dem Salafismus handelte es sich um den in Saudi Arabien entstandenen Wahhabismus und den politischen Islam der Muslimbruderschaft, der in Ägypten beheimatet war. Lohlker zeigt die mannigfaltigen Differenzen, aber auch die vielen Überschneidungen und Verschmelzungen zwischen diesen Richtungen sachkundig auf, ohne sich in islamwissenschaftlichen Verästelungen zu verlieren. Er verdeutlicht, dass der Salafismus zwar durchaus kulturspezifische Ausprägungen hervorgebracht habe, von Anbeginn aber eine grenzüberschreitende Bewegung oder sogar eine salafistische Internationale gewesen sei und das sei noch immer der Fall. Ideologisch und finanziell durch mächtige Organisationen wie die Islamische Weltliga unterstützt, breite sich diese Form des islamischen Extremismus momentan selbst in Regionen aus, in denen die Bevölkerung einem traditionellen sufistischen Islam anhängt oder in denen Muslime nur eine kleine

Minderheit stellen. Letzteres träfe nicht nur auf Europa oder die USA zu, sondern auch auf ein Land wie Kambodscha, das gemeinhin mit dem Theravada-Buddhismus in Verbindung gebracht wird.

Ein besonderes Gewicht des Buches liegt auf Saudi Arabien, dem Staat, für den der radikale Islam bereits bei seiner Gründung konstitutiv war. Dort sei es in der Mitte des 20. Jahrhunderts zu ersten Fusionen zwischen Salafismus, Wahhabismus und Dschihadismus und zu einer Bürokratisierung des Islam gekommen. Die enge Verflechtung zwischen Politik, Wirtschaft und Religion, so Lohlker, habe einen „religiös-industriellen Komplex“ (S. 46) hervorgebracht, eine saudische Melange aus moderner Ökonomie, Konsumkultur, Monarchie und Wahhabismus, die schließlich selbst in die Kritik von Fundamentalisten geraten sei. Eine politisch-religiöse Opposition habe die Dekadenz der Elite kritisiert, die Rückkehr zu den Grundlagen des Islam gefordert und sei bereit gewesen, für ihre Ziele Gewalt einzusetzen. 1979 wurde die Große Moschee in Mekka besetzt und eine weitere Epoche des radikalen Islam zeichnete sich ab. Vertreter des Salafismus, des Wahhabismus und der Muslimbruderschaft seien näher zusammengedrückt und hätten mit dem Dschihadismus ein neues Handlungskonzept entwickelt, dessen Folgen wir auch in Deutschland spüren.

Liest man Lohlker, dann wird klar, dass die von Politikern und Vertretern islamischer Verbände gern geäußerte Bekundung, Salafismus und Dschihadismus hätten nichts mit dem Islam zu tun, vollkommen haltlos ist. Andererseits, hält er Islamkritikern entgegen, stünden die radikalen Spielarten nicht für „den“ Islam, seien also nicht authentischer als andere. Salafismus, so der Autor bereits

in seiner Einleitung, „ist ein möglicher Weg unter vielen“ (S. 11). Ein Weg, der dennoch sehr populär sei und durch die neuen Medien eine schnelle Verbreitung finde. Trotz dieses wahrhaft bedrückenden Fazits gäbe es Hoffnung, meint Lohler am Ende seines Buches. Es mehrten sich nämlich Gegenstimmen aus der muslimischen Welt, die dem Missbrauch ihrer Religion den Kampf ansagten. Die größte Hoffnung sieht der Verfasser in den muslimischen Massenorganisationen Indonesiens, der immerhin bevölkerungsreichsten muslimisch geprägten Nation der Erde. Von dort gehe zurzeit eine theologisch fundierte Gegenbewegung aus, die der Salafisierung der eigenen Gesellschaft die Stirn biete und bereits auf internationalem Parkett präsent sei.

Das Buch „Salafismus“ ist für eine breite Leserschaft geschrieben und stellt komplexe Sachverhalte verständlich und nachvollziehbar dar, ohne inhaltliche Abstriche zu machen. Es besitzt eine klare Struktur mit überzeugenden thematischen Zuordnungen, ist in einer angenehm schnörkellosen Sprache verfasst und bietet solides Grundlagenwissen. Daher ist es sowohl als Lektüre für Experten und interessierte Laien als auch als Lehr- und Unterrichtsmaterial für Universitäten und höhere Schulklassen geeignet.

PROF. DR. SUSANNE SCHRÖTER,  
UNIVERSITÄT FRANKFURT

Cumart, Nevfel / Waas, Ulrich:  
Orient und Okzident – die andere Geschichte. Das Fremde als kulturelle Bereicherung.  
Freiburg i. Br.: Herder Verlag  
2017, 240 Seiten, € 25,00.



Der in Deutschland geborene Sohn türkischer Einwanderer und bei Bamberg wohnhafte Schriftsteller Nevfel Cumart und der historisch interessierte Kernphysiker Ulrich Waas veröffentlichten für die Schriftenreihe der Georges-Anawati-Stiftung ein grundlegendes historisches und kulturvergleichendes Werk über die Entwicklungen, Auseinandersetzungen und Befruchtungen zwischen Ost und West, Orient und Okzident, Morgenland und Abendland. Solide geschichtliche und politisch-religiöse Informationen ersetzen die verbreiteten Klischees im Umgang mit dem Thema. Ein pauschaler „Kampf der Kulturen“ (Samuel Huntington, 1996) wird argumentativ mit dem Hinweis auf einen sowohl in der islamischen als auch der westlichen Welt verbreiteten „Kampf der gewaltbereiten Extremisten gegen diejenigen, die Vernunft und Menschenrechte propagieren“ (S. 122), widerlegt.

Die Autoren holen weit aus mit der Beschreibung der Frühgeschichte des Kulturtransfers von Vorderasien nach Europa. Anatolien liegt dabei mitten im „fruchtbaren Halbmond“ des Nahen Ostens. Aus dieser Entwicklung entstand auch der Islam als wissenschaftliche und religiöse Hochkultur, die lange dem Westen überlegen war. Dieses bis Spanien reichende arabische „Goldene

Zeitalter des Islam“ begründete im Hochmittelalter einen Vorsprung vor der westlich-lateinischen Kultur. Nach dem Verlust der kulturellen Zentren in Cordoba im Westen 1236 durch die Eroberung König Ferdinands III. und in Bagdad im Osten 1258 nach der Zerstörung durch die Mongolen setzte eine Stagnation ein. Hauptsächlich sunnitische Fundamentalisten bekamen die Überhand und beendeten mit der Verfolgung Andersdenkender wie etwa den Mystikern des Sufismus die Phase der Toleranz. Der kolonialistische Imperialismus des Westens trug zu einem weiteren Niedergang und zur Verhärtung zusätzlich bei (S. 100 ff.). Eine unglückliche Rolle spielte Ende des 19. Jahrhunderts auch der Franzose Ernest Renan mit seiner radikalen Kritik des islamischen Monotheismus (S. 115). Es waren dadurch westeuropäische Gelehrte, die durch ihre Zuschreibungen den Islam „islamisierten“ und zum „absoluten Gegenbild des Westens stilisierten“ (ebd. mit Hinweis auf Birgit Schäßler, 2016). Auch heute besteht die Gefahr, dass radikale Islamkritiker manchmal „die Position der gewaltbereiten Fundamentalisten gegenüber den Reformern in der Koraninterpretation bestätigen“ (S. 117).

Mit Navid Kermani und Mouhanad Khorchide wird sodann ein „Blick auf Koran und Mohammed“ (S. 134 ff.) geworfen. Die Methode der „Abrogation“ hilft, verschiedene Schichten der Koranentwicklung auseinanderzuhalten und fundamentalistische Auslegungen etwa in Fragen der Gewaltanwendung oder des Umgangs mit Blasphemie („Charlie Hebdo“) abzuwehren. Ein „weltoffener Islam“ (S. 151) wird in der auf Verstand und Vernunft setzenden geistlichen Strömung der „Mu'tazila“ gesehen, die gegen Fundamentalisten die These

von der Erschaffenheit des Korans vertritt und heute im ägyptischen Koranwissenschaftler Abu Zaid einen Protagonisten hat (S. 156). Der Koran und Mohammed, auf dessen friedfertige „Abschiedspredigt“ verwiesen wird (S. 160), gelten nicht wie manchen Islamkritikern als Folie für eine „leyenda negra“ des Islam, sondern enthalten Ansätze zu einem globalen Humanismus, wie ihn auch der im Koran als Prophet positiv gewürdigte Jesus von Nazareth vertrat (S. 161).

Unter der Überschrift „Wir und die Anderen“ (S. 164) werden bis heute verbreitete und manchmal noch verschärfte Klischees im Gespräch zwischen Morgenland und Abendland behandelt. Es gibt weder „den“ Islam, noch „das“ Christentum. Die Geschichte der gegenseitigen Verwerfungen und gewalttätigen Ungerechtigkeiten ist leider beidseitig. „Heilige Kriege“ (S. 169) gingen von beiden Religionen in ihren Missionsversuchen aus, nicht nur bei islamisch-arabischen Eroberungen der Anfangszeit oder bei den abendländischen Kreuzzügen. Mit dem Orientalisten Bernhard Lewis wird auch differenziert die Stellung des Islam zur Demokratie und zu den Rechten der Frau dargestellt. Mann und Frau werden im Koran öfter als gleichwertig angesprochen, es gibt weder eine Kopftuch- noch eine Vollverschleierungsfestlegung. Beschneidung ist kein Thema und Scheidung ein Recht auch der Frau. Ehrenmorde finden im Koran keinerlei Rechtfertigung (S. 195). Ebenfalls erwähnen die Autoren dann morgenländische Klischees, die alle Schuld an Ungerechtigkeiten dem Westen zuschreiben. Alles entscheidet sich daran, dass das Fremde und Ungewohnte nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung erfahren werden kann. Dafür

müssen Feindbilder und Vorurteile überwunden werden (S. 202). So kann dann auch das heute drängende Problem des „salafistischen“ Terrorismus differenziert und nicht pauschal angegangen werden. Dazu geben die Autoren konkrete Handlungsanweisungen (S. 208 f.).

Zu einem „fruchtbaren Dialog“ (S. 211) führt die Vermeidung der Irreführung durch pauschal verwandte Begriffe wie „Islamist“ oder „Islamophobie“. Förderlich ist ein „Zuhören mit Vernunft“ (S. 214), wie es auch nach der zunächst missverstandenen Regensburger Rede Papst Benedikts XVI. der Fall war, und ein Respekt vor dem Anderen. Juden und Christen behalten als Angehörige einer Buchreligion im Islam ein Schutzrecht (auch wenn das Christentum aufgrund der Inkarnation keine eigentliche Buchreligion mehr ist). In „Schlussgedanken“ (S. 223) verweisen die Autoren auf den versöhnlichen Besuch des heiligen Franziskus von Assisi 1219 während des Fünften Kreuzzuges bei Sultan al-Malik al-Kamil im Nildelta. Beeindruckt vom Muezzinruf regte Franziskus in einem Brief die christlichen Herrscher an, jeden Abend zum Gebet läuten zu lassen, worin das Angelusläuten seinen Ursprung hat (S. 228).

Wie belebend der jahrhundertelange Kulturaustausch von Orient und Okzident in einer „anderen Geschichte“ sein kann, beschreiben die Autoren in einer Zusammenfassung so: „Zieht man eine redliche Bilanz zu den wechselseitigen kulturellen Einflüssen im Laufe der letzten zwei Jahrtausende, muss man feststellen: Ohne das Morgenland fehlte dem Abendland sehr viel – und umgekehrt. In diesem Sinne gehört auch der Islam zu Europa und das Christentum zum Orient – und das Judentum zu beidem“ (S. 119 f.).

Das lehrreiche und sachliche Buch, das Semiya Şimşek, Tochter eines NSU-Mordopfers, gewidmet ist, kann Versöhnung, Verstehen und gegenseitige Bereicherung vermitteln. „Man entwickelt erst dann ein tieferes Verständnis für die eigene Kultur, wenn man gelernt hat, sie auch von außen, mit den Augen eines Fremden zu sehen“ (S. 121).

DR. STEFAN HARTMANN,  
BAMBERG

Bayerische Landesausstellung  
2017 in Coburg: „Ritter, Bauern,  
Lutheraner“, Ausstellungskatalog,  
hrsg. von Peter Wolf, Eva-  
maria Brockhoff, Fabian Fiederer  
u. a., Darmstadt: Theiss-Verlag  
2017, 392 Seiten, € 29,95.



Der rhythmisierende Titel dieser Ausstellung deutet bereits an, worin eines ihrer Verdienste liegt: das Reformationszeitalter nicht nur von religiösen Gesichtspunkten aus zu beschreiben, obwohl auch die sich umwälzend ausgewirkt haben, sondern es in den kulturell-politischen Zusammenhang der damaligen Epoche einzufügen. Denn die reformatorische Bewegung hätte wohl nicht ihre einmalige Durchschlagskraft gewonnen, wenn sie nicht auch von anderen Zeitumständen begünstigt worden wäre.

Die Thematik der „Ritter“ kulminiert in zwei Dramen: dem missglückten Aufstand des Franz von Sickingen (1523)

gegen die sein bescheidenes Territorium umgebenden Fürsten, die dem freien Rittertum geradezu die Luft zum Atmen nahmen, sowie in den „Grumbachschen Händeln“, die sich ab den 1550er-Jahren bis 1567 hinzogen. Sickingen hatte sich anregen lassen durch Luthers programmatische Schrift „Vom christlichen Adel Deutscher Nation“ (1520), in der den Fürsten des Reiches nahegelegt wurde, das Ihre zur Reinigung des Glaubens zu tun. Die Bauern waren, in ihren bewussteren Elementen, dem Aufruf Luthers gefolgt, das Evangelium „ohne menschlichen Zusatz“ ernst zu nehmen, und hatten daraus entnommen, dass die aktuellen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse sie ungerecht bedrückten. Eine solche politische Nutzenanwendung der Bibel-Lektüre war aber keinesfalls nach Luthers Sinn; dieser trennte vielmehr den geistlichen strikt vom weltlichen Bereich („Zwei-Reiche-Lehre“) und verdammt daher den bäuerlichen Aufstand scharf.

Die Ausstellung visualisiert das Leben der Bauern eindrucksvoll, allerdings eher das Alltagsleben, und schiebt, weil es wohl nicht anders geht, die großen politischen und geistigen Zusammenhänge auch zu anderer Thematik in ihre umfangreichen erläuternden Texttafeln. Es ist eher eine Lese- als eine visuelle Ausstellung. Das erspart einiges an visuellen Spielchen, die in anderen Ausstellungen um die Gunst des weniger informierten Publikums werben, führt aber zu der Erkenntnis, dass man eigentlich nicht nach Coburg fahren muss, sondern mit der Lektüre des durchaus anspruchsvollen Katalogs schon hinreichend bedient ist.

Der Aufsatzteil wird eingerahmt durch zwei Beiträge von Anselm Schubert und Thomas Laubach, die in tief-schürfender Weise das sich angesichts des diesjährigen Jubiläums besonders

aufdrängende Thema behandeln, inwiefern Emanzipation und Freiheit, diese politisch-geistigen Ansprüche, die die Moderne wesentlich bestimmt haben, auch in der reformatorischen Bewegung ihre Wurzeln haben. Denn die evangelische Kirche versteht sich explizit als eine „Kirche der Freiheit“, und dem Stellenwert von „Freiheit“ wird im Schlussbeitrag bis ins 21. Jahrhundert nachgegangen.

Bei anderen Beiträgen weiß man nicht recht, ob sie im Kontext der Ausstellungsthematik notwendig gewesen wären, so „Die Oberpfalz zwischen Glauben und Landesherrn“, denn dort besteht der Schwerpunkt in den Versuchen der lutherisch gewordenen Landstände, den vom calvinistischen Landesherrn in Heidelberg betriebenen Glaubenswandel abzuwehren. Das ist allerdings sehr gut dargestellt, auch in seinen rechtsgeschichtlichen Einzelheiten. Ebenso steht es um „Konfession und Endzeiterwartung“, das utopistische Unterfangen des ernestinischen Herzogs Johann Friedrich II., zusammen mit dem Ritter Grumbach, einem Gewalttäter, der sich immer noch ein freies Fehderecht zuerkannte (daher „Grumbachsche Händel“), gar den Kaiser vom Throne zu stürzen, und das durchsetzt mit eschatologischen Erwartungen, die aus dem Mittelalter stammten. Das ist faszinierend zu lesen, aber der Zusammenhang mit Luther ist denkbar dünn. Luther hatte seinen Protektor, den ernestinischen Kurfürsten Friedrich „den Weisen“, als den biblisch herleitbaren, segensreichen Herrscher der Endzeit bezeichnet, aber im vergeistigten Sinne, weil er sich nämlich für die Reinigung der Religion einsetzte, während Johann Friedrich II. tatsächlich zum Schwertgriff. Sinnvoller wäre ein Beitrag gewe-

sen, der nachweist, auf welche Weise Luther 1530 von der Veste Coburg aus seine Verhandlungsdelegation auf dem Augsburger Reichstag zu dirigieren versucht hat. Davon aber erfährt man überhaupt nichts.

Der Ausstellungstext enthält einen sachlichen Fehler. Im Frieden von Madrid, 1526 zwischen dem Kaiser und dem König von Frankreich geschlossen, sei eine Reihe von Städten, darunter Genua, „an Habsburg gefallen“. Keine Spur! Die Republik Genua galt als Reichslehen, das konnte der Kaiser durch einen Vertrag mit einem auswärtigen Potentaten gar nicht einziehen. In der Folge schloss sich Genua eng an des Kaisers Politik an – das mag der Text wohl meinen.

Der Hinweis auf die osmanische Bedrohung des Abendlandes ist abgefasst, als habe es sich dabei um eine Migrationsbewegung gehandelt, wie wir sie aktuell erleben: „Die Menschen in Mitteleuropa fanden die Türken auf der einen Seite faszinierend, weil sie eine ganz andere Kultur und Religion, den Islam, hatten. Auf der anderen Seite fürchtete man sich aber vor ihnen.“ Kein Wunder, denn die entsetzliche Grausamkeit der permanenten Kriegsführung der sich durchaus als „Dschihadisten“ fühlenden Türken-Osmanen gegen Mitteleuropa war bei denen Prinzip. Die zuvor verwendete Formulierung ist verharmlosende „Multikulti“-Betulichkeit. Dann auch: „Im späten Mittelalter war Europa kein rein christlicher Kontinent. Es wurde von den drei monotheistischen Buchreligionen Judentum, Christentum und Islam geprägt.“ Es reicht hier der Platz nicht aus, um aufzuzeigen, was das für ein simplifizierender Unfug im Dienste von „Multikulti“ ist.

Im Museumsshop kann man „Luther-Socken“ kaufen, die die Aufschrift

tragen: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“ Es gibt auch die, im Verkauf sehr erfolgreiche, Playmobil-Figur des putzigen kleinen Luther, und, zur Krönung, ein Kärtchen, das Luther zwar mit Barett, aber auch mit Entenschnabel zeigt, so wie Donald Trump mitunter karikiert wird. Ohne Tribut an die Spaßgesellschaft sind Ausstellungen anscheinend nicht mehr zu machen.

BERND RILL,  
MÜNCHEN

# JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2017

<b>Heft 471</b>	<b>Pulverfass Naher Osten</b>
<b>Heft 472</b>	<b>Europa und der Brexit</b>
<b>Heft 473</b>	<b>Migration: Der Rechtsstaat hat es in der Hand</b>
<b>Heft 474</b>	<b>Jede Stimme zählt!</b>
<b>Heft 475</b>	<b>Amerika zuerst – Trump und der Rest der Welt</b>
<b>Heft 476</b>	<b>Demokratie erfordert politische Bildung</b>

<b>Autor</b>	<b>Titel</b>	<b>Heft</b>	<b>Seite</b>
Adomeit, Hannes	Wieder Rüstungskonkurrenz statt „Neustart“	474	62
Balleis, Siegfried	Was ist uns die Zukunft wert?	472	60
Balleis, Siegfried	Kommunale Wege deutscher Entwicklungspolitik	476	52
Baron, Udo	Terroristische und extremistische Bedrohungen	474	32
Baron, Udo	Linksextremistische Proteste gegen den G20-Gipfel	475	60
Bausback, Winfried	Die Prinzipien unseres Rechtsstaates	473	10
Bild, Peter	Brexit – eine noch offene Frage	472	26
Bocklet, Reinhold	Deutschland, Russland, die Ukraine und Europa	472	48

<b>Autor</b>	<b>Titel</b>	<b>Heft</b>	<b>Seite</b>
Bodensteiner, Paula	Demokratie erfordert politische Bildung	476	6
Buchta, Wilfried	Die irakische Mossul-Offensive	471	37
da Conceição-Heldt, Eugénia	Politische-Studien-Zeitgespräch: Hochschule für Politik München: Politik trifft Technik	473	30
DeYoung, Benjamin	Wie steht es um die transatlantischen Beziehungen?	475	6
Dreo, Gabi	Politische-Studien-Zeitgespräch: Darkroom Cyber: Was droht uns da?	471	6
Forstner, Christian	Donald Trump und die Lage in Amerika	475	31
Groß, Manfred	Rezensionsessay: Zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern	476	74
Haller, André	Der Wahlkampf im Netz	474	12
Hartmann, Thomas	Gerechtigkeit und Infrastrukturplanung	475	80
Heckmann, Friedrich	Rechtsstaat, Wertegemeinsamkeit und Zuwanderung	473	26
Heimberger, Robert	Die aktuelle Sicherheitslage im Kontext der Zuwanderung in Bayern	473	15
Hirscher, Gerhard	Editorial: Sicherheit im Wahljahr 2017	471	3
Hirscher, Gerhard	Editorial: Wende im Wahljahr	473	3
Hirscher, Gerhard	Editorial: Wahlausgang mit Ansage – Zäsur für das deutsche Parteiensystem	475	3
Jehling, Mathias	Gerechtigkeit und Infrastrukturplanung	475	80
Jesse, Eckhard	AfD und die Linke – wieviel Populismus steckt in ihnen?	476	41

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Kaiser, Markus	Fake News und Social Bots im Bundestagswahlkampf	474	22	Papier, Hans-Jürgen	Asylpolitik braucht gesetzlich geregelte Handlungsanweisungen	473	19
Kimmage, Michael C.	Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand	475	40	Reiner, Thomas	Die Bundestagswahl 2017	474	6
Klotz, Thomas Michael	Wie geht Rechtspopulismus?	473	38	Rotter, Andrea	Transatlantische Sicherheitskooperation unter „America First“	475	9
Luft, Stefan	Migration und Integration	474	42	Rückert, Maximilian Th. L.	Editorial: Die digitale Revolution – Gestaltungsanspruch statt Aktionismus!	476	3
Männle, Ursula	Ursula Männle: Gehen Sie zur Bundestagswahl!	474	9	Schlembach, Claudia	Zeit zu handeln!	475	20
Mauß, Hanns W.	Politische-Studien-Zeitgespräch: Wie steht es um die internationale Ordnung?	476	34	Schmidmeier, Fabian	„Islamistische“ Bewegungen seit dem Arabischen Frühling	471	15
Meier, Teresa	Im Mittleren Osten nichts Neues	471	12	Schmidt, Christian	Neue Politik für ländliche Regionen	474	53
Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Die Stunde Europas?	472	3	Schroeder, Klaus	Demokratie und Diktatur	476	9
Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Das geordnete Ganze und seine Teile	474	3	Stieber, Kea-Sophie	Europa und der Brexit	472	6
Nass, Elmar	Christlich soziale Gerechtigkeit	473	48	Stieber, Kea-Sophie	Zuwanderung und Rechtsstaat	473	6
Neuhäuser, Alice	Goodbye Europe	472	16	Straßner, Alexander	Politische-Studien-Zeitgespräch: Islamistischer Terrorismus	472	38
Niebler, Angelika	Großbritannien sagt „No“!	472	10	Weinacht, Paul-Ludwig	Die Krise in Chile	473	59
Nießen, Philipp	Wie hält Deutschland es mit der Energie- und Klimapolitik im Wahljahr?	475	72	Wiater, Werner	Die Religion der Asylanten: Muslime, Kurden, Jesiden	471	59
Noller, Jost F.	Südafrika nach den Kommunalwahlen	471	48	Wiater, Werner	Christen: Die Religion der Asylanten	472	70
Oberreuter, Heinrich	Oder: Was im Wandel bestehen und vor dem Vergessen bewahrt werden muss	476	20	Wickenhäuser, Kathrin	Politische-Studien-Zeitgespräch: Die Zukunft liegt im dualen System	475	47
Pabst, Martin	Der Krieg in Syrien	471	25	Winkelmann, Thorsten	Südafrika nach den Kommunalwahlen	471	48
Pabst, Martin	Die Katar-Krise und ihre Folgen	476	62	Witterauf, Peter	Das bedingungslose Grundeinkommen für alle: Ein Holzweg!	475	52

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
Nr. 8/2017: Asylsuchende in Bayern und ihre Integration – Erkenntnisse einer Pilotstudie der OTH-Regensburg im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
Nr. 9/2017: Braucht Deutschland ein Digitalisierungsministerium? Der digitale Transformationsprozess unserer Gesellschaft im Jahr 2017



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**  
Nr. 21: Jugend und Zukunft einer Generation



**SONSTIGES**  
Flucht nach Bayern:  
Wie gelingt Demokratieerziehung



**SONSTIGES**  
International Munich  
Federalism Days 2017:  
Federalism and Conflict Management

**SONSTIGES**  
So geht Integration –  
Erfolgreiche Beispiele  
aus der Praxis



## VORSCHAU

### POLITISCHE STUDIEN

Nr. 477 „200 Jahre Bayerische Verfassung und 100 Jahre Bayerischer Freistaat“ mit Beiträgen von Winfried Bausback, Hermann Rumschöttel und Horst Seehofer

# POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	Politische Studien 475: Amerika zuerst
	Politische Studien 474: Jede Stimme zählt!
	Politische Studien 473: Migration und Rechtsstaat
	Politische Studien 472: Europa und der Brexit
	Politische Studien 471: Pulverfass Naher Osten
	Politische Studien 470: Die Zukunft der NATO

Ich möchte die „Politischen Studien“ im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung  
Referat „Publikationen“  
Lazarettstr. 33  
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar  
in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse  
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

**Herausgeber:**

© 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,  
Staatsministerin a. D.  
Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf  
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-  
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

**Redaktion:**

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
(Chefredakteur)  
Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit Publishers GmbH  
**Druck:** Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:  
Lautenschläger Max - Picture Alliance

